D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 46
10. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

19. November 1982
Preis 1,80 DM



Fundamentalopposition oder Bagger?

gkr. Sie werden kandidieren zu den Bundestagswahlen. Das war keine Frage bei der Bundes(delegierten)versammlung der Grünen am Wochenende in Hagen. Was dabei die „offenen Listen" sind, war schon weniger eindeutig. Immerhin wurde ein Antrag angenommen, daß Mandats- und Funktionsträger anderer Parteien, bevor sie auf Listen der Grünen kandidieren können, erst einmal ein Jahr grüne Basisarbeit zu leisten hätten. Sozusagen eine „Lex Hansen" oder Coppik. Es ist wohl verständlich, dürfte aber kaum zur Erleichterung von Gesprächen über Kandidaturen von DS-Mitgliedern oder von Alternativen Listen auf einer offenen Grünen Liste beitragen. Für die Delegierten war dies kein Problem, und objektiv ist es eh nur ein geringes.

Die Programmatik für eine solche Kandidatur wäre wohl in etwa durch das im Januar zu verabschiedende Wirtschaftsprogramm, das Friedensmanifest aus dem vergangenen Jahr und die Wahlplattform '80 umrissen. Bleibt schließlich die grundlegende Frage, was sind die Aufgaben in einem Parlament, wie stellt sich das Verhältnis zu den anderen Parteien? Die Debatte über die Bundestagswahl, ein Schwerpunkt neben der Wirtschaftsdebatte (vgl. Seite 11), drehte sich in erster Linie darum.

Die Gegenpole in der Debatte wurden gebildet von Petra Kelly und den Frankfurter Grünen, die unter dem Schlagwort „Fundamentalopposition" zusammengefaßt werden könnten, sowie auf der anderen Seite von W. Kretschmann, etwas weniger von den Vertretern der Hamburger GAL.

Lieber mit 6, 7 und 8% überzeugend eine ökologisch andere Kultur leben, als mit 11, 12% einen besseren Umweltminister stellen, das war eine der Kernaussagen von Petra Kelly, die gleichzeitig von der SPD forderte, sie müsse auf

Funktionsträger anderer Parteien, bevor sie auf Listen der Grünen kandidieren können, erst einmal ein Jahr grüne Basisarbeit zu leisten hätten. Sozusagen eine „Lex Hansen" oder Coppik. Es ist wohl verständlich, dürfte aber kaum zur Erleichterung von Gesprächen über Kandidaturen von DS-Mitgliedern oder von Alternativen Listen auf einer offenen Grünen Liste beitragen. Für die Delegierten war dies kein Problem, und objektiv ist es eh nur ein geringes.

Die Programmatik für eine solche Kandidatur wäre wohl in etwa durch das im Januar zu verabschiedende Wirtschaftsprogramm, das Friedensmanifest aus dem vergangenen Jahr und die Wahlplattform '80 umrissen. Bleibt schließlich die grundlegende Frage, was sind die Aufgaben in einem Parlament, wie stellt sich das Verhältnis zu den anderen Parteien? Die Debatte über die Bundestagswahl, ein Schwerpunkt neben der Wirtschaftsdebatte (vgl. Seite 11), drehte sich in erster Linie darum.

Die Gegenpole in der Debatte wurden gebildet von Petra Kelly und den Frankfurter Grünen, die unter dem Schlagwort „Fundamentalopposition" zusammengefaßt werden könnten, sowie auf der anderen Seite von W. Kretschmann, etwas weniger von den Vertretern der Hamburger GAL.

Lieber mit 6, 7 und 8% überzeugend eine ökologisch andere Kultur leben, als mit 11, 12% einen besseren Umweltminister stellen, das war eine der Kernaussagen von Petra Kelly, die gleichzeitig von der SPD forderte, sie müsse auf
die Grünen zugehen, während sie den Grünen riet, „standhaft und wahrhaftig" zu sein. Als gäbe es keinen Unterschied zwischen „der Bewegung" (wenn hierunter die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung etc. gefaßt wird) und den Grünen als Partei sowie den Grünen in den Parlamenten. Petra Kelly stellt in Anspielung auf den Vorwurf, die Grünen seien nicht bereit, Verantwortung zu übernehmen, die Gegenfrage: Haben wir erst Verantwortung, wenn wir Minister stellen? Nein, könnte man sagen, jeder einzelne hat in seinem Privatbereich oder im Zusammenleben mit anderen Verantwortung. Aber was ist die *spezielle* Verantwortung im Parlament?

Was es für Petra Kelly oder Milan Horacek nicht gibt, beantworten die Grünen aus Baden-Württemberg. Die Arbeit im Parlament ist einem Bagger vergleichbar, meinte W. Kretschmann, man kann Hindernisse beseitigen für Strömungen, die wir wünschen oder aber auch für Strömungen, die wir nicht wünschen. Man kann aber nicht im Parlament oder durch es Bewegungen in Gang bringen. Ich halte den Vergleich nicht für schlecht. Damit teile ich längst nicht die Auffassung, die Kretschmann z.B. über den Staat, über dessen Gewaltmonopol hat. Auch nicht, daß man eine Koalition mit der SPD bilden muß, wie von Kretschmann an anderer Stelle gefordert.

Aber in dem Vergleich kommt doch zum Ausdruck, daß es sich bei dem, was im Parlament gemacht wird, nur um Bedingungen gesellschaftlicher Veränderungen handeln kann, nie darum, daß dort *alleine* oder *im wesentlichen* entscheidende Änderungen durchgesetzt werden können.

Thomas Ebermann stand dieser Auffassung nicht so fern. Durch die Tolerierungsverhandlungen, d.h. auch durch die Forderungen, die die Grünen zu diesen Verhandlungen aufstellen, können gesellschaftliche Prozesse in Gang kommen. Das sei in Hamburg erreicht worden, wobei auch klar sei, daß die SPD in der Sache nicht nachgegeben habe, aber sie habe in geradezu räuberischer Art Ideale der Grünen übernommen, wobei über den Weg zur Verwirklichung dieser Ideale ganz unterschiedliche Vorstellungen existierten. Zwei Fehler seien zu vermeiden: Ein Forderungskatalog dürfe nicht daran orientiert sein, daß er von der SPD annehmbar ist, und: es habe keinen Sinn, mit der SPD über die Ziele der Grünen zu reden, was Petra Kelly vorschwebt. Die beschlossene Erklärung ist ein Kompromiß zwischen den Positionen. Die Entscheidung wird auf die Zeit nach den Bundestagswahlen vertagt.

Problematisch an der Debatte scheint mir, daß die *Parteien*, und hier vor allem die SPD, als Dreh- und Angelpunkt auftauchen, daß die Parteien das Machtkartell darstellen und nicht bewußt die gesellschaftlichen Kräfte und die ökonomischen Kräfte, die dahinterstehen und sich in den verschiedenen Parteien Ausdruck verschaffen, thematisiert werden. Das trifft sicher vor allem auf die erste der beiden skizzierten Srömungen zu, aber auch Kretschmann oder Ebermann gehen darauf kaum ein. So bleibt denn die Angst vor der Umarmung durch die SPD. Und dazu werden die Erfahrungen aus der Zeit vom Beginn der sozialliberalen Koalition geholt (wie übri-

Tolerierungsverhandlungen, d.h. auch durch die Forderungen, die die Grünen zu diesen Verhandlungen aufstellen, können gesellschaftliche Prozesse in Gang kommen. Das sei in Hamburg erreicht worden, wobei auch klar sei, daß die SPD in der Sache nicht nachgegeben habe, aber sie habe in geradezu räuberischer Art Ideale der Grünen übernommen, wobei über den Weg zur Verwirklichung dieser Ideale ganz unterschiedliche Vorstellungen existierten. Zwei Fehler seien zu vermeiden: Ein Forderungskatalog dürfe nicht daran orientiert sein, daß er von der SPD annehmbar ist, und: es habe keinen Sinn, mit der SPD über die Ziele der Grünen zu reden, was Petra Kelly vorschwebt. Die beschlossene Erklärung ist ein Kompromiß zwischen den Positionen. Die Entscheidung wird auf die Zeit nach den Bundestagswahlen vertagt.

Problematisch an der Debatte scheint mir, daß die *Parteien*, und hier vor allem die SPD, als Dreh- und Angelpunkt auftauchen, daß die Parteien das Machtkartell darstellen und nicht bewußt die gesellschaftlichen Kräfte und die ökonomischen Kräfte, die dahinterstehen und sich in den verschiedenen Parteien Ausdruck verschaffen, thematisiert werden. Das trifft sicher vor allem auf die erste der beiden skizzierten Srömungen zu, aber auch Kretschmann oder Ebermann gehen darauf kaum ein. So bleibt denn die Angst vor der Umarmung durch die SPD. Und dazu werden die Erfahrungen aus der Zeit vom Beginn der sozialliberalen Koalition geholt (wie übri-
gens ein großer Teil der Delegierten gerade auch die Generation repräsentiert, die davon betroffen war).

Nun sind aber die Verhältnisse nicht mehr so, wie Anfang der 70er Jahre: sowohl ökonomisch wie gesellschaftlich. Der materielle Spielraum der SPD für eine Integration z.B. ist geringer, das ist die eine Seite. Und die andere Seite ist, daß nicht prinzipiellere Forderungen vor einer Umarmung durch die SPD schützen, sondern daß die Frage steht, ob aufgrund theoretischer Einsicht in die Verhältnisse die Forderungen aufgestellt werden, die in der Lage sind, einen Ausweg zu zeigen in eine Richtung, die das Ende der Verschwendung von Ressourcen, sowohl der menschlichen wie denen der Natur, beinhaltet. Darin liegt eine wesentliche Bedeutung der Debatte über das Wirtschaftsprogramm.

Sicherlich wird, bei allen Einwänden im einzelnen, der Zwang, hin auf konkrete Forderungen zu diskutieren, Vorstellungen vom „Ausstieg aus der Industriegesellschaft", von den grünen Inseln und was es sonst noch geben mag, zurückdrängen. Schon die heute vorliegenden Ergebnisse bringen mehr Perspektive für die Zukunft der Gesellschaft als das 30 Mrd.-Investitionsprogramm, das die SPD dieser Tage beschlossen hat und das vor allem nach wie vor an der einseitigen Vorstellung der Beseitigung der Arbeitslosigkeit durch Ausweitung der Investitionstätigkeit festhält.



Das ständig wachsende Arbeitslosenheer macht die Propaganda gegen eine Arbeitszeitverkürzung unglaubwürdig. Hauptsächliche Triebkraft für das Verlangen nach mehr „freier Zeit" aber ist die Arbeitsbelastung, Monotonie und die erreichte Produktivität. *(Siehe Artikel S. 13)*

„Selbstverständlich siegen wir – darüber gibt es keine Diskussion"

Gefreiter Walesa meldet sich zurück / Fehlschlag des Generalstreik am 10. November

G.K. Mit der Freilassung Lech Walesas ist – trotz dem Fehlschlag des Generalstreiks vom 10. November – wieder Bewegung in die innenpolitische Szene Polens gekommen. Die Folgen dürften für alle Beteiligten noch nicht absehbar sein.

Kein Zweifel, daß Lech Walesa der alte ist, und daß er sich seine Freilassung nach fast 11 Monaten hartnäckigen Schweigens nicht mit einem Persilschein erkauft hat. Aber offenbar bürgt die Kirche für ihn, der nach der

gime sich insoweit sicher fühlen kann, als es unmittelbar nicht gestürzt werden kann. Der Zweck des Kriegsrechts, die Ausschaltung der „Solidarität", ist mit dem neuen Gewerkschaftsgesetz institutionalisiert. Die Medien sind wieder gleichgeschaltet. Und mit dem Arbeitszwangsgesetz, das kürzlich verabschiedet wurde, hat sich das Regime eines seiner wirksamsten Erpressungsmittel abgesichert. Man mag sich ausrechnen, Walesa in einen Danziger Dubcek zu verwandeln, während zu-

vielfältiger Gruppen um eine Idee und ein Programm herum. Sie hat sich darin bewährt, ein Netz unabhängiger gesellschaftlicher Initiativen und Kommunikationen zu schaffen sowie die praktische Solidarität für die Verfolgten und Entlassenen zu organisieren. Sie hat, nachdem sich im Dezember 1980 das Hauptkampfmittel vom August 1980 – der Besetzungsstreik – als zu schwach gegenüber dem militärischen Sturm auf die Betriebe erwiesen hat, erfolgreiche Massendemonstratio-



Das ständig wachsende Arbeitslosenheer macht die Propaganda gegen eine Arbeitszeitverkürzung unglaubwürdig. Hauptsächliche Triebkraft für das Verlangen nach mehr „freier Zeit" aber ist die Arbeitsbelastung, Monotonie und die erreichte Produktivität. *(Siehe Artikel S. 13)*

„Selbstverständlich siegen wir – darüber gibt es keine Diskussion"

Gefreiter Walesa meldet sich zurück / Fehlschlag des Generalstreik am 10. November

G.K. Mit der Freilassung Lech Walesas ist – trotz dem Fehlschlag des Generalstreiks vom 10. November – wieder Bewegung in die innenpolitische Szene Polens gekommen. Die Folgen dürften für alle Beteiligten noch nicht absehbar sein.

Kein Zweifel, daß Lech Walesa der alte ist, und daß er sich seine Freilassung nach fast 11 Monaten hartnäckigen Schweigens nicht mit einem Persilschein erkauft hat. Aber offenbar bürgt die Kirche für ihn, der nach der Auflösung der „Solidarität" ja nur, wie offiziell betont wird, Privatmann ist und jederzeit bei Betätigung für die verbotene Gewerkschaft wieder interniert werden kann. Offenbar ist Walesa ebenso wie die Kirchenführung zu der Einschätzung gekommen, daß die Grenzen des spontanen, aus dem Untergrund heraus organisierten Widerstands gegenwärtig erreicht sind; daß andererseits aber auch das Regime derartig in Isolation geraten und zu jeder Initiative unfähig ist, daß es bereit sein könnte, für eine zeitweilige innenpolitische Entlastung einen Preis zu zahlen.

Freilich sind die Umrisse einer politischen Lösung des Konflikts nicht einmal andeutungsweise sichtbar. Und es war charakteristisch genug, daß das erste, vom polnischen Fernsehen mit Walesa aufgenommene Interview dann nicht gesendet wurde – offenbar, weil Walesa von Verständigung, „aber nicht auf den Knien", gesprochen hatte.

Das Regime ist seinerseits ein kalkuliertes Risiko eingegangen: Es hat Walesa freigegeben, um der Bevölkerung gegenüber eine Geste der Beschwichtigung zu machen. Gleichzeitig ist der Sejm für den 13. Dezember zu einer Sondersitzung zusammengerufen, auf der wohl das Kriegsrecht formell aufgehoben werden soll. Für den Juni kommenden Jahres sind Massenkundgebungen des Papstes in Polen vereinbart. Dies alles wurde freilich in einem Moment zugestanden, in dem das Regime sich insoweit sicher fühlen kann, als es unmittelbar nicht gestürzt werden kann. Der Zweck des Kriegsrechts, die Ausschaltung der „Solidarität", ist mit dem neuen Gewerkschaftsgesetz institutionalisiert. Die Medien sind wieder gleichgeschaltet. Und mit dem Arbeitszwangsgesetz, das kürzlich verabschiedet wurde, hat sich das Regime eines seiner wirksamsten Erpressungsmittel abgesichert. Man mag sich ausrechnen, Walesa in einen Danziger Dubcek zu verwandeln, während zugleich das Mandat der „Provisorischen Koordinierungs-Kommission" der Solidarność im Untergrund unsicher erscheint.

Die Kirche – genauer gesagt: der hohe Klerus um den Primas Glemp – ist ebenfalls ein kalkuliertes Risiko eingegangen: in Absprache mit dem Papst hat man sich offenbar entschlossen, den Weg des Widerstands aus dem Untergrund nicht zu ermutigen und die Forderung nach Wiederherstellung der „Solidarität" nicht als *Tages*forderung aufrechtzuerhalten. Glemp ist bis an den Rand seiner Glaubwürdigkeit gegangen, als er bei seinem Treffen mit Jaruzelski unmittelbar vor dem 10. November ein gemeinsames Kommuniqué unterzeichnete, worin gesellschaftlicher Friede und geregelte Arbeit zur Überwindung der Krise als oberste Gebote proklamiert wurden, ganz im Sinne des Regimes. Um den Preis eben der genannten Zugeständnisse.

Ein 13. Dezember der SOLIDARITÄT
Zentrale Veranstaltung in Köln
Ankündigung auf Seite 5

Und die „Solidarität" selbst? Man darf nicht vergessen: die Gewerkschaft, die heute als Organisation im Untergrund existiert, ist nach dem Schlag des 13. Dezember *neu* aufgebaut worden, als Zusammenschluß vielfältiger Gruppen um eine Idee und ein Programm herum. Sie hat sich darin bewährt, ein Netz unabhängiger gesellschaftlicher Initiativen und Kommunikationen zu schaffen sowie die praktische Solidarität für die Verfolgten und Entlassenen zu organisieren. Sie hat, nachdem sich im Dezember 1980 das Hauptkampfmittel vom August 1980 – der Besetzungsstreik – als zu schwach gegenüber dem militärischen Sturm auf die Betriebe erwiesen hat, erfolgreiche Massendemonstrationen organisieren können. Mit allen diesen Mitteln hat sie augenfällig unter Beweis gestellt, daß die gesellschaftliche Bewegung als solche unzerstörbar ist.

Andererseits hat der Fehlschlag des Generalstreiks vom 10. November wohl eine fürs erste nicht überspringbare Schranke aufgezeigt: Nach der Verhaftung tausender Aktivisten und der Entlassung Zehntausender von Mitgliedern ist die organisierende Kraft für einen erfolgreichen Generalstreik nicht durchgreifend genug. Man muß sich nur vorstellen, daß es nicht einmal möglich war, vor dem Streik Versammlungen abzuhalten und Beschlüsse zu fassen, wenn nicht die schon dritte oder vierte Linie von Delegierten wiederum der Verhaftung preisgegeben werden sollte. So blieb jeder letztlich auf sich gestellt.

Für das Regime war das ein Erfolg, aber kein Sieg. Es muß, um die gesellschaftliche Millionenbewegung tatsächlich zu zerstreuen und zu atomisieren, die Masse der Arbeiter in die staatlich verordneten Betriebsorganisationen hineinbekommen, die bis jetzt einer Mauer der Ablehnung durch die Belegschaften gegenüberstehen. Ihr Boykott ist das letzte, aber wirksame Druckmittel der „Solidarität". Es muß also keine Selbsttäuschung der Tausende in Danzig gewesen sein, als sie Lech Walesas Freilassung als einen Teilrückzug des Regimes feierten und skandierten: „Keine Lösung ohne Solidarität!"

Das Ende eines Popanz'

frb. Der Zeitpunkt kam Reagan gelegen, Breschnew war eben gestorben, ein Signal Richtung Moskau mochte also Ronalds Image aufpolieren, und in Polen wurde die Freilassung von Lech Walesa verfügt. So mag es dem US-Präsidenten leichter gefallen sein, die Aufhebung seines Embargos gegen die Sowjetunion zu verkünden, das er im Juni dieses Jahres auf Europa ausgedehnt hatte. Tatsächlich war schon länger gemunkelt worden, Reagan könne seine Strafaktion nicht durchhalten. Der Zeitpunkt hat mit der Entscheidung nichts zu tun und eh ist die Freilassung Walesas Ergebnis eines innerpolnischen Handels zwischen Kirche und Regime.

Keines der vorgeblichen Ziele wurde erreicht, in Polen herrscht weiter das Kriegsrecht, und selbst wenn es aufgehoben werden sollte, wird das Militär weiter herrschen und die Solidarität verboten bleiben. Reagan sagt nun, er habe das Embargo aufheben können, weil sich die Nato-Verbündeten auf Maßnahmen geeinigt hätten, die „stärker und wirksamer" als die bisherigen Sanktionen seien.

Drei Punkte nannte der Präsident:
1. Kein Abschluß von Verträgen über neue sowjetische Gaslieferungen, solange im Westen nach Alternativlösungen gesucht wird;
2. die bereits bestehende Kontrolle für den Export strategisch wichtiger Güter in die UdSSR soll verschärft werden;
3. Harmonisierung der Kreditpolitik gegenüber Moskau und Ausarbeitung von Maßnahmen zur Überprüfung der Finanzbeziehungen mit der Sowjetunion.

Indes entspricht den starken Worten wenig Handfestes; Frankreich hat gleich erklärt, eine entsprechende Vereinbarung gebe es nicht. Und die Punkte 2 und 3 waren auch schon nach den westlichen Gipfelkonferenzen in Ottawa und Versailles angekündigt worden. Neu ist lediglich, daß darüber nun in „Arbeitsgruppen" verhandelt werden soll.

Zu Recht sind Zweifel laut geworden. Mit Rückendeckung ihrer Regierung hatten Unternehmen in Großbritannien, Frankreich, Italien und der BRD das amerikanische Embargo mißachtet. Regierungschefs und Minister waren über den Atlantik gehastet, vom Zerwürfnis der Nato war die Rede – und nun soll auf untergeordneter Beamtenebene die Einigung erzielt werden?

Reagans Embargo war von Anfang an mehr gegen die europäischen Verbündeten gerichtet, denn gegen die Sowjetunion. Amerikanisches Recht wurde auf Unternehmen in europäischen Staaten ausgedehnt. Doch die Unterwerfung ist nicht gelungen, in Westeuropa wurde der Aufstand geprobt. Die Rücknahme des Embargos ist Ergebnis des Widerstands der betroffenen Firmen und ihrer Regierungen, sonst nichts. Über diplomatische Kanäle war bloß noch nach einem Weg gesucht worden, wie Reagan sein „Gesicht wahren" könne. Mit der Reaganschen Erklärung war das notwendige Vehikel gefunden. Vielleicht hat auch die „Selbstbeschränkung" der EG im Stahlstreit dazu beigetragen.

Die USA können sich versprechen, mit ihrem Rückzug an einem relativ unbedeutenden Punkt die Front im eigenen Lager wieder begradigt zu haben. Westeuropas Kapitalisten dürfen ihren Handelsinteressen im Osten ungehindert frönen, und auch einige US-Firmen hoffen auf Rückgewinnung verlorener Aufträge, nachdem schon die amerikanischen Farmer der UdSSR Getreide wie sauer Bier anbieten durften.

Westeuropa hat ein Stückchen Selbständigkeit gezeigt, aber Nutznießer der amerikanisch-europäischen Auseinandersetzung und ihres Ausgangs sind auch die Sowjet-Herrscher. Sie kriegen ihr devisenbringendes Erdgasgeschäft und können den an nichts als dem freien Austausch interessierten Wirtschaftspartner hervorkehren. Die UZ darf die Rücknahme des Embargos als „Ergebnis des internationalen Drucks gegen die Politik der Konfrontation" feiern. Polen, Afghanistan, erst recht Kampuchea und Eritrea sind ein Stückchen mehr Normalität der Weltpolitik geworden.

Solidaritätskonzerte für Brokdorf-Angeklagte

Prozeß gegen Jo Leinen beginnt in Itzehoe

edd./kvz. Am 24. November soll vor dem Itzehoer Landgericht, vor demselben Richter Selbmann, der die Urteile gegen Markus Mohr und Michael Duffke gesprochen hatte, der Prozeß gegen Jo Leinen, Vorstandsmitglied des BBU, beginnen. Er muß sich wegen „Veranstaltung einer verbotenen Demonstration" verantworten. Das juristische Nachkarten gegen die bisher größte Demonstration gegen Kernkraftwerke am 28. Februar 1981 findet damit einen neuen Höhepunkt.

Der Vorwurf ist unsinnig, schließlich hatten mehrere hundert Bürgerinitiativen zu der Demonstration aufgerufen. Es ist der alte Versuch, für Dinge, die von großen Massen unterstützt werden, einen Rädelsführer exemplarisch zu bestrafen. Dabei ist bisher noch nicht einmal die juristische Auseinandersetzung darum, ob das totale Demonstrationsverbot, das damals für die Wilster Marsch ausgesprochen worden war, überhaupt rechtens war, vor dem Bundesverfassungsgericht abgeschlossen.

Daneben laufen zur Zeit Prozesse gegen Mitglieder gewaltfreier Aktionsgruppen, die im Frühjahr des vergangenen Jahres den Bauplatz Brokdorf blockierten. Gegen Bußgeldbescheide zwischen 300 DM und 10 bis 20 Tagessätzen hatten die Betroffenen Widerspruch eingelegt. Die erste, Maria Braig aus Tübingen, wurde mittlerweile verurteilt, und ihr Strafmaß, weil sie sich zur Aktion bekannte, von 10 Tagessätzen auf 15 erhöht. Gegen Teilnehmer an Protestdemonstrationen vor und während der Prozesse gegen Markus Mohr und Michael Duffke sind mittlerweile ebenfalls Verfahren eingeleitet, ein Redakteur der „taz" wurde zu 9 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt.

Nach wie vor ist das Urteil, das selbst die bürgerlich liberalen Blätter wie „Zeit" und „Frankfurter Rundschau" als „Bürgerkriegsjustiz" und nachträgliche Rechtfertigung des Demonstrationsverbots bezeichneten, in keiner Weise akzeptiert und steht im Mittelpunkt des Kampfs gegen die gesamten Brokdorf-Prozesse. Das Urteil mit 8½ Jahren Gefängnis, gegen Markus Mohr und Michael Duffke ausgesprochen, richtet sich aber gegen eine Demonstration von Hunderttausend. An Michael Duffke wird das Urteil – obwohl nicht rechtswirksam – bereits jetzt vollstreckt, seit über eineinhalb Jahren sitzt er in Untersuchungshaft. Dies Urteil, dessen reaktionärer Charakter auch dadurch zum Ausdruck kommt, daß es noch nie in den letzten 5 Jahren, so die Statistik, für Landfriedensbruch derart hohe Strafen gab, meist lagen die Urteile unter einem Jahr mit Bewährung.

Ein Schock für alle, die am 28. Februar dabei waren, war einkalkuliert, weit darüberhinaus geht die politische Bedeutung des Urteils. Breite Proteste löste es aus, da viele die weitgehende Bedeutung begriffen, gerade im Zusammenhang mit der Diskussion reaktionärer Kräfte über eine Verschärfung des Demonstrationsrechts. Wir dokumentieren hier einen Aufruf zur Solidarität von Künstlern, Ärzten, Rechtsanwälten und anderen Persönlichkeiten der demokratischen Öffentlichkeit.

In Hamburg am 19. und 20. November, in Neumünster am 21. und in Bremen am 22. November finden nun große Solidaritätsveranstaltungen statt, als Solidaritätskonzerte bekannter Gruppen, die unter Verzicht auf Honorar für die Brokdorfangeklagten spielen. In der Öffentlichkeit soll gerade jetzt, wo die Revisionsverfahren beim Bundesgerichtshof anstehen, politischer Druck auf die nicht gerade als fortschrittlich bekannten Bundesrichter organisiert werden.

Trotz behördlicher Schikanen finden diese Großveranstaltungen statt. So wurde in Hamburg dem Trägerkreis, der aus Aktionskreis Leben, GAL, BBU, DKP und Gruppen der Linken sowie Bürgerinitiativen besteht, die bereits zugesagte Messehalle wieder gestrichen, eine Genehmigung für die Aufstellung eines Großzeltes nicht erteilt. Erst nach Druck durch die Bezirksversammlung in Hamburg Nord sowie der Unterstützung des Hamburger Schauspielhauses findet das Konzert jetzt in der Kampnagel Fabrik (ehemals STILL AG) in einer großen Fabrikhalle statt. In Neumünster wurde dem AKL angekündigt, daß die Veranstaltung nicht stattfinden dürfe, wenn die Demonstration zum Knast, in dem Michael Duffke sitzt, stattfinden würde. Um die Veranstaltung nicht zu gefährden, hat der AKL die Demonstrationsanmeldung zurückgenommen. Aber die Meinung vieler anderer Gruppen und Bürgerinitiativen ist, daß es ein sinnvoller Beitrag der Solidarität ist, wenn sie stattfindet.

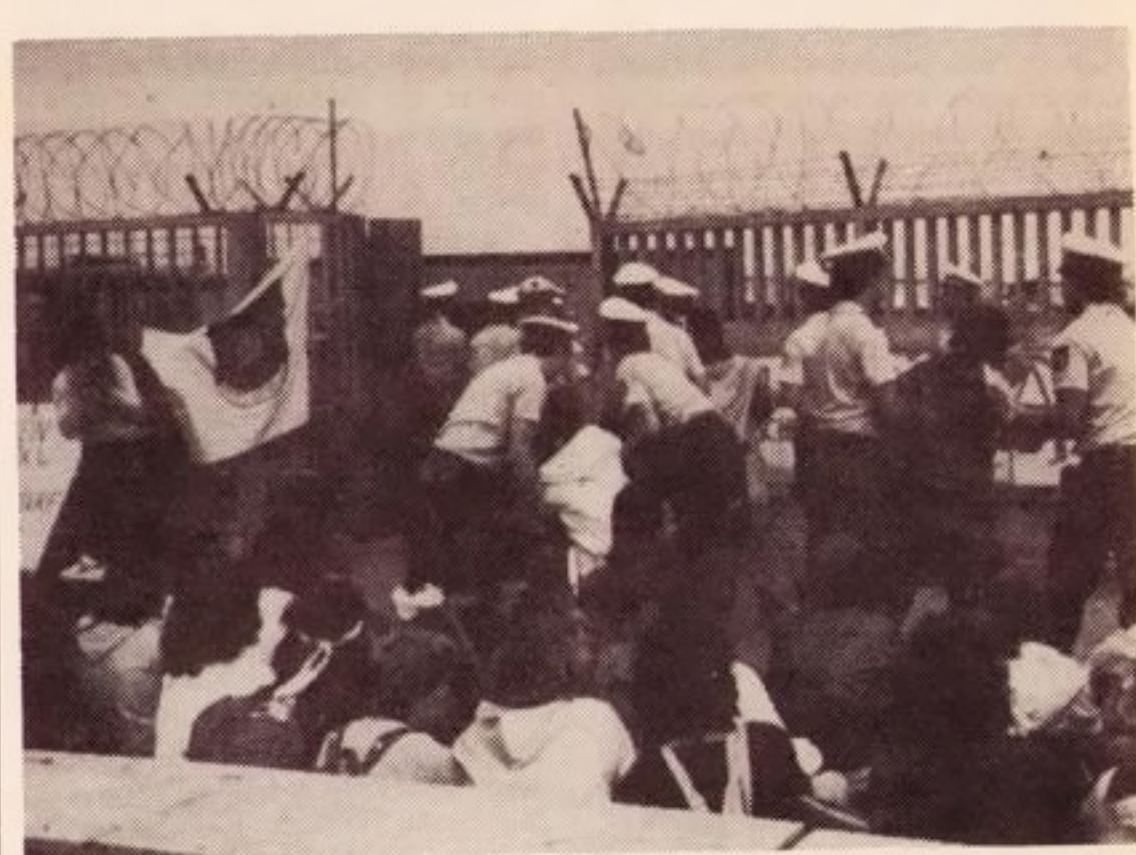
Solidaritätskonzerte

Hamburg, Kampnagelfabrik, Jarresstraße
Freitag, 19. November, 17.00 Uhr
und Samstag, 20. November, 15.00 Uhr

Neumünster, Holstenhalle
Sonntag, 21. November, 15.00 Uhr

Bremen, Stadthalle IV
Montag, 22. November, 18.30 Uhr

Es spielen u.a.: Schmetterlinge · Ton Steine Scherben · Ina Deter + Band · Gebrüder Engel · Misty in Roots · Acapulco Gold · Die drei Tornados · Knut Kiesewetter · Straßenjungs · Druckknöpfe · Slime · Blues Kommission · Treibstoff · Natias Neutert
Es sprechen: Markus Mohr · Gerd Baisch als Verteidiger · Gewerkschaftsvertreter sowie Vertreter der veranstaltenden Organisationen



Blockade der Zufahrt zum Bauplatz des AKW in Brokdorf. Bußgeldbescheide

Grenzenloses Vertrauen in Ausländerbehörden

kvz. Mit allen möglichen Finessen versuchte die CDU im Frankfurter Römer zu verhindern, daß der Antrag der Grünen zur Ausweisungspraxis der Ausländerbehörde verhandelt wird. Die Grünen hatten einen mit verschiedenen Beispielen belegten Antrag eingebracht (wir hatten ihn dokumentiert), die ständige Bedrohung von Ausländern mit der Ausweisung bei zu geringem Wohnraum, Arbeitslosigkeit, bei Straffälligkeit etc. abzustellen. Der Antrag sei rechtlich nicht zulässig, so der CDU-Vertreter im Hauptausschuß der Stadt, immerhin handle die Behörde nur nach Gesetz. Es handle sich dabei sowieso um eine Landesangelegenheit. Die SPD gab sich nachgiebiger. Mit Polemik sei in dieser Sache sowieso nichts zu erreichen und man solle doch die Einzelfälle, die genannt seien, prüfen und dann dem Magistrat Bericht erstatten. Flugs wußte die CDU einen anderen Ausweg. Man habe Vertrauen zu den Behörden, eine Prüfung sei unnötig. Der Antrag soll nun, nach Ankündigung der Grünen, auf der Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung erörtert werden.

„Richterratschlag" zu Krisenfolgen für Justiz

kvz. Etwa 100 Richter und Staatsanwälte hatten sich vom 5. bis 7. November in Hannoversch Münden zum 5. „Richterratschlag" versammelt. Der Gesprächskreis kritischer Juristen war aus einer Tagung über „Justiz und Nationalsozialismus" entstanden und hatte sich in der Vergangenheit schon kritisch mit den Nürnberger Massenverhaftungen befaßt. Diesmal standen im Mittelpunkt die Auswirkungen der ökonomischen Krise auf die Justiz, die insbesondere die sozial Schwachen und auf ihre Rechte besonders Angewiesenen treffe. Zu den behandelten Punkten gehört die Vorwegnahme von Verschärfungen im Asylrecht durch Gerichte, die zunehmende Heranziehung von Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern zu Arbeitsleistungen, ohne daß sie Tarifrechte hätten, die Verschärfung des Mietrechts mit seinen Folgen für sozial schwache Mieter und schließlich die Auswirkungen bei Verhängung von Geldstrafen, wenn der Verurteilte eh schon von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld etc. lebt. Zu den Plänen der Konfernenz der Landesjustizminister, die Strafprozesse zu beschleunigen, erklärten sie: „Der Richterratschlag teilt uneingeschränkt die Auffassung der Mehrheit der Anwaltschaft und der in der Gewerkschaft ÖTV organisierten Richter und Staatsanwälte, die die Justizministervorschläge ablehnen und sie als ‚Horrorliste' bezeichnen."

mine · Termine · Te

24. Itzehoe. Beginn des Brokdorf-Prozesses gegen Jo Leinen

26. Hannover. Mitgliederversammlung des BBU, bis 28.11.

Frankfurt. Bundeskongreß der DFG/VK „Politischer Pazifismus heute: Atomraketen verhindern – Kriegsdienst verweigern", bis 28.11.

Osthofen. Mitgliederversammlung des Bund Naturschutz Rheinland-Pfalz, bis 28.11.

Dezember

2. Frankfurt. Bundeskongreß der Arbeitsloseninitiativen, bis 5.12.

Bielefeld. „Alternativen in der Kommunalpolitik durchsetzen – aber wie?", bis 5.12.



Blockade der Zufahrt zum Bauplatz des AKW in Brokdorf. Bußgeldbescheide und Verurteilungen gegen Teilnehmer an dieser Aktion.

Für die Revision der Urteile im Brokdorf-Prozeß – Freiheit für alle Brokdorf-Angeklagten

Zwei existenzzerstörende Urteile.
Am 13. Mai 1982 wurden Michael Duffke und Markus Mohr zu fünfeinhalb und drei Jahren Haft verurteilt. Keinem von beiden wurden die Anklagen nachgewiesen, während der Demonstration am 28.2.1981 einen Polizisten verletzt zu haben. Der Grundsatz „im Zweifel für den Angeklagten" wurde außer Kraft gesetzt, ebenso alle Regeln der Verhältnismäßigkeit der Urteilsfindung. In der gesamten Öffentlichkeit trafen die Itzehoer Urteile auf Empörung und Unverständnis. Von „Bürgerkriegsjustiz" (ZEIT), „abschreckendes Beispiel politisch eingefärbter Justiz" (Süddeutsche Zeitung), sowie „Maßlosigkeit" (Frankfurter Rundschau) war die Rede. Die Opfer sind zwei Menschen, die aus einer Menge von 100000 herausgegriffen wurden und heute kriminalisiert und ihrer Freiheit beraubt sind.

Unabhängig von der Haltung zur Atomenergie und zum Ablauf der Demonstration am 28. Februar 1981 rufen die Unterzeichner auf, diese Justizopfer, Michael Duffke und Markus Mohr, nicht zu vergessen. Unterstützt die Aktionen zur Solidarität, zur Deckung der Prozeßkosten und der Betreuung der Verurteilten. Besucht die Unterstützungskonzerte und sammelt Protestunterschriften.

Ein beispielloser Justizskandal.
Der Prozeß in Itzehoe hat fast alle Regeln des Strafprozeßrechts auf den Kopf gestellt. Angefangen bei der wider besseres Wissen eingeleiteten Fahndungskampagne wegen „Mordversuchs", über den verfassungswidrigen Ausschluß der Presse bis hin zur Beweisaufnahme und Urteilsfindung entlarvte sich der Prozeß als politisches Tribunal. Es ging offensichtlich nicht darum, die Wahrheit zu finden, sondern staatliche Macht zu demonstrieren. Die Justiz wurde Büttel politischer Macht.

Deshalb müssen die Urteile aufgehoben werden, und es ist zweifelhaft, ob ein rechtstaatliches Verfahren generell noch möglich ist. Die Unterzeichnenden fordern aus diesem Grund auf, die Kampagne zur Revision der Brokdorf-Urteile zu unterstützen.

Einschränkung der demokratischen Rechte.
Die Urteile im Brokdorf Prozeß und noch mehr die Urteilsbegründung durch den Richter Selbmann kennzeichnen eine fatale politische Absicht: Bewertung, Reglementierung und nachträgliche Beschneidung der demokratischen Rechte durch Gerichte. Durch Rechtssprechung in Einzelfällen wird das Demonstrationsrecht allgemein eingeschränkt. Der Strafprozeß wird zum Mittel des direkten Eingriffs in die demokratischen Rechte aller. Der Weg zur allgemeinen Einschüchterung und zur Gesinnungsjustiz ist damit geöffnet.

Zur Verteidigung der demokratischen Rechte rufen die Unterzeichnenden deshalb auf, die Kampagne zur Einstellung der Brokdorf-Verfahren zu unterstützen. Das politische Demonstrationsrecht wiegt allemal schwerer als sämtliche Anklagen in den bisherigen Prozessen, eine Einstellung ist deshalb zwingend gegeben.

Wir, die Unterzeichner dieses Aufrufs, fordern die Revision des Urteils gegen Markus Mohr und Michael Duffke und rufen zu den Benefiz-Konzerten am 19./20. November in Hamburg, am 21. November in Neumünster und am 22. November in Bremen auf.

über neue sowjetische Gaslieferungen, solange im Westen nach Alternativlösungen gesucht wird;
2. die bereits bestehende Kontrolle für den Export strategisch wichtiger Güter in die UdSSR soll verschärft werden;
3. Harmonisierung der Kreditpolitik gegenüber Moskau und Ausarbeitung von Maßnahmen zur Überprüfung der Finanzbeziehungen mit der Sowjetunion.
Indes entspricht den starken Worten wenig Handfestes; Frankreich hat gleich erklärt, eine entsprechende Vereinbarung gebe es nicht. Und die Punkte 2 und 3 waren auch schon nach den westlichen Gipfelkonferenzen in Ottawa und Versailles angekündigt worden. Neu ist lediglich, daß darüber nun in „Arbeitsgruppen" verhandelt werden soll.
Zu Recht sind Zweifel laut geworden. Mit Rückendeckung ihrer Re-
gradigt zu haben. Westeuropas Kapitalisten dürfen ihren Handelsinteressen im Osten ungehindert frönen, und auch einige US-Firmen hoffen auf Rückgewinnung verlorener Aufträge, nachdem schon die amerikanischen Farmer der UdSSR Getreide wie sauer Bier anbieten durften.
Westeuropa hat ein Stückchen Selbständigkeit gezeigt, aber Nutznießer der amerikanisch-europäischen Auseinandersetzung und ihres Ausgangs sind auch die Sowjet-Herrscher. Sie kriegen ihr devisenbringendes Erdgasgeschäft und können den an nichts als dem freien Austausch interessierten Wirtschaftspartner hervorkehren. Die UZ darf die Rücknahme des Embargos als „Ergebnis des internationalen Drucks gegen die Politik der Konfrontation" feiern. Polen, Afghanistan, erst recht Kampuchea und Eritrea sind ein Stückchen mehr Normalität der Weltpolitik geworden.
Gewerkschaftsvertreter sowie Vertreter der veranstaltenden Organisationen
ven zu der Demonstration aufgerufen. Es ist der alte Versuch, für Dinge, die von großen Massen unterstützt werden, einen Rädelsführer exemplarisch zu bestrafen. Dabei ist bisher noch nicht einmal die juristische Auseinandersetzung darum, ob das totale Demonstrationsverbot, das damals für die Wilster Marsch ausgesprochen worden war, überhaupt rechtens war, vor dem Bundesverfassungsgericht abgeschlossen.
Daneben laufen zur Zeit Prozesse gegen Mitglieder gewaltfreier Aktionsgruppen, die im Frühjahr des vergangenen Jahres den Bauplatz Brokdorf blockierten. Gegen Bußgeldbescheide zwischen 300 DM und 10 bis 20 Tagessätzen hatten die Betroffenen Widerspruch eingelegt. Die erste, Maria Braig aus Tübingen, wurde mittlerweile verurteilt, und ihr Strafmaß, weil sie sich zur Aktion bekannte, von 10 Tagessätzen auf 15 erhöht. Gegen Teilnehmer an Protestdemonstrationen vor und während der Prozesse gegen Markus Mohr und Michael Duffke sind mittlerweile ebenfalls Verfahren eingeleitet, ein Redakteur der „taz" wurde zu 9 Monaten Haft mit Bewährung verurteilt.
Nach wie vor ist das Urteil, das selbst die bürgerlich liberalen Blätter wie „Zeit" und „Frankfurter Rundschau" als „Bürgerkriegsjustiz" und
5 Jahren, so die Statistik, für Landfriedensbruch derart hohe Strafen gab, meist lagen die Urteile unter einem Jahr mit Bewährung.
Ein Schock für alle, die am 28. Februar dabei waren, war einkalkuliert, weit darüberhinaus geht die politische Bedeutung des Urteils. Breite Proteste löste es aus, da viele die weitgehende Bedeutung begriffen, gerade im Zu-
brik (ehemals STILL AG) in einer großen Fabrikhalle statt. In Neumünster wurde dem AKL angekündigt, daß die Veranstaltung nicht stattfinden dürfe, wenn die Demonstration zum Knast, in dem Michael Duffke sitzt, stattfinden würde. Um die Veranstaltung nicht zu gefährden, hat der AKL die Demonstrationsanmeldung zurückgenommen. Aber die Meinung vieler anderer Gruppen und Bürgerinitiativen ist, daß es ein sinnvoller Beitrag der Solidarität ist, wenn sie stattfindet.
Grenzenloses Vertrauen in Ausländerbehörden
kvz. Mit allen möglichen Finessen versuchte die CDU im Frankfurter Römer zu verhindern, daß der Antrag der Grünen zur Ausweisungspraxis der Ausländerbehörde verhandelt wird. Die Grünen hatten einen mit verschie-
ökonomischen Krise auf die Justiz, die insbesondere die sozial Schwachen und auf ihre Rechte besonders Angewiesenen treffe. Zu den behandelten Punkten gehört die Vorwegnahme von Verschärfungen im Asylrecht durch Gerichte, die zunehmende Heranziehung von Sozialhilfeempfängern und Asylbewerbern zu Arbeitsleistungen, ohne



Die Ära Breschnew:

Gesellschaftliche Stagnation und Expansionismus

Von Hans-Gerhart Schmierer

Im großen und ganzen scheint für die diversen Nachrufer festzustehen: Leonid Breschnew wird als besonnener Staatsmann und Architekt der Entspannungspolitik in die Geschichte eingehen, der seinen Beitrag zur Erhaltung des Weltfriedens leistete. Wird auch Andropow einen solchen Beitrag leisten können und wird er es wollen?, lauten die besorgten Fragen. Doch trotz langjähriger KGB-Zeit: ein kluger Intelligenzler sei Andropow, der Breschnewschen Entspannungspolitik verbunden und inneren Reformen gegenüber aufgeschlossen. Auch den KGB habe er schließlich trotz aller Härte reformiert: umgebracht werden wenige, Oppositionelle werden, wenn bekannt genug, abgeschoben, falls psychiatrische Behandlung nicht geholfen hat. Vorbeugende Unterdrückungsmaßnahmen nehmen nicht die Form breitgestreuten Terrors an, sondern die der alltäglichen Überwachung und Schikane. Es scheint ruhig zu bleiben in der Sowjetunion, und was könnte man sich besseres wünschen, wo doch die Entwicklung in Polen und anderswo die Berechenbarkeit der Weltläufe schon genügend durcheinandergebracht hat. Die Geschäftsgrundlage wird durch das Kondominium der beiden Supermächte gewährleistet, und alles gefährdet sie, was deren Ruhe im Inneren oder in ihrem jeweiligen Herrschaftsbereich stört. Das Scheitern des Generalstreiks in Polen wird da genauso begrüßt wie die bedingte Freilassung Lech Walesas. Daß Breschnews Nachfolger schnell benannt worden ist, wirkt fast erlösend.

Reformunfähigkeit erwiesen

Stalins Name wird mit der „zweiten Revolution" verbunden bleiben: mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, der Liquidierung der Kula-

zweiten Revolution zusammen mit dem Staatsmonopol und als dessen Funktionär ausbildete, war noch keine geschlossene Gesellschaft. Ausbau der Machtposition der herrschenden Klasse und Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit schienen sich gegenseitig zu bedingen. Stalin war Repräsentant der neuen herrschenden Klasse und der städtischen Volksmassen. Der widersprüchliche Charakter der zweiten Revolution und der antagonistische Charakter der Gesellschaft, den sie mit der Industrialisierung hervortrieb, mußte offen hervortreten, sobald die industrielle Basis erst einmal gelegt war. Es kam zur Krise der staatsmonopolistischen Zwangsarbeit.

In der Form der Zwangsarbeit konnten die Fundamente der industriellen Produktion gelegt, aber dann die Produktivkraft der Arbeit nicht voll entwickelt werden. Zwangsarbeit und Staatsmonopol bilden nur die zwei Seiten eines Widerspruches. Und das Staatsmonopol erst einmal etabliert, konnte die Zwangsarbeit nur zusammen mit dem Staatsmonopol als herrschendem Produktionsverhältnis abgeschafft werden. Die Reformen der Chruschtschow-Ära gingen von der in diesem Produktionsverhältnis herrschenden Klasse aus und bestanden deshalb aus Halbheiten.

Da die herrschende Klasse sich erst nach und nach ihrer Funktion und ihres Status' bewußt wurde, kann auch die Zick-Zack-Bewegung der Reformen nicht erstaunen, ebensowenig wie die Tatsache, daß es nach Stalins Tod erst wieder mit Breschnews Machtantritt zu mehr oder weniger stabilen Verhältnissen in der Ausübung der politischen Macht durch die herrschende Klasse kam. Chruschtschow schaffte die Zwangsarbeitslager ab, aber nicht die monopolistische Verfügung des Staates über die gesellschaftliche Arbeit als Normalverhältnis. Seine sonsti-

wurden gegenüber tatsächlichen nationalen Unabhängigkeitsbestrebungen die Panzer eingesetzt.

Wurde Stalin unter anderem wegen seiner Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der Bruderparteien kritisiert, so wurden der VR China von einem Tag auf den anderen sämtliche Hilfen gestrichen, weil sie Einwände gegen Chruschtschows Kurs vortrug. Die langfristigen Bemühungen, mit den USA zu einem Modus vivendi zu kommen, wurden durch kurzatmige Abenteuer wie in der Kubakrise gefährdet, die dann durch überstürzten Rückzug beendet werden mußten. Chruschtschow war gewiß nicht der Restaurator kapitalistischer Verhältnisse, als den wir ihn längere Zeit kritisierten. Eher steht er für eine Phase in der Geschichte der Sowjetunion, in der sich die herrschende Klasse der Widersprüche

und der hartnäckigen Expansion werden sämtliche gesellschaftlichen Triebkräfte vollends abgetötet. Die herrschende Klasse ist sich zum Selbstzweck geworden und das viel unmittelbarer als die Kapitalisten, denen die Verwertung des Werts, die Produktion um der Produktion willen, durch die Konkurrenz als Zwangsgesetz oktroyiert wird.

Unterdrückung und Privatisierung der Gesellschaft

Zeugnisse wie das folgende aus Solschenizyns „Offenem Brief an die sowjetische Führung" sind vielfältig bekannt geworden:

„Ich nehme an, Sie wissen (das ist aus Ihren Erlassen zu erkennen), daß es auch in der gesamten Volkswirtschaft und dem gesamten riesigen staatlichen Verwaltungsapparat so ist: Die Menschen setzen ihre Kräfte nicht für die staatliche Arbeit ein und drängen sich nicht danach, sondern betrügen, soviel sie können (und stehlen auch), nutzen die Dienststunden für private Angelegenheiten (sie sind dazu gezwungen! – denn bei den heutigen Gehältern bleibt keine Kraft, bleibt gar kein Leben), alle bemühen sich, mehr Geld zu verdienen und weniger zu arbeiten – doch mit was für Fristen zur Rettung des Landes darf man bei einer derartigen Volksstimmung rechnen!"

In *Le monde diplomatique* schrieb ein Kenner sowjetischer Verhältnisse im Mai dieses Jahres:

„Seit dem Sturz Chruschtschows hat das Regime offensichtlich nicht nur die Fähigkeit, sondern selbst den Wunsch verloren, die verschiedenen Teile der Gesellschaft zu mobilisieren und zu integrieren. Nachträglich betrachtet erscheinen die Reformbemühungen der Chruschtschow-Ära wie ein letzter Anlauf, wie eine ebenso verzweifelte als vergebliche Bemühung, irgendeine Mobilisierungsfähigkeit zurückzugewinnen."

zu ersparen. Jedenfalls stagniert die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Sowjetunion weitgehend und dementsprechend gehen die Wachstumsraten der Industrieproduktion und des realen Nettosozialprodukts zurück, seitdem mit der Ausschöpfung des vorhandenen Arbeitskräftepotentials eine bloße Ausdehnung der Industrieproduktion als Quelle für Wachstum nicht mehr in Frage kommt.

Der Losung des Einholens und Überholens ist damit auf Basis des staatsmonopolistischen Produktionsverhältnisses der Boden entzogen und zwar, weil die angemessene Form der reellen Unterwerfung unter Maschinerie und große Industrie eben die freie Lohnarbeit und nicht die staatsmonopolistische Zwangsarbeit ist. Inwieweit sich in dieser Form noch die emanzipatorischen Potenzen der Arbeit entwickeln können, die im Kapitalismus mit dem Lohnarbeiter heranreifen, bleibt abzuwarten. Jedenfalls erweist sich die staatsmonopolistische Zwangsarbeit nicht nur gegenüber der befreiten Arbeit, sondern schon gegenüber der freien Lohnarbeit als beschränkte Form der Arbeit, die ab einer bestimmten Stufe der Industrialisierung keinerlei wesentliche Entwicklungsmöglichkeiten mehr enthält.

Wirtschaftliche Integration nur mittels außerökonomischer Gewalt

Die Schwächen des Staatsmonopolismus erwiesen sich bei dem Versuch, die osteuropäischen Länder einzuverleiben, von vornherein. Dementsprechend schien sich die herrschende Klasse nach dem zweiten Weltkrieg vorübergehend mit politischer Abhängigkeit dieser Länder begnügen zu wollen. Auf Grund der propagandistischen Kraft des Kapitals, die sich nach dem II. Weltkrieg noch mal voll entfaltete, konnte diese politische Abhängigkeit



Ausdruck der inneren Stagnation: Käuferschlangen vor den Geschäften in Moskau

des neuen Produktionsverhältnisses bewußt wurde, ohne ihre Stellung in diesem Produktionsverhältnis und in der Welt bereits geklärt zu haben.

Restauration und Reaktion wird erst mit der Ablösung Chruschtschows zur

Durch die Verstaatlichung der Gesellschaft bleibt als Bereich staatlich nicht kontrollierter Aktivität nur die engste Privatsphäre. Außerhalb dieser Sphäre bleibt bloß Raum für staatliche Initiative, die wiederum keinerlei Basis

bald nur durch Unterwerfung der osteuropäischen Länder unter das staatsmonopolistische Produktionsverhältnis abgesichert werden.

Solange ein Teil dieser Länder erst noch ein industrielles Fundament zu

leisten können und wird er es wollen?, lauten die besorgten Fragen. Doch trotz langjähriger KGB-Zeit: ein kluger Intelligenzler sei Andropow, der Breschnewschen Entspannungspolitik verbunden und inneren Reformen gegenüber aufgeschlossen. Auch den KGB habe er schließlich trotz aller Härte reformiert: umgebracht werden wenige, Oppositionelle werden, wenn bekannt genug, abgeschoben, falls psychiatrische Behandlung nicht geholfen hat. Vorbeugende Unterdrückungsmaßnahmen nehmen nicht die Form breitgestreuten Terrors an, sondern die der alltäglichen Überwachung und Schikane. Es scheint ruhig zu bleiben in der Sowjetunion, und was könnte man sich besseres wünschen, wo doch die Entwicklung in Polen und anderswo die Berechenbarkeit der Weltläufe schon genügend durcheinandergebracht hat. Die Geschäftsgrundlage wird durch das Kondominium der beiden Supermächte gewährleistet, und alles gefährdet sie, was deren Ruhe im Inneren oder in ihrem jeweiligen Herrschaftsbereich stört. Das Scheitern des Generalstreiks in Polen wird da genauso begrüßt wie die bedingte Freilassung Lech Walesas. Daß Breschnews Nachfolger schnell benannt worden ist, wirkt fast erlösend.

Reformunfähigkeit erwiesen

Stalins Name wird mit der „zweiten Revolution" verbunden bleiben: mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft, der Liquidierung der Kula-ken als Klasse und dem rapiden Aufbau einer gigantischen Schwerindustrie. Diese zweite Revolution hatte nicht die Emanzipation der Arbeit zum Inhalt, sondern ihre Unterwerfung unter das Staatsmonopol, ihre Mobilisierung und allseitige Einsatzfähigkeit durch den Staat. Die Lohnarbeit wurde überwunden, aber nur, indem auch noch die Freiheit des Lohnarbeiters beseitigt wurde.

Der Terror schlug dieser zweiten Revolution die Breschen, ihren Inhalt bildete die Industrialisierung durch die zwangsvergesellschaftete Arbeit, d.h. die Entwicklung und Modernisierung des Landes, die Ersetzung der bäuerlichen Kleinproduktion durch die staatsmonopolistische Großproduktion. Die herrschende Klasse, die sich in dieser

der neuen herrschenden Klasse und der städtischen Volksmassen. Der widersprüchliche Charakter der zweiten Revolution und der antagonistische Charakter der Gesellschaft, den sie mit der Industrialisierung hervortrieb, mußte offen hervortreten, sobald die industrielle Basis erst einmal gelegt war. Es kam zur Krise der staatsmonopolistischen Zwangsarbeit.

In der Form der Zwangsarbeit konnten die Fundamente der industriellen Produktion gelegt, aber dann die Produktivkraft der Arbeit nicht voll entwickelt werden. Zwangsarbeit und Staatsmonopol bilden nur die zwei Seiten eines Widerspruches. Und das Staatsmonopol erst einmal etabliert, konnte die Zwangsarbeit nur zusammen mit dem Staatsmonopol als herrschendem Produktionsverhältnis abgeschafft werden. Die Reformen der Chruschtschow-Ära gingen von der in diesem Produktionsverhältnis herrschenden Klasse aus und bestanden deshalb aus Halbheiten.

Da die herrschende Klasse sich erst nach und nach ihrer Funktion und ihres Status' bewußt wurde, kann auch die Zick-Zack-Bewegung der Reformen nicht erstaunen, ebensowenig wie die Tatsache, daß es nach Stalins Tod erst wieder mit Breschnews Machtantritt zu mehr oder weniger stabilen Verhältnissen in der Ausübung der politischen Macht durch die herrschende Klasse kam. Chruschtschow schaffte die Zwangsarbeitslager ab, aber nicht die monopolistische Verfügung des Staates über die gesellschaftliche Arbeit als Normalverhältnis. Seine sonsti-gen wirtschaftlichen Reformen waren zwar geeignet, die Funktionsweise des herrschenden Produktionsverhältnisses zu stören, nicht aber, es zu sprengen. Sie sollten es auch nicht.

In dem Maße, wie die engen Grenzen für wirtschaftliche Reformen, die das gesellschaftliche Produktionsverhältnis zog, sich bemerkbar machten, wurde auch das geistige Reformklima gefährlich, dem Chruschtschow anfangs Raum ließ. Wie sich die herrschende Klasse unter Chruschtschow der Funktionsweise des neuen Produktionsverhältnisses im Inneren durch Erfahrungen und Fraktionskämpfe erst versicherte, so schwankte sie auch in ihrer internationalen Politik. Wurden die Zügel gegenüber den osteuropäischen Staaten teilweise gelockert, so

gestrichen, weil sie Einwände gegen Chruschtschows Kurs vortrug. Die langfristigen Bemühungen, mit den USA zu einem Modus vivendi zu kommen, wurden durch kurzatmige Abenteuer wie in der Kubakrise gefährdet, die dann durch überstürzten Rückzug beendet werden mußten. Chruschtschow war gewiß nicht der Restaurator kapitalistischer Verhältnisse, als den wir ihn längere Zeit kritisierten. Eher steht er für eine Phase in der Geschichte der Sowjetunion, in der sich die herrschende Klasse der Widersprüche

ein Kenner sowjetischer Verhältnisse im Mai dieses Jahres:

„Seit dem Sturz Chruschtschows hat das Regime offensichtlich nicht nur die Fähigkeit, sondern selbst den Wunsch verloren, die verschiedenen Teile der Gesellschaft zu mobilisieren und zu integrieren. Nachträglich betrachtet erscheinen die Reformbemühungen der Chruschtschow-Ära wie ein letzter Anlauf, wie eine ebenso verzweifelte als vergebliche Bemühung, irgendeine Mobilisierungsfähigkeit zurückzugewinnen."

außerökonomischer Gewalt

Die Schwächen des Staatsmonopolismus erwiesen sich bei dem Versuch, die osteuropäischen Länder einzuverleiben, von vornherein. Dementsprechend schien sich die herrschende Klasse nach dem zweiten Weltkrieg vorübergehend mit politischer Abhängigkeit dieser Länder begnügen zu wollen. Auf Grund der propagandistischen Kraft des Kapitals, die sich nach dem II. Weltkrieg noch mal voll entfaltete, konnte diese politische Abhängigkeit



Ausdruck der inneren Stagnation: Käuferschlangen vor den Geschäften in Moskau

des neuen Produktionsverhältnisses bewußt wurde, ohne ihre Stellung in diesem Produktionsverhältnis und in der Welt bereits geklärt zu haben.

Restauration und Reaktion wird erst mit der Ablösung Chruschtschows zur Haupttendenz der herrschenden Klasse der Sowjetunion. Die zweite Revolution hatte schon unter Stalin zu Staatsmonopolismus geführt, unter Chruschtschow wurden in Folge der Krisenanzeichen am Ende von Stalins Herrschaft die Grenzen und Möglichkeiten des neuen Produktionsverhältnisses erprobt und die Stellung der Sowjetunion in der Welt ausgelotet.

Mit Breschnew kam die herrschende Klasse zu ihrem Selbstbewußtsein: Aufrechterhaltung des Staatsmonopols als Basis ihrer Herrschaft im Inneren und Ausdehnung der Herrschaft des Staatsmonopols im Weltmaßstab, um den kapitalistischen Rivalen zu schwächen, wurde zum einzigen Inhalt der Politik der herrschenden Klasse. In diesem Klima der inneren Restauration

Durch die Verstaatlichung der Gesellschaft bleibt als Bereich staatlich nicht kontrollierter Aktivität nur die engste Privatsphäre. Außerhalb dieser Sphäre bleibt bloß Raum für staatliche Initiative, die wiederum keinerlei Basis in der Gesellschaft hat, es sei denn, sie zahle sich privat aus.

Mangelnde Produktivität der Arbeit

Die sowjetische herrschende Klasse akzeptiert umstandslos die abstrakte Betrachtung der Arbeitsproduktivität als Kriterium der Effizienz gesellschaftlicher Produktion. Die Form staatsmonopolistischer Zwangsarbeit scheint zwar geeignet, in raschem Tempo die industrielle Produktion auszudehnen und dabei hohe Wachstumsraten zu erzielen, sie scheint jedoch nicht oder wenig geeignet, mit Hilfe der industriellen Produktionsmittel und entsprechender Kooperation Arbeitszeit

bald nur durch Unterwerfung der osteuropäischen Länder unter das staatsmonopolistische Produktionsverhältnis abgesichert werden.

Solange ein Teil dieser Länder erst noch ein industrielles Fundament zu errichten hatte, hatte diese Unterwerfung unter den Staatsmonopolismus noch eine ökonomische Logik, und die ökonomischen Integrationsbemühungen der Sowjetunion hatten eine gewisse gesellschaftliche Basis. Daß diese nicht viel trug, zeigte sich schon in der Chruschtschow-Ära, endgültig aber mit der sowjetischen Intervention in der CSSR, die ja keineswegs aus dem sowjetischen Machtbereich ausscheren wollte. Daß sich staatsmonopolistische Integration und nationale Souveränität noch viel weniger vertragen als kapitalistischer Weltmarkt und Unabhängigkeit, beweist die polnische Militärdiktatur einmal mehr.

Stalin sicherte mit den Abkommen von Jalta die Rolle der Sowjetunion als regionaler Hegemonialmacht, die auf Grund des eigenen Machtpotentials, ihrer Hegemonie über Osteuropa und ihrer geographischen Lage von vornherein die Entwicklungsbedingungen für eine Supermacht besaß. Chruschtschow machte nur tastende Schritte in diese Richtung. In seiner Zeit wurde zwar das Kubaabenteuer gestartet, aber die sowjetische Flotte wurde nach wie vor auf Küstenschutz ausgelegt. Der Einsatz sowjetischer Truppen blieb auf den sowjetischen Machtbereich beschränkt.

Gelegenheit schafft Diebe. Wie die Sowjetunion den II. Weltkrieg und ihren Sieg über den Faschismus nutzte,

Fortsetzung folgende Seite

Stalins Tod: Unverkennbar, in Reih und Glied mit anderen, sein Nachfolger. Noch schwört er „Treue", dann kommt die Entstalinisierung.



Künftig eine Monatszeitschrift

Ab Januar: Kommune – Forum für Politik und Ökonomie

frb. Wie erwartet hat sich die außerordentliche Delegiertenkonferenz des KBW vergangenes Wochenende für die Unterstützung einer politischen Monatszeitschrift entschieden, die an die Stelle der bisher vom KBW herausgegebenen theoretischen Zeitschrift und der KVZ treten soll. Der Neuling soll den Namen „Kommune“ mit dem Zusatz „Forum für Politik und Ökonomie“ tragen und bei einem Umfang von rund 64 Seiten 5 DM je Heft kosten. Die Umstellung soll mit der Jahreswende 1982/83 erfolgen, bis dahin werden „Kommunismus und Klassenkampf“ und KVZ weiterhin erscheinen.

Zwei Punkte waren es, die die Delegierten vor allem diskutierten. Einmal die Umstellung der Publikationsweise selbst, zweitens die Frage der Herausgeberschaft.

Mit nur wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen bevorzugte die Konferenz die Monatszeitschrift gegenüber der Alternative Beschränkung auf eine Wochenzeitung. Der in der letzten KVZ abgedruckte Antrag für eine Wochenzeitung wurde von den Antragstellern zurückgezogen, weil nach ihrer Ansicht aufgrund neuer Daten und nach Berichtigung ihrer Berechnung des Subventionsbedarfs hierfür keine finanzielle Basis mehr gegeben sei.

Verabschiedet wurde schließlich der auf dieser Seite abgedruckte Beschluß. Ein anderer Antrag, der in dessen Begründung eine unzutreffende Charakterisierung der monatlichen Erscheinungsweise sah und kleinere sachliche Änderungen und Ergänzungen gegenüber der verabschiedeten Fassung vorsah, wurde lediglich von einer Minderheit von Delegierten unterstützt.

Zur Frage der Herausgeberschaft lagen einige Anträge vor, die auf Verschiebung einer Entscheidung drängten oder bindend die Vorlage eines „Konzepts“ für die neue Zeitschrift zur ordentlichen Delegiertenkonferenz im Frühjahr verlangten. Einige Genossen befürchten, daß der KBW wertlos wird, wenn die Herausgeberschaft formell vom KBW getrennt wird und damit der Herausgeberkreis der Zeitschrift nicht mehr an die Beschlüsse des KBW gebunden ist. Andere wiederum bemängelten, daß die Unabhängigkeit bloß scheinbar wäre, und wollten deshalb zunächst beim alten bleiben. Die große Mehrheit der Delegierten entschied sich für die Übertragung der Herausgeberschaft an einen nicht an den KBW gebundenen Herausgeberkreis, mit dem Ziel, hierfür weitere Genossen zu gewinnen. Mit der Neuregelung soll hierzu die Möglichkeit eröffnet werden. Entsprechend wurde ein Kreis von Genossinnen und Genossen mit der Herausgabe der neuen Zeitschrift im Sinne des Beschlusses beauftragt.



Prag 1968. Der östlichen Hemisphäre wird der sowjetische Riegel vorgeschoben. Doch das Eingreifen in der CSSR bildet auch den Ausgangspunkt der Kritik der sowjetischen Politik in größerem Umfange.

Beschluß der a.o. DK des KBW zum Publikationswesen

1. An Stelle einer politischen Wochenzeitung und einer theoretischen Zeitschrift soll eine politische Monatszeitschrift herausgegeben werden. Diese Monatszeitschrift soll einen aktuellen Teil umfassen, der sich beschreibend und analytisch mit den wichtigsten Ereignissen und Entwicklungen in Politik und Ökonomie auseinandersetzt. Um die Vielseitigkeit zu gewährleisten, sollen neben den Artikeln regelmäßig Rubriken in diesem aktuellen Teil erscheinen, wo in Form von Meldungen und kurzen Kommentaren zu Ereignissen und Entwicklungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der internationalen Beziehungen Stellung genommen wird. Die Monatszeitschrift soll regelmäßig einen Teil umfassen, in dem ausgehend von wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung, der Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung theoretische Aufklärung gesucht wird. Die Zeitschrift soll auch einen Teil umfassen, in dem sie sich mit kulturellen und ideologischen Fragen auseinandersetzt und in dem wichtige politische Bücher besprochen werden. In Abstimmung mit dem aktuellen Teil sollen wichtige Dokumente veröffentlicht und dokumentiert werden.

Begründung: Angesichts unserer politischen und redaktionellen Kräfte, der Auflagenentwicklung unserer Publikationen, ihrer Vertriebsbedingungen und der finanziellen Lage des KBW wie der Unternehmen ist eine Konzentration auf ein Periodikum notwendig. Die gleichen Gründe spre-

schreibend und analytisch mit den wichtigsten Ereignissen und Entwicklungen in Politik und Ökonomie auseinandersetzt. Um die Vielseitigkeit zu gewährleisten, sollen neben den Artikeln regelmäßig Rubriken in diesem aktuellen Teil erscheinen, wo in Form von Meldungen und kurzen Kommentaren zu Ereignissen und Entwicklungen auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik und der internationalen Beziehungen Stellung genommen wird. Die Monatszeitschrift soll regelmäßig einen Teil umfassen, in dem ausgehend von wichtigen Fragen der Arbeiterbewegung, der Frauen-, Ökologie- und Friedensbewegung theoretische Aufklärung gesucht wird. Die Zeitschrift soll auch einen Teil umfassen, in dem sie sich mit kulturellen und ideologischen Fragen auseinandersetzt und in dem wichtige politische Bücher besprochen werden. In Abstimmung mit dem aktuellen Teil sollen wichtige Dokumente veröffentlicht und dokumentiert werden.

Begründung: Angesichts unserer politischen und redaktionellen Kräfte, der Auflagenentwicklung unserer Publikationen, ihrer Vertriebsbedingungen und der finanziellen Lage des KBW wie der Unternehmen ist eine Konzentration auf ein Periodikum notwendig. Die gleichen Gründe spre-

chen für die Herausgabe einer Monatszeitschrift. Die Form einer Monatszeitschrift ist in all diesen Hinsichten flexibler und erlaubt es eher, bei sinkender Auflage weiter zu publizieren und durch eine Konzentration der Kräfte mittelfristig eine Wende in der Auflagenentwicklung zu ermöglichen. Angesichts des gegenwärtigen Einflusses unserer Publizistik kann eine Konzentration der Aufmerksamkeit diesen Einfluß eher fördern als weiter zu verringern. Über unsere eigenen Reihen hinaus und den Kreis der festen Abonnenten können wir gegenwärtig am ehesten die aufgeschlossensten und interessiertesten Kräfte innerhalb der Bewegung erreichen, die sich relativ vielseitig auseinandersetzen und auch andere Meinungen als die gegenwärtig eigene kennenlernen wollen, wenn sie begründet vorgetragen werden. Um diese Leser nach und nach zu erreichen, braucht eine Monatszeitschrift nicht nur Nachteile zu bieten. Zu Recht wird darauf hingewiesen, daß Mitglieder des KBW und die Leser täglich politisch Stellung nehmen müssen und sich an der politischen Meinungsbildung beteiligen. Deshalb sind sie auch auf mehr Informationsquellen angewiesen als unsere eigene Publizistik. Deren Aufgabe ist dabei, zusätzliche Information, insbesondere schwerzugängliche Information zu liefern, analytisch auszuwerten und zu einer politischen Übersicht beizutragen. Die Erscheinungsweise macht dabei keinen qualitativen Unterschied aus, der es unmöglich machen würde, diese Aufgabe weiterhin zu erfüllen. Wenn wir uns jetzt unfreiwillig auf die Herausgabe einer Monatszeitschrift beschränken, so enthält diese Konzentration der Kräfte und der Aufmerksamkeit doch auch Möglichkeiten, um aus einer Situation herauszukommen, in der wir bisherige Formen unserer Publizistik zu „halten“ versuchen, uns dabei übernehmen und kaum in die Lage kommen, unsere Kräfte auch wieder zu entwickeln. Es ist zu befürchten, daß sich die Herausgabe einer Wochenzeitung rasch als unhaltbarer Zwischenschritt herausstellen würde bei einer unumgänglichen Einschränkung unserer Publizistik, die gerade auch die Möglichkeit verschaffen soll, aus dieser Situation des bloßen „Haltens“ herauszukommen.

2. Die neue Zeitschrift soll den Titel „KOMMUNE – Forum für Politik und Ökonomie“ tragen.

Begründung: Mit dem Haupttitel „KOMMUNE“ bringen wir die beabsichtigte politische Richtung der Zeitschrift angemessen zum Ausdruck und grenzen diese Richtung auch hinreichend von allen staatsmonopolistischen Entstellungen des Kommunismus ab. Er drückt unsere revolutionäre und kommunistische Richtung, unsere Stellung gegenüber Kapitalismus und bürgerlichem Staat aus und knüpft gleichzeitig an solche Elemente innerhalb der jetzigen alternativen und grünen Richtung an, die wir fördern wollen. Mit dem Untertitel „Forum“ betonen wir, daß es um die Erarbeitung und nicht Verkündigung einer revolutionären Konzeption geht. Der Zusatz

kaum in die Lage kommen, unsere Kräfte auch wieder zu entwickeln. Es ist zu befürchten, daß sich die Herausgabe einer Wochenzeitung rasch als unhaltbarer Zwischenschritt herausstellen würde bei einer unumgänglichen Einschränkung unserer Publizistik, die gerade auch die Möglichkeit verschaffen soll, aus dieser Situation des bloßen „Haltens“ herauszukommen.

2. Die neue Zeitschrift soll den Titel „KOMMUNE – Forum für Politik und Ökonomie“ tragen.

Begründung: Mit dem Haupttitel „KOMMUNE“ bringen wir die beabsichtigte politische Richtung der Zeitschrift angemessen zum Ausdruck und grenzen diese Richtung auch hinreichend von allen staatsmonopolistischen Entstellungen des Kommunismus ab. Er drückt unsere revolutionäre und kommunistische Richtung, unsere Stellung gegenüber Kapitalismus und bürgerlichem Staat aus und knüpft gleichzeitig an solche Elemente innerhalb der jetzigen alternativen und grünen Richtung an, die wir fördern wollen. Mit dem Untertitel „Forum“ betonen wir, daß es um die Erarbeitung und nicht Verkündigung einer revolutionären Konzeption geht. Der Zusatz

„für Politik und Ökonomie“ drückt kurzgefaßt die Schwerpunkte, nicht eine enge Beschränkung der Themen auf diese Gebiete aus.

3. Die Beschränkung auf ein Periodikum läßt die Möglichkeit, unregelmäßig thematisch umrissene Sonderhefte der Zeitschrift herauszubringen und auch Formen zu suchen, in denen wir Arbeitspapiere einem größeren Kreis von Interessenten zukommen lassen und öffentlich verfügbar machen können.

4. Der KBW beauftragt einen Kreis (ca. 15 Genossen), der die Zeitschrift herausgeben und die Redaktion benennen soll, darunter entsprechend den jetzigen finanziellen Bedingungen 5 angestellte Redakteure. Ziel der Herausgeber soll es sein, ihren Kreis durch Genossen zu erweitern, die an der Herausgabe der Zeitschrift politisch interessiert sind. Der Herausgeberkreis soll aus Personen, nicht aus Organisationen bestehen und in eigener Verantwortung wirken. Im Verlauf des nächsten Jahres soll der Herausgeberkreis ein Treffen der regelmäßigen Mitarbeiter der Zeitschrift einberufen, um so eine Form zu finden, die eine größere Erweiterung des Herausgeberkreises eventuell verbessert. Wenn es sich als sinnvoll erweisen sollte, kann zu einem späteren Zeitpunkt eine Trägerschaft der Monatszeitschrift organisiert werden, die dann auch den Herausgeberkreis wählen würde. Die Zeitschrift soll zunächst 5,00 DM kosten und einen Umfang von 64 Seiten haben. Bei der Wahl des ersten Herausgeberkreises wird der Anteil der Frauen entsprechend der Regelung der Zusammensetzung der Bundesleitung des KBW (ein Drittel) bestimmt.

Begründung: Dieses Vorgehen soll die Möglichkeit verbessern, daß Kräfte, mit denen wir politisch im großen und ganzen übereinstimmen, auch publizistisch enger mit uns zusammenarbeiten und, wenn sie es wollen, die Herausgabe der Zeitschrift direkt mittragen können.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Mitglieder des KBW ihre gesamte Tätigkeit, also auch ihre Mitarbeit in dem Herausgeberkreis der Monatszeitschrift in den Rahmen des Statuts des KBW stellen und insofern der Mitgliedschaft des KBW verantwortlich bleiben.

Der KBW hält es für angemessen, von seiner Seite aus alle Bedingungen zu schaffen, um im gegenwärtigen Umgruppierungs- und Vereinheitlichungsprozeß innerhalb der Linken die Zusammenarbeit bei der Herausgabe der geplanten politischen Monatszeitschrift zu fördern. Unabhängig von dieser Unterstützung der Herausgabe der Zeitschrift sieht der KBW seine Aufgabe darin, als Organisation von Kommunisten örtlich und bundesweit Arbeitszusammenhänge zu sichern und aufzubauen, um von seiner Seite aus das Element der Bewußtheit in der Praxis der Arbeiterbewegung und der gesellschaftlichen Bewegung insgesamt zu fördern. In dieser direkten Zusammenarbeit von Kommunisten und Revolutionären in bezug auf die gesell-

und ganzen übereinstimmen, auch publizistisch enger mit uns zusammenarbeiten und, wenn sie es wollen, die Herausgabe der Zeitschrift direkt mittragen können.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß Mitglieder des KBW ihre gesamte Tätigkeit, also auch ihre Mitarbeit in dem Herausgeberkreis der Monatszeitschrift in den Rahmen des Statuts des KBW stellen und insofern der Mitgliedschaft des KBW verantwortlich bleiben.

Der KBW hält es für angemessen, von seiner Seite aus alle Bedingungen zu schaffen, um im gegenwärtigen Umgruppierungs- und Vereinheitlichungsprozeß innerhalb der Linken die Zusammenarbeit bei der Herausgabe der geplanten politischen Monatszeitschrift zu fördern. Unabhängig von dieser Unterstützung der Herausgabe der Zeitschrift sieht der KBW seine Aufgabe darin, als Organisation von Kommunisten örtlich und bundesweit Arbeitszusammenhänge zu sichern und aufzubauen, um von seiner Seite aus das Element der Bewußtheit in der Praxis der Arbeiterbewegung und der gesellschaftlichen Bewegung insgesamt zu fördern. In dieser direkten Zusammenarbeit von Kommunisten und Revolutionären in bezug auf die gesell-

schaftliche Praxis sieht der KBW seinen Organisationszweck. Auf dieser Basis begreift er auch seine Unterstützung einer unabhängigen kommunistischen Monatszeitschrift.

Fortsetzung von Seite 3

Ära Breschnew

um in Osteuropa zu expandieren, so nutzte sie ab Mitte der 70er Jahre, ohne sich selber auf eine Konfrontation mit den USA einzulassen, deren Niederlage in Vietnam, um in Asien und Afrika eine zielstrebige Expansion einzuleiten. Mit dem Einmarsch in Afghanistan trat die Rote Armee erstmals als selbständige kriegführende Kraft außerhalb ihres bisherigen Herrschaftsbereiches auf, während sie sich in Kampuchea auf logistische Unterstützung und Beratung der vietnamesischen Invasionstruppen beschränkt und in Angola die Kubaner marschieren ließ.

Gegenüber Westeuropa wird Entspannungspolitik das Panier bleiben

Gegenüber Westeuropa tritt die Sowjetunion heute noch als Freund und Förderer der Entspannung auf. Das hat verschiedene Gründe. Die ökonomischen Gründe liegen auf der Hand, denn die Entspannungspolitik öffnet und sichert den Zugang zu westlicher Technologie. Und nur durch Einsatz fortgeschrittener Produktionsmittel kann die Sowjetunion auf eine gewisse Steigerung der Produktivkraft rechnen, für die ihr die gesellschaftlichen Potenzen ansonsten abgehen. Politisch und militärisch dient die Entspan-

mit den USA einzulassen, deren Niederlage in Vietnam, um in Asien und Afrika eine zielstrebige Expansion einzuleiten. Mit dem Einmarsch in Afghanistan trat die Rote Armee erstmals als selbständige kriegführende Kraft außerhalb ihres bisherigen Herrschaftsbereiches auf, während sie sich in Kampuchea auf logistische Unterstützung und Beratung der vietnamesischen Invasionstruppen beschränkt und in Angola die Kubaner marschieren ließ.

Gegenüber Westeuropa wird Entspannungspolitik das Panier bleiben

Gegenüber Westeuropa tritt die Sowjetunion heute noch als Freund und Förderer der Entspannung auf. Das hat verschiedene Gründe. Die ökonomischen Gründe liegen auf der Hand, denn die Entspannungspolitik öffnet und sichert den Zugang zu westlicher Technologie. Und nur durch Einsatz fortgeschrittener Produktionsmittel kann die Sowjetunion auf eine gewisse Steigerung der Produktivkraft rechnen, für die ihr die gesellschaftlichen Potenzen ansonsten abgehen. Politisch und militärisch dient die Entspan-

nungspolitik gegenüber Westeuropa dazu, den Einfluß der USA in Westeuropa zu untergraben, um so bei Aufrechterhaltung des eigenen Herrschaftsbereiches zur europäischen Hegemonialmacht zu werden, was nur durch ein blockfreies und vereinheitlichtes Europa verhindert werden könnte. Unterdrückung der polnischen Freiheit und Entspannungspolitik gegenüber Westeuropa passen gut zusammen. Dementsprechend wird die Stationierung der SS 20 auch nicht aus dem europäischen, sondern aus dem globalen Szenarium begründet.

Die Nachrufe auf Breschnew sind auf den ersten Blick erstaunlich. Auf den zweiten Blick schon weniger. Das offizielle Europa und auch seine offizielle Presse haben sich in einer Welt eingerichtet, die von der Rivalität der beiden Supermächte bestimmt wird und wo von den beiden Supermächten bloß noch erwartet wird, daß die der Krieg um Europa nicht beginnen. Die westeuropäischen Machthaber sind immer noch Imperialisten, aber Imperialisten, die definitiv in den zweiten Rang versetzt worden sind. Eher finden sie sich mit den Supermächten ab als mit einem blockfreien Europa, das sich an die Seite der Dritten Welt stellt und nur im Rahmen sozialer und politischer Umwälzungen zu verwirklichen ist. Ihre Hoffnungen auf Stabilität sind jedoch illusorisch. Entweder wird die Dynamik der Rivalität der beiden Supermächte Europa immer tiefer in diese Rivalität hineinziehen bis hin zum Krieg um Europa, oder die europäischen Völker erschüttern mit der Vorherrschaft der beiden Supermächte die herrschenden Verhältnisse in Europa. In dieser Lage hat das sowjetische Po-

sammen. Dementsprechend wird die Stationierung der SS 20 auch nicht aus dem europäischen, sondern aus dem globalen Szenarium begründet.

Die Nachrufe auf Breschnew sind auf den ersten Blick erstaunlich. Auf den zweiten Blick schon weniger. Das offizielle Europa und auch seine offizielle Presse haben sich in einer Welt eingerichtet, die von der Rivalität der beiden Supermächte bestimmt wird und wo von den beiden Supermächten bloß noch erwartet wird, daß die der Krieg um Europa nicht beginnen. Die westeuropäischen Machthaber sind immer noch Imperialisten, aber Imperialisten, die definitiv in den zweiten Rang versetzt worden sind. Eher finden sie sich mit den Supermächten ab als mit einem blockfreien Europa, das sich an die Seite der Dritten Welt stellt und nur im Rahmen sozialer und politischer Umwälzungen zu verwirklichen ist. Ihre Hoffnungen auf Stabilität sind jedoch illusorisch. Entweder wird die Dynamik der Rivalität der beiden Supermächte Europa immer tiefer in diese Rivalität hineinziehen bis hin zum Krieg um Europa, oder die europäischen Völker erschüttern mit der Vorherrschaft der beiden Supermächte die herrschenden Verhältnisse in Europa. In dieser Lage hat das sowjetische Po-

litbüro klug entschieden, den Unterdrücker der Ungarn und langjährigen KGB-Chef an seine Spitze zu stellen. Der Staatsmonopolismus kommt auch personell immer mehr zu sich selbst.

Die abgesicherte Sicherheit des Brüters

Wie die Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ ihre wissenschaftliche Gutachten bei sich selbst bestellt

aml. Der „Schnelle Brüter“ in Kalkar bildet einen zentralen Gegenstand der Auseinandersetzung um das Kernenergieprogramm, wegen seiner besonderen Gefährlichkeit, seinem neuen Brennstoffkreislauf, der das radiologisch giftige Plutonium in großen Mengen in die Biosphäre setzt und potentiellen Kernwaffensprengstoff liefert. Wegen dem damit verbundenen starken Kampf gegen den Bau dieses Kernreaktors konnte der Deutsche Bundestag nicht umhin, sich die Genehmigung für die Inbetriebnahme des Brüters vorzubehalten, aber gleichzeitig den Bau forschungspolitisch zu bewilligen.

Eigentlich wolle der Bundestag sich Ende dieses Jahres mit der Aufhebung dieses Vorbehaltes befassen. Eine der Grundlagen für diese Entscheidung sollte ein Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“ sein, der zur Inbetriebnahme der Schnellbrüter-Prototypanlage SNR 300 in Kalkar Stellung nimmt. Die Kommission konnte sich zu keiner gemeinsamen Stellungnahme durchringen. Die Abgeordneten der CDU/CSU-FDP-Koalition und mit ihnen Sachverständige wie die Professoren Birkhofer, Häfele, Michaelis und Schneider, die seit Jahren ihre Hohe-Priesterschaft in Sachen Kernenergie verteidigen, empfehlen dem Bundestag, seinen Vorbehalt vom 14.12.1978 aufzuheben. Die Minderheit, die von den SPD-Abgeordneten Kübler und Schäfer und den Professoren Altner, von Ehrenstein und Meyer-Abich gebildet wird, stellt fest: „Die Inbetriebnahme des SNR 300 ist heute in keinem sinnvollen Zusammenhang zu rechtfertigen. Wir empfehlen deshalb dem Deutschen Bundestag, die Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar abzulehnen.“

Eine besonders traurige Rolle spielt Alois Pfeiffer vom DGB, der hinter einem großspurigen Bekenntnis „zum technischen Wandel in großer Breite als mitentscheidendem Faktor für die Erhaltung und mögliche Hebung des allgemeinen Lebensstandards“ seine Zustimmung zum Bau des Schnellen Brüters versteckt, sich aber auch nicht dem von CDU und FDP geführten Clan im Ausschuß anschließen will. Vielleicht hätte er dem DGB den besten Dienst erwiesen, wenn er unter diesen Bedingungen aus der Kommission zurückgetreten wäre.

Soweit man das überblicken kann, ist die Entwicklung der Schnellen Brüter in der ganzen Welt in eine tiefe Krise geraten. Anfangs noch begrüßt als das Fast-Perpetuum-Mobile, das das nicht zur Kernspaltung verwendbare Uran 238 in Plutonium 239 verwandelt, was spaltbar ist, während es

Schneider, die seit Jahren ihre Hohe-Priesterschaft in Sachen Kernenergie verteidigen, empfehlen dem Bundestag, seinen Vorbehalt vom 14.12.1978 aufzuheben. Die Minderheit, die von den SPD-Abgeordneten Kübler und Schäfer und den Professoren Altner, von Ehrenstein und Meyer-Abich gebildet wird, stellt fest: „Die Inbetriebnahme des SNR 300 ist heute in keinem sinnvollen Zusammenhang zu rechtfertigen. Wir empfehlen deshalb dem Deutschen Bundestag, die Inbetriebnahme des SNR 300 in Kalkar abzulehnen.“
Eine besonders traurige Rolle spielt Alois Pfeiffer vom DGB, der hinter einem großspurigen Bekenntnis „zum technischen Wandel in großer Breite als mitentscheidendem Faktor für die Erhaltung und mögliche Hebung des allgemeinen Lebensstandards“ seine Zustimmung zum Bau des Schnellen Brüters versteckt, sich aber auch nicht dem von CDU und FDP geführten Clan im Ausschuß anschließen will. Vielleicht hätte er dem DGB den besten Dienst erwiesen, wenn er unter diesen Bedingungen aus der Kommission zurückgetreten wäre.
Soweit man das überblicken kann, ist die Entwicklung der Schnellen Brüter in der ganzen Welt in eine tiefe Krise geraten. Anfangs noch begrüßt als das Fast-Perpetuum-Mobile, das das nicht zur Kernspaltung verwendbare Uran 238 in Plutonium 239 verwandelt, was spaltbar ist, während es
gleichzeitig Wärme oder Elektrizität durch Spaltung von Plutonium produziert, sieht die Zukunft des Projekts nach 20jähriger Entwicklung schlecht aus. In den USA mußte der Forschungsreaktor Enrico Fermi wegen eines Störfalls, bei dem zwei Brennelemente teilweise geschmolzen waren, außer Betrieb genommen werden. In Folge dessen wurde zwar noch ein dem Kalkartyp ähnlicher Reaktor geplant und mit dem Bau begonnen, der Bau wurde aber unter der Carter-Regierung eingestellt und bis heute nicht wieder aufgenommen. Der russische Brutreaktor BN-350 läuft allenfalls noch mit halber Kraft, weil nach einer Explosion – verursacht durch ein Leck im Natrium leitenden Rohrsystem des Dampferzeugers der Schaden wahrscheinlich wegen zu hoher Kontamination (radioaktiver Verseuchung) nicht beseitigt werden konnte. Der britische SN 300 war 1974 ebenfalls durch Lecks im Dampferzeuger schwer beschädigt worden, ein Nachfolgereaktor soll erst nach breiter Diskussion in der britischen Öffentlichkeit geplant werden. Der Forschungsreaktor in Karlsruhe sollte im August 1978 und im März 1979 unter Vollast gehen. Beide Male mißlang der Versuch, weil Reaktivitätsschwankungen auftraten, wahrscheinlich durch Eintritt von Argon in den Reaktorkern.

Das inzwischen auf 5 Milliarden Mark bezifferte Projekt Kalkar findet dann auch keinen der risikofreudigen und dynamischen Unternehmer, der dort seinen Einsatz wagt. Trotz Zusagen ziert sich die Elektrizitätswirtschaft immer noch, die 1,1 Milliarden Mark in bar herüberzuschieben. Der neue Forschungsminister erbat zunächst vom Bundeskabinett 600 Millionen Mark, um rasch Rechnungen zu begleichen.

Die Frage des Bundestages an die Enquête-Kommission war: „Ist der Schnelle Brüter genauso oder weniger sicher als die herkömmlichen Leichtwasserreaktoren (Druckwasserreaktor vom Typ Biblis B)?“ Die Frage hätte auch lauten können: „Kann man Forschungen am Prototyp SNR 300 Kalkar anstellen, ohne ihn jemals in Betrieb zu nehmen?“ Das hätte wahrscheinlich mehr den wirklichen Problemen entsprochen.

Gilt, daß der Schnelle Brüter Kalkar genauso sicher ist wie ein herkömmlicher Leichtwasserreaktor, so ist das Risiko einer Inbetriebnahme akzeptierbar. Die Mehrheit der Kommission kommt also zu der Auffassung: „Durch die Auswertung des Risikovergleichs, die Bewertung seiner Randbedingungen und die Diskussion nicht quantitativ erfaßbarer Faktoren hat die Kommission die Überzeugung gewonnen, daß das Risiko aus dem Betrieb des SNR 300 in der gleichen Bandbreite liegt wie jenes der im Betrieb befindlichen Leichtwasserreaktoren.“

Wie auch die Mehrheit der Kommission feststellt, handelt es sich bei dem Kalkarer Reaktor um ein Forschungs- und Prototypprojekt. Bei den Leichtwasserreaktoren sollen nach offiziellen Aussagen alle nur denkbaren Sicherheitsmaßnahmen getroffen sein. Nimmt man das für bare Münze, so bleibt eigentlich beim Betreten von technischem Neuland Sicherheit, die mit lange erprobter Technik vergleichbar ist, nur, wenn die neue Technik von ihrer Anlage her sicherer und mit der Biosphäre verträglicher ist als die alte. Das aber versucht die Mehrheit erst gar nicht zu beweisen, weil es unbeweisbar ist. Was an Argumenten bleibt? Den größeren Gefährdungen durch Plutonium und dem möglichen Zustand einer kernwaffenähnlichen Explosion stünden größere Sicherheitsvorkehrungen gegenüber, dem Problem der enorm hohen chemischen Reaktivität von Natrium mit Wasser oder Sauerstoff stünden noch bessere Prüfverfahren entgegen und so weiter. Man fragt sich, was bei den Leichtwasserreaktoren alles versäumt wird.

Lassen solche Wissenschaftler wie Michaelis in ihren Büchern noch einen Hauch von Bedenken durchschimmern, in der Kommission hat sich die Mehrheit wohl darauf verständigt: „Da müssen wir durch.“

trieb des SNR 300 in der gleichen Bandbreite liegt wie jenes der im Betrieb befindlichen Leichtwasserreaktoren.“
Wie auch die Mehrheit der Kommission feststellt, handelt es sich bei dem Kalkarer Reaktor um ein Forschungs- und Prototypprojekt. Bei den Leichtwasserreaktoren sollen nach offiziellen Aussagen alle nur denkbaren Sicherheitsmaßnahmen getroffen sein. Nimmt man das für bare Münze, so bleibt eigentlich beim Betreten von technischem Neuland Sicherheit, die mit lange erprobter Technik vergleichbar ist, nur, wenn die neue Technik von ihrer Anlage her sicherer und mit der Biosphäre verträglicher ist als die alte. Das aber versucht die Mehrheit erst gar nicht zu beweisen, weil es unbeweisbar ist. Was an Argumenten bleibt? Den größeren Gefährdungen durch Plutonium und dem möglichen Zustand einer kernwaffenähnlichen Explosion stünden größere Sicherheitsvorkehrungen gegenüber, dem Problem der enorm hohen chemischen Reaktivität von Natrium mit Wasser oder Sauerstoff stünden noch bessere Prüfverfahren entgegen und so weiter. Man fragt sich, was bei den Leichtwasserreaktoren alles versäumt wird.
Lassen solche Wissenschaftler wie Michaelis in ihren Büchern noch einen Hauch von Bedenken durchschimmern, in der Kommission hat sich die Mehrheit wohl darauf verständigt: „Da müssen wir durch.“

Zwei *Gutachten* lagen der Kommission vor. Das Gutachten „Forschungsgruppe Schneller Brüter“ kommt zu Ergebnissen, die in extremen Schadenssituationen zwischen 52000 und 2700000 späte Todesfälle ergeben, eine Fläche zwischen ¼ der Nordrhein-Westfalens und dem doppelten seiner Fläche würde auf Jahrhunderte mit alphastrahlendem Material verseucht sein. Das veranlaßt die Gutachter der Mehrheit, diese Ergebnisse als „unwissenschaftlich abzutun“, mitzuteilen, daß sie kein Vertrauen verdienten, und den Versuch, „sogenannte kritische Wissenschaftler zu Entscheidungen heranzuziehen“, als gescheitert zu erklären.

Da bleibt man besser unter sich. Das Gutachten der „Gesellschaft für Reaktorsicherheit“ (GRS) dagegen verdient volles Vertrauen. Vorsitzender der GRS ist Professor Dr. A. Birkhofer, Mitglied der Mehrheitsfraktion der Enquête-Kommission. X, Y, Z bilden eine Kommission, beauftragen Z mit einem Gutachten; daraufhin erklären X, Y und die Koryphäe selbst diese zu einer solchen. Nachdem damit ein wissenschaftliches Gutachten vorliegt, haben X, Y, Z die Wissenschaft auf ihrer Seite. Punkt. Das würde sich fast nach der Geschichte vom Pastor, Apotheker, Arzt und Lehrer anhören, die mit ihrem Sachverstand beim freitäglichen Stammtisch die Dorfpolitik bestimmen, wenn die Herren Häfele*, Schneider, Birkhofer, Michaelis nicht ein gerütteltes Maß an Mitverantwortung für den Bau des Ungetüms und Pleiteprojektes Schneller Brüter trügen. Dies nur, auf welche Sorte Argumentation man gefaßt sein muß.

Bleibt die Frage, was soll man mit dem Brüter machen? Die Mitglieder der Enquête-Kommission, die sich gegen den Bau des Kalkar-Brüters aussprechen, stellen fest: „Es ist anzunehmen, daß aus dem Betrieb des SNR 300 eine Reihe von Erfahrungen auf dem Gebiet der Natriumtechnologie und der Brutreaktortechnologie gewonnen werden können. Die Kommission wurde jedoch von Sachverständigen darauf hingewiesen, daß für eine spätere Kommerzialisierung des Schnellen Brüters kostenintensive Teststände, Versuchsanordnungen und Testreaktoren notwendig oder wenigstens wünschenswert sind, um die Sicherheitsforschung, insbesondere zu Bethe-Tait-Störfällen**, fortzuführen und die Ergebnisse experimentell zu erhärten. Für diese Untersuchungen ist die Anlage weder geplant noch geeignet.“ Nicht mal zu Forschungszwecken. Die 6 Milliarden für das Brüterprojekt sind umsonst ausgegeben. 6 Milliarden, die für andere Forschungen gefehlt haben, zum Beispiel die Krebsforschung. Aber es ist immer noch besser, das jetzt zuzugestehen, als in dieses Projekt weiter Geld zu stecken.

Die Minderheitsfraktion schreibt: „An das Projekt SNR 300 war die Erwartung geknüpft, daß sich daraus umfassende Innovationsimpulse für die Volkswirtschaft ergäben. Von dieser Erwartung ist aufgrund der tatsächlichen Entwicklung Abschied zu nehmen ... Diese Mittel (die für den Schnellen Brüter zusätzlich aufzuwenden sind) könnten besser für andere Investitionen, wie z.B. für die Modernisierung von Kohlekraftwerken und für den weiteren Ausbau der Fernwärmenutzung eingesetzt werden.“ Stimmt.

* Insbesondere Häfele ist mit skandalumwitterten Gutachten für das Brüterprojekt eingetreten. Seine Nachfolgepläne für den Kalkar-Brüter wurden von der FAZ so kommentiert: „Die Uferlosigkeit findet jetzt ihre Krönung in den von Sciene Fiction kaum noch zu unterscheidenden Vorschlägen Häfeles zum Weltenergieproblem ... Nach den eklatanten Mißerfolgen seiner Brüterprojektleitung und -planung hätte das Ministerium allen Grund, sich gegenüber Häfeles Systemanalysen und Zukunftsplänen für das Kernforschungszentrum und allgemein für die Forschung sehr zurückzuhalten.“ (zitiert nach Holger Strohm, S. 151)

** Bethe-Tait-Störfall: Schmelzen des Reaktorkerns. Anders als beim Leichtwasserreaktor, wo das Schmelzen nur durch die Nachwärme des radioaktiven Materials verursacht wird, kann unter bestimmten Bedingungen ein Plutonium Brutreaktor wieder kritisch werden, das heißt, es finden

zugestehen, als in dieses Projekt weiter Geld zu stecken.
Die Minderheitsfraktion schreibt: „An das Projekt SNR 300 war die Erwartung geknüpft, daß sich daraus umfassende Innovationsimpulse für die Volkswirtschaft ergäben. Von dieser Erwartung ist aufgrund der tatsächlichen Entwicklung Abschied zu nehmen ... Diese Mittel (die für den Schnellen Brüter zusätzlich aufzuwenden sind) könnten besser für andere Investitionen, wie z.B. für die Modernisierung von Kohlekraftwerken und für den weiteren Ausbau der Fernwärmenutzung eingesetzt werden.“ Stimmt.
* Insbesondere Häfele ist mit skandalumwitterten Gutachten für das Brüterprojekt eingetreten. Seine Nachfolgepläne für den Kalkar-Brüter wurden von der FAZ so kommentiert: „Die Uferlosigkeit findet jetzt ihre Krönung in den von Sciene Fiction kaum noch zu unterscheidenden Vorschlägen Häfeles zum Weltenergieproblem ... Nach den eklatanten Mißerfolgen seiner Brüterprojektleitung und -planung hätte das Ministerium allen Grund, sich gegenüber Häfeles Systemanalysen und Zukunftsplänen für das Kernforschungszentrum und allgemein für die Forschung sehr zurückzuhalten.“ (zitiert nach Holger Strohm, S. 151)
** Bethe-Tait-Störfall: Schmelzen des Reaktorkerns. Anders als beim Leichtwasserreaktor, wo das Schmelzen nur durch die Nachwärme des radioaktiven Materials verursacht wird, kann unter bestimmten Bedingungen ein Plutonium Brutreaktor wieder kritisch werden, das heißt, es finden
Kernspaltungen wie in einer Atombombe statt.



Ein 13. Dezember der Solidarität

Unter diesem Titel findet am 11. Dezember in Köln eine zentrale Veranstaltung zum Jahrestag des Militärputsches in Polen statt. Es werden dort sprechen:

– Seweryn Blumsztajn, Paris, Herausgeber des Informationsbulletins der „Solidarność“ im Ausland, Mitglied des früheren KOR
– Ein Vertreter des Informationsbüros Bremen der „Solidarność“
– Ein Vertreter des NZS, des verbotenen Unabhängigen Studentenbundes in Polen
– Jiri Pelikan, ehem. Direktor des Fernsehens im Prager Frühling 1968, Mitglied des Europa-Parlaments
– Simone Langrock, bis vor kurzem in der DDR inhaftiert wegen aktiver Solidarität mit „Solidarność“
– Ein Vertreter der „Szeta“-Gruppe aus Budapest
– Klaus Westermann, Bundesjugendsekretär des DGB
– Jakob Moneta, ehem. Chefredakteur der „metall“, für die Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność“

Liederbeiträge haben zugesagt:
– Jacek Kaczmarski, einer der bekanntesten polnischen Liedermacher (neue Platte: Carmagnole 1981, eben erschienen)
– Eva-Maria Hagen, Schauspielerin und Sängerin, mit Wolf Biermann zusammen aus der DDR ausgewiesen

Veranstalter sind das Koordinations- und Informationsbüro „Solidarność“, Bremen, der Ausschuß der Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność“, Frankfurt, sowie das Kulturreferat des AStA der Uni Köln.
Beginn: Samstag, 11. Dezember, 14.30 Uhr (Ende gegen 19 Uhr)
Ort: Köln, Mülheimer Stadthalle, Wiener Platz
Eintritt: 5 DM

Die Veranstaltung wird bis jetzt unterstützt von: Basisgruppen Uni Köln / AStA AsH Köln / AStA Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf / AStA Ruhr-Universität Bochum / AStA FH Bergbau Bochum / AStA GHS Wuppertal / AStA GHS Duisburg / AStA GHS Essen / AStA PH Münster / AStA FH Münster / Grün-Alternative Liste Uni Münster / Liste Undogmatischer Fachschafter TH Aachen / Liste Undogmatischer Studenten Uni Bonn / Russell-Peace-Gruppe Köln / GIM / KBW / DIE GRÜNEN

Veranstaltungen

Karlsruhe
Seminar zu den Artikeln in Kommunismus und Klassenkampf 9/1982: Das Staatsmonopol macht Epoche. Und: Neue Ökonomische Politik – realistische Alternative zu Kapitalismus und Staatsmonopol
Sonntag, 28.11., 10.00 bis ca. 18.00 Uhr
Schützenstraße 63 (Hinterhaus)

Veranstaltung mit Thomas Frank:
Strategie der ZANU zur Umgestaltung Zimbabwes
Freitag, 3.12., 19.30 Uhr
Gaststätte Tivoli, Rüppurerstr. 94

Arbeitsgruppen

nen Unabhängigen Studentenbundes in Polen
– Jiri Pelikan, ehem. Direktor des Fernsehens im Prager Frühling 1968, Mitglied des Europa-Parlaments
– Simone Langrock, bis vor kurzem in der DDR inhaftiert wegen aktiver Solidarität mit „Solidarność“
– Ein Vertreter der „Szeta“-Gruppe aus Budapest
– Klaus Westermann, Bundesjugendsekretär des DGB
– Jakob Moneta, ehem. Chefredakteur der „metall“, für die Komitees und Initiativen „Solidarität mit Solidarność“
Liederbeiträge haben zugesagt:
– Jacek Kaczmarski, einer der be-
Veranstaltungen
Karlsruhe
Seminar zu den Artikeln in Kommunismus und Klassenkampf 9/1982: Das Staatsmonopol macht Epoche. Und: Neue Ökonomische Politik – realistische Alternative zu Kapitalismus und Staatsmonopol
Sonntag, 28.11., 10.00 bis ca. 18.00 Uhr
Schützenstraße 63 (Hinterhaus)
Veranstaltung mit Thomas Frank:
Strategie der ZANU zur Umgestaltung Zimbabwes
Freitag, 3.12., 19.30 Uhr
Gaststätte Tivoli, Rüppurerstr. 94
Arbeitsgruppen

AG Wohnungswesen
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

AG Bildungswesen
nähere Angaben siehe KVZ 42, S. 5
27./28. November, Beginn 14.00 Uhr

AG I: **Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus**
nähere Angaben siehe oben
11./12. Dezember, Beginn 14.00 Uhr

Kapitalschulungen Weihnachten / Neujahr

Kapital Band I
Beginn am 27.12., 10.00 Uhr
Kosten ca. 150,00 DM
Eine Mindestteilnehmerzahl von 10 sollte erreicht werden

Kapital Band II/III
Beginn ebenfalls am 27.12., 10.00 Uhr
Dauer bis 9.1.1983
Kosten ca. 300,00 DM
Auch hier gilt eine Mindestteilnehmerzahl von ca. 10

Die Schulungen finden jeden Tag von ca. 8.30 Uhr bis 21.00 Uhr mit entsprechenden Pausen statt. Sie konzentrieren sich auf das auszugsweise Lesen des Textes sowie das

Beginn: Samstag, 11. Dezember, 14.30 Uhr (Ende gegen 19 Uhr)
Ort: Köln, Mülheimer Stadthalle, Wiener Platz
Eintritt: 5 DM
Die Veranstaltung wird bis jetzt unterstützt von: Basisgruppen Uni Köln / AStA AsH Köln / AStA Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf / AStA Ruhr-Universität Bochum / AStA FH Bergbau Bochum / AStA GHS Wuppertal / AStA GHS Duisburg / AStA GHS Essen / AStA PH Münster / AStA FH Münster / Grün-Alternative Liste Uni Münster / Liste Undogmatischer Fachschafter TH Aachen / Liste Undogmatischer Studenten Uni Bonn / Russell-Peace-Gruppe Köln / GIM / KBW / DIE GRÜNEN
Kapitalschulungen Weihnachten / Neujahr
Kapital Band I
Beginn am 27.12., 10.00 Uhr
Kosten ca. 150,00 DM
Eine Mindestteilnehmerzahl von 10 sollte erreicht werden
Kapital Band II/III
Beginn ebenfalls am 27.12., 10.00 Uhr
Dauer bis 9.1.1983
Kosten ca. 300,00 DM
Auch hier gilt eine Mindestteilnehmerzahl von ca. 10
Die Schulungen finden jeden Tag von ca. 8.30 Uhr bis 21.00 Uhr mit entsprechenden Pausen statt. Sie konzentrieren sich auf das auszugsweise Lesen des Textes sowie das
Besprechen der genannten Texte.

In den angegebenen Kosten sind Übernachtung, Frühstück und Mittagessen enthalten, das Abendessen muß zusätzlich selbst organisiert werden.

Anmeldungen zu Arbeitsgruppen und Seminaren spätestens 14 Tage vorher. Ort jeweils Tagungsräume des KBW, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 11, Tel. 0611/730231

AG I: Entwicklungstendenzen des westdeutschen Kapitalismus

Die Arbeitsgruppe wird ihre nächste Tagung am Wochenende vom *11./12. Dezember* durchführen. Beginn Samstag, 14 Uhr, Ende Sonntag, 15 Uhr.

Auf der Tagung wollen wir uns mit den verschiedenen Positionen in der wirtschaftspolitischen Debatte innerhalb der Grünen auseinandersetzen. Neben den Texten aus dieser Diskussion, die zum größten Teil in der KVZ veröffentlicht worden sind, sollte das Sondergutachten des Sachverständigenrates bekannt sein (Bestellung bei Verlag Dr. Hans Heger, Pf 200821, 5300 Bonn 2). Aus aktuellen Gründen greifen wir dieses Thema auf.

AG II: Aufbau des Sozialismus Erfahrungen der Sowjetunion

Falls keine wichtigen Terminüberschneidungen bis dahin eintreten, will die Arbeitsgruppe zum nächsten Mal am Wochenende vom 15./16. Januar tagen. Behandelt werden sollen Bahro, Die Alternative (rororo); Ota Sik, Das kommunistische Machtsystem, Hamburg 1976; Féher/Heller, Diktatur über die Bedürfnisse; Konrad/Szelenyi, Die Intelligenz auf dem Weg zur Macht (Suhrkamp Taschenbuch) und Sinowjew, Kommunismus (Diogenes Taschenbuch). Die beiden erstgenannten Bücher sollten von allen gelesen sein.

Kommunistische Volkszeitung
Wochenzeitung. Herausgegeben von der Bundesleitung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Redaktion. Verantwortlich: Friedemann Bleicher · Gesellschaft, Politik (Inland): Günther Kruse · Ausland: cof, Theo Mehlen · Betrieb, Gewerkschaften: Gerd Heinemann, Michael Ackermann · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur: Michael Ackermann
Erscheint im Kühl-Verlag;
Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt
Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730236 · Telex: 413080 kuehl d.
Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 DM; Jahresabonnement 90 DM; Halbjahresabonnement 46 DM; Vierteljahresabonnement 23 DM (jeweils einschließlich Porto) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum.
ISSN 0720-8898
Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 501 900 00)

Sorgerechtsentscheidung des Bundesverfassungsgerichts:

„... Hoffnung für 1 Mio. Scheidungswaisen, Eltern trotz Scheidung behalten zu können“?

Geschiedene Eltern können in Zukunft das Sorgerecht für ihre Kinder gemeinsam behalten. Diese Entscheidung fällte das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Die bisherige Regelung, wonach die Familiengerichte das Sorgerecht im Falle der Scheidung ausnahmslos auf einen Elternteil übertragen mußten, wurde für verfassungswidrig erklärt und ist damit hinfällig.

Zwar entscheiden auch zukünftig die Familiengerichte weiterhin über das Sorgerecht, aber in Fällen, „in denen beide Eltern gewillt“ seien, „die gemeinsame Verantwortung für ihr Kind“ weiter zu tragen, bedürfe es „keiner Schlichtung“ von Amts wegen. Wenn beide Elternteile darüberhinaus „voll erziehungsfähig“ seien, so das BVG, habe der Staat nicht die Befugnis, „einen Elternteil von der Pflege und Erziehung des Kindes auszuschalten und ihn auf ein Umgangsrecht zu beschränken“.

Mit dieser Entscheidung ist ein seit über 10 Jahren bestehender Streit beendet worden. Bis 1979 hieß es: „Die elterliche Gewalt soll in der Regel einem Elternteil alleine übertragen werden.“ Diese Formulierung ließ offensichtlich Ausnahmen zu, die 1979 durch das Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge beseitigt wurden. Seit 1979 galt: „Die elterliche Sorge ist einem Elternteil allein zu übertragen.“ Jetzt wurde eingeräumt, daß die Übertragung des elterlichen Sorgerechts nur auf einen Elternteil, einen Eingriff in die durch Artikel 6 des Grundgesetzes geschützte Rechtsposition der Eltern darstelle.

Anders zu beurteilen sei das Problem bei Eltern, deren Kind in nichtehelicher Lebensgemeinschaft aufwachse, die es also bewußt ablehnten, eine Ehe miteinander einzugehen und die sich dann später trennten. Denn im Gegensatz zu verheirateten Eltern erlangten diese nicht mit der Geburt des Kindes die gemeinsame Personensorge, weshalb auch nach der Trennung nicht einem Elternteil das Sorgerecht entzogen würde.

Begrüßt wurde diese Entscheidung vom „Verband Scheidungsgeschädigter – Bürgerinitiative gegen Kindesentzug und Unterhaltsmißbrauch“. „Durch das heutige Urteil des ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts besteht für etwa eine Million Scheidungswaisen Hoffnung, ihre Eltern trotz Scheidung behalten zu dürfen“, schreibt der Verband in einer Pressemitteilung.

Mich machen solche Töne mißtrauisch! Gerade weil ich dafür bin, daß Vater und Mutter sich gemeinsam verantwortlich fühlen für ihre gemeinsame Geschichte und für ihre gemeinsamen Kinder. Solche Eltern sind leider selten. Doch sicherlich gibt es eine hauchdünne Schicht von Paaren, die in diesem Sinne auch das gemeinsame Sorgerecht wahrnehmen wollen.

Grundgesetzes geschützte Rechtsposition der Eltern darstelle.

Anders zu beurteilen sei das Problem bei Eltern, deren Kind in nichtehelicher Lebensgemeinschaft aufwachse, die es also bewußt ablehnten, eine Ehe miteinander einzugehen und die sich dann später trennten. Denn im Gegensatz zu verheirateten Eltern erlangten diese nicht mit der Geburt des Kindes die gemeinsame Personensorge, weshalb auch nach der Trennung nicht einem Elternteil das Sorgerecht entzogen würde.

Begrüßt wurde diese Entscheidung vom „Verband Scheidungsgeschädigter – Bürgerinitiative gegen Kindesentzug und Unterhaltsmißbrauch“. „Durch das heutige Urteil des ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts besteht für etwa eine Million Scheidungswaisen Hoffnung, ihre Eltern trotz Scheidung behalten zu dürfen“, schreibt der Verband in einer Pressemitteilung.

Mich machen solche Töne mißtrauisch! Gerade weil ich dafür bin, daß Vater und Mutter sich gemeinsam verantwortlich fühlen für ihre gemeinsame Geschichte und für ihre gemeinsamen Kinder. Solche Eltern sind leider selten. Doch sicherlich gibt es eine hauchdünne Schicht von Paaren, die in diesem Sinne auch das gemeinsame Sorgerecht wahrnehmen wollen.

Es handelt sich dabei um jene wenigen Ausnahmen von Beziehungen, in denen die Männer bereit waren, ihren Platz in der Familie bei Kindern und Haushalt (unter dem Druck ihrer Frauen) einzunehmen. Es sind solche Väter, die sich die Kinderbetreuung mit der Mutter geteilt haben, die die Berufstätigkeit der Frau unterstützt und die sich für die Hausarbeit in gleicher Weise verantwortlich gefühlt haben. Es wäre ja auch verwunderlich, wenn sich nach einer langen Geschichte von Frauenbewegung am Väterverhalten überhaupt nichts geändert hätte.

Wenn solche Ehen zerbrechen, ist verständlicherweise der Konflikt um die Frage, bei wem die Kinder besser aufgehoben sind, und ob man es nicht gemeinsam weiter bewerkstelligen kann, besonders tragisch.

Doch wenn man den Erfahrungen von Ehetherapeuten glauben kann, ist es eine Illusion, davon auszugehen, daß Eltern noch zusammen Eltern sein können, ohne daß die gemeinsame Lebensbeziehung besteht. Eltern können nach Trennung nur noch Vater und Mutter sein, was private und verwandtschaftliche Beziehungen sind, und die auch als private Beziehungen weiter ausgestaltet werden müssen. In diesem Zusammenhang stellte eine Ehetherapeutin fest, daß „gerade ein ‚neuer‘ Mann und Vater, dem es wirklich um die Beziehung zu seinem Kind geht, nicht vor Gericht geht und um dieses Kind kämpft, sondern sich vielmehr bemüht, in Respekt vor der neuen Teilfamilie Mutter/Kind, mit dem Kind zusammen zu finden“.





Erfahrungen und Berichte über Scheidungsfolgen zeigen fast immer, daß es die Frauen sind, die im Scheidungsfalle den kürzeren ziehen. Erwähnt seien an dieser Stelle nur einmal einige Daten zur Unterhaltssituation geschiedener Frauen:

– 29% aller geschiedenen Mütter haben überhaupt eigenen Anspruch auf Unterhalt.
– Der Unterhalt beträgt durchschnittlich 420,00 DM im Monat.
– ⅓ aller geschiedenen Frauen und Mütter erhält Sozialhilfe (bei Witwenmüttern 6%, bei ledigen Müttern 19%).
– 90% der Kinder geschiedener Mütter haben Anspruch auf Unterhalt, durchschnittlich sind das 185 DM pro Kind.

Erfahrungen und Berichte über Scheidungsfolgen zeigen fast immer, daß es die Frauen sind, die im Scheidungsfalle den kürzeren ziehen. Erwähnt seien an dieser Stelle nur einmal einige Daten zur Unterhaltssituation geschiedener Frauen:

– 29% aller geschiedenen Mütter haben überhaupt eigenen Anspruch auf Unterhalt.
– Der Unterhalt beträgt durchschnittlich 420,00 DM im Monat.
– ⅓ aller geschiedenen Frauen und Mütter erhält Sozialhilfe (bei Witwenmüttern 6%, bei ledigen Müttern 19%).
– 90% der Kinder geschiedener Mütter haben Anspruch auf Unterhalt, durchschnittlich sind das 185 DM pro Kind.
– Unterhaltszahlungen laufen unregelmäßig, es gibt Zahlungsausfälle von durchschnittlich 3 Jahren.

Es setzt sich also konsequenterweise die ungleiche Rollenverteilung von Mann und Frau auch nach der Scheidung fort.

Die meisten Väter finden es auch heute noch selbstverständlich, daß die Kinder bei der Mutter bleiben, wenn die Eltern sich trennen. Die Mehrzahl der Väter weiß wenig mit den Kindern anzufangen. Sie planen ihr weiteres Leben von vorneherein ohne die Kinder. In ca. 80% aller Ehescheidungen ist die Frage nach dem rechtlichen Schicksal der Kinder völlig unstreitig. Das Sorgerecht erhält die Mutter, obwohl es sich bei Sozialarbeitern und Familienrichtern inzwischen rumgesprochen hat, daß theoretisch auch die Väter die Kinder versorgen können.

Auf diesem Hintergrund ist es ausgesprochen zynisch, daß gerade die Männer sich zusammentun in einem Verband „Scheidungsgeschädigter“ und „Unterhaltsmißbrauchter“, um den spärlichen Unterhalt, den sie den Frauen zahlen, auch noch einbehalten zu können. Das gegenwärtige leicht emanzipatorische Klima erlaubt es, solche Hoffnungen, die der Verband da von sich gibt, mit Aussicht auf Erfolg zu äußern. Diesen unemanzipierten Nutznießern der Emanzipation ist es lästig geworden, Geld an ihre ehemaligen Familien zu zahlen, über die sie keine Macht mehr haben.

Für mich ist nicht einsichtig, warum Eltern nach der Scheidung nicht Vater und Mutter sein können, wenn das soziale Verhältnis Familie aufgelöst ist. Niemand kann etwas dagegen haben, den ehemaligen Partner als den anderen Elternteil des Kindes zu akzeptieren: als Freund. Warum braucht man dazu eine Rechtsposition? Die Behauptung, Kinder geschiedener Eltern würden zu „Scheidungswaisen“ (obwohl Vater und Mutter persönlich existent sind und nur die Rechte des einen Elternteiles (in der Regel des Vaters) beschnitten sind), entspricht nur insofern der Realität, als Väter sich nach Scheidungen gegenüber ihrer ehemaligen Familie oft „tot“ stellen.

Die Übertragung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil würde, wie gesagt, diesen ja nicht hindern, den anderen an der gemeinsamen Sorge teilnehmen zu lassen. Die Übertragung des Sorgerechts auf einen Elternteil hat jedoch eindeutig den Vorteil, daß klare Verhältnisse bestehen für den Fall, daß ein Konflikt zwischen den Eltern auftritt. Für den Erziehungsprozeß ist jedenfalls nichts gewonnen durch die juristische Entscheidung, daß beide Elternteile das Sorgerecht haben.

ziale Verhältnis Familie aufgelöst ist. Niemand kann etwas dagegen haben, den ehemaligen Partner als den anderen Elternteil des Kindes zu akzeptieren: als Freund. Warum braucht man dazu eine Rechtsposition? Die Behauptung, Kinder geschiedener Eltern würden zu „Scheidungswaisen“ (obwohl Vater und Mutter persönlich existent sind und nur die Rechte des einen Elternteiles (in der Regel des Vaters) beschnitten sind), entspricht nur insofern der Realität, als Väter sich nach Scheidungen gegenüber ihrer ehemaligen Familie oft „tot“ stellen.

Die Übertragung der elterlichen Sorge auf einen Elternteil würde, wie gesagt, diesen ja nicht hindern, den anderen an der gemeinsamen Sorge teilnehmen zu lassen. Die Übertragung des

Vielmehr ist zu befürchten, daß Frauen aufgrund ihrer ungleichen Bedingungen erpreßbarer sind, z.B. dann, wenn der Mann mit der Scheidung nur dann einverstanden ist, wenn er an der elterlichen Sorge teilhaben kann. Bekannt geworden ist jener Fall vom Juli 1982 vor dem Familiengericht in Bremen. Der Mann war mit der Scheidung einverstanden, wenn er an der Erziehung des Kindes weiter beteiligt sein konnte. Er hatte nichts dagegen, daß das Kind weiter bei seiner Frau lebte. Er hat sich ausdrücklich darauf berufen, daß, solange das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe nicht entschieden hat, er der Übertragung des Sorgerechts auf seine Frau nicht zustimmen würde. Es gibt Anzeichen dafür, daß solche Fälle sich in letzter Zeit häufen. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist auch, daß der Wunsch nach Scheidung, im Gegensatz zu früher, häufiger von Frauen ausgeht. In Rheinland-Pfalz waren es 59%, in Baden-Württemberg 58% und in Westberlin sogar 65%, die die Scheidung ihrer Ehe vor dem Familiengericht beantragten. Von 26522000 Frauen leben 15 Millionen mit einem Mann zusammen oder sind verheiratet, während 11,5 Millionen alleine leben.

Wohl wissend um die Belastungen, die ein solcher Schritt mit sich bringt, entscheiden sich heute viele Frauen für das Alleineleben mit den Kindern, oft genug aus der Erfahrung heraus, daß Verständigung und Kompromisse mit dem Vater nicht möglich sind. Wenn gerade in einer solchen Lage der verstärkte Wunsch nach dem gemeinsamen Sorgerecht auftaucht und die Verfassungsrichter dem auch bereitwillig nachgeben, haben Frauen wenig Grund, wirkliche Vorteile für sich dabei zu erwarten.

Erinnert sei hier einmal an das neue Ehe- und Familienrecht, das ja wegkommen wollte von dem Schuldprinzip und statt dessen das Zerrüttungsprinzip an seine Stelle setzte. Das alte Schuldprinzip taucht aber heute immer wieder da auf, wo Frauen im Gegensatz zu ihrer alten Rolle Entscheidungen treffen. Es wurden z.B. Unterhaltszahlungen an eine Frau verweigert, mit der Begründung, daß sie nach der Trennung zu ihrem Freund gezogen ist.

sem Zusammenhang ist auch, daß der Wunsch nach Scheidung, im Gegensatz zu früher, häufiger von Frauen ausgeht. In Rheinland-Pfalz waren es 59%, in Baden-Württemberg 58% und in Westberlin sogar 65%, die die Scheidung ihrer Ehe vor dem Familiengericht beantragten. Von 26522000 Frauen leben 15 Millionen mit einem Mann zusammen oder sind verheiratet, während 11,5 Millionen alleine leben.

Wohl wissend um die Belastungen, die ein solcher Schritt mit sich bringt, entscheiden sich heute viele Frauen für das Alleineleben mit den Kindern, oft genug aus der Erfahrung heraus, daß Verständigung und Kompromisse mit dem Vater nicht möglich sind. Wenn gerade in einer solchen Lage der verstärkte Wunsch nach dem gemeinsamen Sorgerecht auftaucht und die Verfassungsrichter dem auch bereitwillig nachgeben, haben Frauen wenig Grund, wirkliche Vorteile für sich dabei zu erwarten.

Erinnert sei hier einmal an das neue Ehe- und Familienrecht, das ja wegkommen wollte von dem Schuldprinzip und statt dessen das Zerrüttungsprinzip an seine Stelle setzte. Das alte Schuldprinzip taucht aber heute immer wieder da auf, wo Frauen im Gegensatz zu ihrer alten Rolle Entscheidungen treffen. Es wurden z.B. Unter-

Jene Frauen, die für sich und ihren ehemaligen Partner das gemeinsame Sorgerecht wünschen, sollten einmal bedenken, welcher Mißbrauch mit der Ausweitung des Sorgerechts betrieben werden kann.

Das Karlsruher Urteil ist mir auch noch aus einem weiteren Grunde suspekt. Es grenzt sich ausdrücklich ab gegen die in nichtehelicher Gemeinschaft lebenden Eltern.

Gegenwärtig steigt aber die Zahl jener, die außerhalb von Ehe zusammenleben, in der Erwartung, ihr Leben in solchen Beziehungen partnerschaftlicher und freier gestalten zu können. Es steigt auch die Zahl der Eltern, die ihre Kinder ohne Ehe großziehen wollen. Jedes 6. in Westberlin, jedes 7. in Bremen und jedes 13. im Bundesdurchschnitt in der BRD geborene Kind ist nichtehelich. Doch für die Karlsruher Richter ist nur die Institution Ehe die erstrebenswerte Form und nur die Interessen solcher Eltern sind auch zu schützen.

Hier zeigt sich, daß außerhalb der Ehe stehende Personen eigentlich Unpersonen im Sinne des Gesetzes sind, denen man normale Rechte vorenthalten kann, oder sogar glaubt, vorenthalten zu müssen, damit die Ordnung, die die Ehe verkörpert, nicht gestört wird. Die ledige Mutter hat die elterliche Sorge, die aber nicht die Vermögensorge für das Kind umfaßt, sondern die Personensorge. Dagegen hat der nichteheliche Vater keinerlei Rechte bei der Erziehung des Kindes. Er besitzt nicht einmal ein Informationsrecht.

Sicherlich kann ich nach dem oben Gesagten nicht dafür sein, daß der nichteheliche Vater automatisch das Sorgerecht für das Kind erhält.

Doch in diesem Falle wäre es zu begrüßen, wenn bei beiderseitigem Wunsch den nichtehelichen Eltern das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder übertragen wurde. Nichteheliche Eltern sollten die gleichen Rechte und Pflichten haben können, wie solche Eltern, die in einer Ehe miteinander leben.

Ich bin gegen die Ausweitung des Sorgerechts auf beide Elternteile im Falle einer Scheidung. Dem steht die Entscheidung aus Karlsruhe erst mal entgegen. Aber mehr als ein Spiegelbild dessen, was sich in der Gesellschaft als Bewußtsein vorfindet, können juristische Entscheidungen ja auch nicht sein. Gleichberechtigung und Emanzipation für Frauen werden vorab woanders durchgesetzt.

Erst wenn Kapitalisten damit rechnen müssen, daß sowohl Männer als auch Frauen wegen der Betreuung eines kleinen Kindes einige Zeit ausfallen, hat das gemeinsame Sorgerecht sowieso nur eine wirkliche Chance.

Anne Ghanem

sonensorge. Dagegen hat der nichteheliche Vater keinerlei Rechte bei der Erziehung des Kindes. Er besitzt nicht einmal ein Informationsrecht.

Sicherlich kann ich nach dem oben Gesagten nicht dafür sein, daß der nichteheliche Vater automatisch das Sorgerecht für das Kind erhält.

Doch in diesem Falle wäre es zu begrüßen, wenn bei beiderseitigem Wunsch den nichtehelichen Eltern das Sorgerecht für die gemeinsamen Kinder übertragen wurde. Nichteheliche Eltern sollten die gleichen Rechte und Pflichten haben können, wie solche Eltern, die in einer Ehe miteinander leben.

Ich bin gegen die Ausweitung des Sorgerechts auf beide Elternteile im Falle einer Scheidung. Dem steht die Entscheidung aus Karlsruhe erst mal entgegen. Aber mehr als ein Spiegelbild dessen, was sich in der Gesellschaft als Bewußtsein vorfindet, können juristische Entscheidungen ja auch nicht sein. Gleichberechtigung und Emanzipation für Frauen werden vorab woanders durchgesetzt.

Erst wenn Kapitalisten damit rechnen müssen, daß sowohl Männer als auch Frauen wegen der Betreuung eines kleinen Kindes einige Zeit ausfallen, hat das gemeinsame Sorgerecht sowieso nur eine wirkliche Chance.

Anne Ghanem

Bald 21 Monate Zivildienst?

CSU gibt ihre Maximalposition auf / Gesetzentwurf der SPD

gkr. Mittlerweile muß man vorsichtig sein, wenn Meldungen über „verstärkte Anstrengungen“, über „Parteiengespräche“ etc. über eine Neuordnung der Anerkennungsverfahren für Kriegsdienstverweigerer erscheinen. Zu oft war in den vergangenen 4½ Jahren, seit das Bundesverfassungsgericht die Abschaffung der Gewissensprüfung kassierte, davon schon die Rede, doch kein wirkliches Ergebnis sichtbar. Am 28. Oktober aber hatte die SPD, nun nicht mehr in der Regierungskoalition, tatsächlich einen Gesetzentwurf im Bundestag eingebracht.

Die wichtigsten Punkte dieses Entwurfes sind:

– Der Zivildienst wird von jetzt 16 auf 19 Monate verlängert.
– Die Anerkennung erfordert bei ungedienten Wehrpflichtigen, die noch nicht einberufen sind, eine Erklärung, mit der der Antragsteller seine „Gewissensentscheidung nach seinem persönlichen Ausdrucksvermögen darlegt“. Ohne weitere Anhörung ist er dann anzuerkennen. Bei schon einberufenen Soldaten wird nach wie vor „geprüft“. Ob eine mündliche Anhörung neben der Erklärung erfolgt, liegt im Ermessen des Prüfungsausschusses.
– Die Anerkennungsverfahren werden aus der Zuständigkeit der Kreiswehrersatzämter in die Zuständigkeit des Bundesamtes für den Zivildienst, also des Bundesministeriums für Familie und Gesundheit, verlagert.

Nun ist, trotz einiger zustimmender Äußerungen aus den Reihen der FDP, mit einem Gesetzentwurf der SPD nicht viel gewonnen, scheiterten die bisherigen Reformversuche doch am Einspruch der CDU. Aber auch auf dieser Seite scheint sich nun eine Einigung anzubahnen. Bisher hatte hier die CSU die Maximalposition vertreten: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts sei eine Dauer von 24 Monaten für den Zivildienst, das wäre ein dreiviertel Jahr länger als die Wehrpflichtzeit, möglich, und das sei auch angemessen. Nun hat sie offensichtlich signalisiert, 21 Monate hielte sie ebenfalls für möglich. Das ist seit längerem schon die Position der CDU, und die FDP wird sich wohl auf eine solche Ausdehnung auch noch einlassen.

Der zuständige Minister Geißler hatte in diese Richtung schon argumentiert und war dabei von einer ähnlichen Form der Erklärung, wie sie jetzt die SPD vorgeschlagen hat, ausgegangen. Es könnte sein, daß eine solche Erklärung dann nur noch in Einzelfällen „überprüft“ werden sollte. Mittlerweile hat Geißler einen Gesetzentwurf vorgelegt. In dieser Woche nahm eine Kommission der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP hierüber Beratungen auf.

All diese Modelle gehen, wohl in unterschiedlichem Maße, davon aus, daß Zivildienstleistende Drückeberger seien und zu bestrafen sind. Der ehemalige Bundesverfassungsrichter Hirsch hatte demgegenüber sogar die Meinung vertreten, eine Verlängerung der Zivildienstdauer über die Dauer des Wehrdienstes sei nach dem Grundgesetz nicht zulässig. Das wird die Parteienunterhändler nicht stören. Eine drastische Verlängerung zur Abschreckung brauchen sie auf jeden Fall. Aber andererseits ist eine Änderung auch dringend notwendig. Schon jetzt sind etwa 80000 Verfahren vor den Prüfungsausschüssen aufgelaufen, die noch nicht entschieden sind. Und erst in jüngster Zeit veröffentlichte die Zentralstelle für Kriegsdienstverweigerer anhand offiziöser Statistiken der Bundeswehrverwaltung, wie die Anerkennung von der Willkür der entsprechenden militärischen Stellen abhängig ist. Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses beim Kreiswehrersatzamt Hannover reichte gar eine Petition beim Bundestag ein, um sich gegen die ständigen Pressionen der Bundeswehrverwaltung zur Wehr zu setzen.

Linke Parteien in USA: kein Durchbruch

Einige errangen Status als Wahlpartei, aber das Gesamtergebnis ist niedrig.

Die linken Parteien konnten im allgemeinen nur geringe Gewinne bei den November-Wahlen verbuchen. Jedoch erreichten einige der Parteien, die sich zur Wahl gestellt hatten, aufgrund des insgesamt erzielten Ergebnisses den Status einer zur Wahl zugelassenen Partei oder konnten ihn sichern.

Die Citizens Party (in etwa mit den Grünen zu vergleichen, Red.) erhielt laut Pressesprecher LaRue rund 300000 Stimmen im Kampf um 83 Mandate in 20 Bundesstaaten. Die populistisch orientierte Partei errang den permanenten Wahlstatus im Staat Pennsylvania und in einigen Wahlbezirken in 5 weiteren Staaten. Ein Kandidat der Partei gewann ein örtliches Amt im Regionalen Transportrat von Denver; zwei andere Kandidaten verfehlten mit 45% der Stimmen knapp einen Sitz. LaRue sagte, das Ziel der Wahlkampagne der Citizens Party sei gewesen, „fortschrittliche Wähler anzusprechen, die bisher nicht in die Politik am Ort einbezogen waren“ und „die Bereiche örtlicher Unterstützung für die weitere Arbeit auszumachen“. Barry Commoner, einer der Parteivorsitzenden, sagte: „Was wir in zweieinhalb kurzen Jahren erreicht haben, kann schon als bedeutende politische Entwicklung angesehen werden. Die Citizens Party wird ein Faktor in künftigen Wahlen sein, und die Leute werden dann nicht mehr allein die Wahl haben zwischen den Reaganomics und ‚Reaganomics mit manchmal menschlichem Antlitz‘.“

Der Kandidat der Sozialistischen Partei (SP), der sich als Unabhängiger um den Senatsposten in Wisconsin bewarb, erhielt 21000 Stimmen. Die SP gewann damit den Wahlstatus in Wisconsin, „als erste linke Partei in diesem Staat seit 1950“, wie der Sprecher der Partei Rick Kissel mitteilt. In Iowa erhielt die Liste der SP-Kandidaten zwischen 0,5 und 1% der Stimmen und blieb damit unter den in diesem Staat erforderlichen 2% für den permanenten Wahlstatus. In Massachusetts konnte Bill Shakalis 12% der Stimmen für den Senat erringen.

Die Kommunistische Partei (CP) und die Sozialistische Arbeiterpartei (SWP) berichteten beide von bescheidenen Gesamtergebnissen. In den meisten Fällen sind die Angaben über die Kandidaten dritter Parteien noch unvollständig. Der SWP-Kandidat für den Senator von Ohio erhielt 39000 Stimmen, der Gouverneurskandidat erhielt 15000. In Pennsylvania kamen 19000 Stimmen auf den Senatskandidaten und 14000 auf den Kandidaten zum Gouverneur.

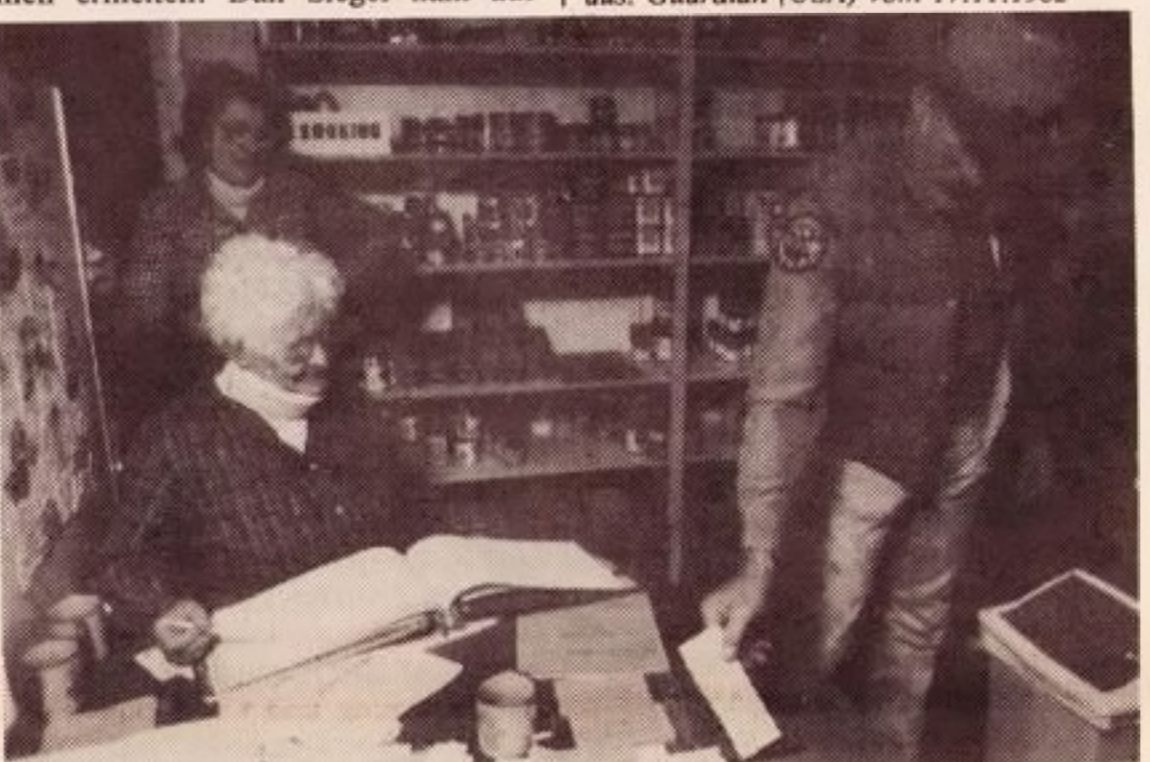
Die CP berichtet, daß ihr Kandidat für den Schatzmeister in Minnesota 36000 und ein CP-Kandidat für ein Amt im Bildungsressort in Michigan 28000 Stimmen erhielt. In New York City, wo zum ersten Mal seit 40 Jahren ein Kommunist für den Stadtrat in Brooklyn kandidierte, überholte die CP mit 3,5% der Stimmen die reaktionäre Recht-auf-Leben-Partei.

Was die nur in bestimmten Regionen tätigen Gruppen angeht, so konnte die in Kalifornien beheimatete Peace und Freedom Party (Frieden und Freiheit – PFP) ihren ständigen Wahlstatus aufrechterhalten, da zwei ihrer Kandidaten für Ämter des Bundesstaates mehr als 2% aller abgegebenen Stimmen erhielten. Dan Siegel kam auf 176000 Stimmen für das Amt des Generalstaatsanwalts (etwa Justizminister, Red.), das sind 2,4% und Florence McDonald erhielt 180000 Stimmen für das Amt des Leiters des Rechnungshofes oder 2,5%. Andere Kandidaten für Ämter des Bundesstaates lagen zwischen 70000 und 90000 Stimmen, also ungefähr 1%.

Während die führenden Mitglieder der Partei sich über die Sicherung des Wahlstatus freuten, bleibt festzustellen, daß das Gesamtergebnis für die Partei unter dem von 1978 lag. Emma Mar, die Parteivorsitzende, sagte: „Wir haben Stimmen verloren. Die Zeiten sind hart und die Leute verbittert ... Viele kehrten zum ‚kleineren Übel‘ zurück.“ Und ein anderer Sprecher teilte mit: „Die Demokraten führten hier einen sehr schädlichen Wahlkampf. Sie argumentierten, daß wenn man sie nicht wähle, man ein Verräter an der fortschrittlichen Sache sei.“

Im Staat New York liegen die offiziellen Ergebnisse der Unity Party noch nicht vor, aber inoffizielle Zahlen deuten darauf hin, daß die Partei nicht die erforderlichen 50000 Stimmen, um den Status der Wahlpartei zu erreichen, erhielt.

aus: Guardian (USA) vom 17.11.1982



Stimmabgabe in einem Laden in Greystone, Colorado

„Von den Eurolinken ist eine Menge zu lernen“

Unter diesem Titel setzt sich ein gewisser Phil Hill unter der Rubrik „Meinung und Analyse“ – der Platz für Lesermeinung und Kommentare linker Organisationen – in der letzten Ausgabe des Guardian *(USA) mit der Entwicklung des Parteienspektrums in Westeuropa, insbesondere in der BRD auseinander. Er behandelt dabei auch den relativen Niedergang der moskautreuen KPs bzw. ihre Wandlung zu einer eher eurokommunistischen Linie sowie die Wiederaufbauversuche der 70er Jahre und die Versuche einer linken Einheitsfrontpolitik. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die sozialdemokratischen Parteien auf mittlere Sicht gezwungen sein werden, entweder tiefgehende Kompromisse mit der grün-alternativen Wahlbewegung einzugehen oder den Weg großer Koalitionen zu gehen, wenn sie nicht von der Regierung abtreten wollen. Eine dritte Kraft scheint ihm geeignet, auch in den USA, wenngleich nicht von heute auf morgen, zu einer antikapitalistischen Mehrheit zu kommen. Wir geben hier 4 Punkte wieder, die er als Lehren für die Situation in den USA zieht.*

*

Wenn wir die Notwendigkeit akzeptieren, eine Wahlbewegung aufzubauen, die unabhängig von den Demokraten ist und auf den Massenbewegungen beruht, dann können wir aus der Erfahrung in Westdeutschland ganz konkret eine Menge lernen:

1. Die Bemühungen um parlamentarische Vertretung könnten bescheiden beginnen. Die Grünen erwuchsen organisch aus einer Reihe örtlicher Wahlinitiativen – Bewegungen, wie wir sie bereits auch in den USA beobachten können.
2. Die Wahlbewegung sollte so radikal agieren, wie sie wirklich ist. Wenn Aktivisten versuchten, die Menschen „zu sammeln“, dann haben wir immer den Widerspruch zu spüren bekommen, ob wir „auf Linie“ mit unseren Prinzipien bleiben und riskieren sollten, uns von den Leuten „zu entfremden“, oder ob wir versuchen sollten, die Leute „zu erreichen“, indem wir unsere Aussagen verwässerten. Dieses Dilemma sitzt unvermeidlich all jenen im Nacken, die einfach versuchen, eine Partei zu bilden und eine „Alternative“ wie Seifenpulver auf dem bürgerlichen Wahlmarkt anzubieten. Eine Wahlbewegung, die die Massenbewegung repräsentiert, kann dagegen frei und offen alles erklären, worin die Bewegungen übereinstimmen. Die Erfolgskette der Grünen ergab sich daraus, daß sie 1980 ein linkes Programm angenommen haben, gegen den Widerstand derer, die lieber „Kompromisse“, um Stimmen zu gewinnen, gesehen hätten.
3. Die Wahlbewegung muß demokratisch angepackt werden und die Debatten, Fraktionen und Streitpunkte reflektieren, die es in der Gesamtbewegung gibt.
4. Die Wahlbewegung muß die Autonomie der verschiedenen sie tragenden Bewegungen einschließen und darf sie nicht unterdrücken. Die Vertretung in Parlamenten ist nur ein Werkzeug der Bewegung und kein Selbstzweck. In den Kämpfen selber nur lernen die Menschen, mit welchen Mitteln sie Einfluß auf ihre Lebensbedingungen nehmen und schließlich selbst darüber bestimmen können.

Der letzte Punkt ist besonders in den USA wichtig, wo die unterschiedlichen Gruppen aus der Dritten Welt, die das System bekämpfen, eine lange Geschichte von – oft berechtigtem – Mißtrauen gegenüber radikalen Weißen haben. In der Wahlbewegung gibt es allen Grund zu befürchten, daß weiße Radikale mit schwarzen Stimmen zu Amt und Würden gelangen. Von Anfang an muß sich die Wahlbewegung der in die Augen springenden Tatsache bewußt sein, daß die Politik in den USA dazu geführt hat, daß Schwarze nur 2% der Sitze im Kongreß einnehmen, obwohl sie wahrscheinlich mindestens 15% der Bevölkerung ausmachen. Und die Indianer haben überhaupt keine Vertretung. Solidarität und Einheit mit den autonomen Bewegungen der Dritten Welt, die uns schon eine Reihe von Beispielen erfolgreicher örtlicher Kämpfe geliefert haben, müssen in der Wahlbewegung höchste Priorität genießen.

Dokument

Offener Brief der polnischen Arbeiter an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien im Westen

Von Ende Juni bis Ende August haben wir alle Streiks und Demonstrationen im ganzen Land eingestellt. Anfang Juli hat die Untergrundleitung von Solidarność in ihrer Erklärung „5 mal Ja“, die in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet wurde, offiziell erklärt, daß sie bereit zu Verhandlungen und zum Dialog sei. Auch in einem weiteren Aufruf für die Demonstrationen vom 31. August, die friedlich vorbereitet, von der Polizei jedoch in ein

schaften verstanden wird und nicht eine Diskussion über die Wege der politischen und wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse. Über eins darf es kein Mißverständnis geben: Die Militärjunta kämpft nicht für die Verteidigung des Sozialismus, sie kämpft um ihre Macht und ihre Privilegien. Aus diesem Grund hat sie kein Interesse an einem Dialog mit Solidarność, heute ebensowenig wie gestern. Wer heute noch glaubt, daß es in Polen um die

Auch heute noch, wo unsere Gewerkschaft in den Untergrund gedrängt, eingesperrt, auf dem Papier „aufgelöst“ ist, zeugen die angsterfüllten Gesichter der Generäle und Apparatschiks von ihrer Existenz.

Freunde, wir erhoffen von den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien des Westens gemeinsame Erklärungen und Massenaktionen zur Verteidigung der von der Junta verfolgten Führer von Solidarność. Wir hoffen dar-

Citizens Party wird ein Faktor in künftigen Wahlen sein, und die Leute werden dann nicht mehr allein die Wahl haben zwischen den Reaganomics und ‚Reaganomics mit manchmal menschlichem Antlitz‘.“

Der Kandidat der Sozialistischen Partei (SP), der sich als Unabhängiger um den Senatsposten in Wisconsin bewarb, erhielt 21000 Stimmen. Die SP gewann damit den Wahlstatus in Wisconsin, „als erste linke Partei in diesem Staat seit 1950“, wie der Sprecher der Partei Rick Kissel mitteilt. In Iowa erhielt die Liste der SP-Kandidaten zwischen 0,5 und 1% der Stimmen und blieb damit unter den in diesem Staat erforderlichen 2% für den permanenten Wahlstatus. In Massachusetts konnte Bill Shakalis 12% der Stimmen für den Senat erringen.



Stimmabgabe in einem Laden in Greystone, Colorado

wir „auf Linie“ mit unseren Prinzipien bleiben und riskieren sollten, uns von den Leuten „zu entfremden“, oder ob wir versuchen sollten, die Leute „zu erreichen“, indem wir unsere Aussagen verwässerten. Dieses Dilemma sitzt unvermeidlich all jenen im Nacken, die einfach versuchen, eine Partei zu bilden und eine „Alternative“ wie Seifenpulver auf dem bürgerlichen Wahlmarkt anzubieten. Eine Wahlbewegung, die die Massenbewegung repräsentiert, kann dagegen frei und offen alles erklären, worin die Bewegungen übereinstimmen. Die Erfolgskette der Grünen ergab sich daraus, daß sie 1980 ein linkes Programm angenommen haben, gegen den Widerstand derer, die lieber „Kompromisse“, um Stimmen zu gewinnen, gesehen hätten.
3. Die Wahlbewegung muß demokra-

schichte von – oft berechtigtem – Mißtrauen gegenüber radikalen Weißen haben. In der Wahlbewegung gibt es allen Grund zu befürchten, daß weiße Radikale mit schwarzen Stimmen zu Amt und Würden gelangen. Von Anfang an muß sich die Wahlbewegung der in die Augen springenden Tatsache bewußt sein, daß die Politik in den USA dazu geführt hat, daß Schwarze nur 2% der Sitze im Kongreß einnehmen, obwohl sie wahrscheinlich mindestens 15% der Bevölkerung ausmachen. Und die Indianer haben überhaupt keine Vertretung. Solidarität und Einheit mit den autonomen Bewegungen der Dritten Welt, die uns schon eine Reihe von Beispielen erfolgreicher örtlicher Kämpfe geliefert haben, müssen in der Wahlbewegung höchste Priorität genießen.

Dokument

Offener Brief der polnischen Arbeiter an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien im Westen

**Der im folgenden dokumentierte Brief wurde am 17.10.1982 von dem Warschauer überbetrieblichen Arbeiterkomitee Solidarność verfaßt. Dieses Komitee entstand am 24. April aus dem Zusammenschluß des Untergrundnetzes von 40 Warschauer Großbetrieben und des überbetrieblichen Komitees für gesellschaftliche Selbsthilfe. Das Komitee stellt die Verbindung zwischen den geheimen Gewerkschaftskommissionen der Hauptstadt und der provisorischen Landesleitung her.
Es handelt sich um den ersten Appell, der von Solidarność im Untergrund an die Gewerkschaften und Arbeiterparteien des Westens gerichtet wurde.**

Freunde,
die Junta des General Jaruzelski bemüht sich systematisch, jede Spur der Errungenschaften auszulöschen, die die Arbeiter nach den Auguststreiks 1980 gewonnen haben. Auf Befehl der Apparatschiks und des Orgbüros der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) haben die Abgeordneten des Sejm einem Gesetz zugestimmt, das die unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność „auflöst“. Damit tritt die Junta nicht nur die Abkommen von 1980 und alle Übereinkünfte mit Füßen, die in der Zeit vom August 1980 bis Dezember 1981 gemeinsam mit den unabhängigen Organisationen der Arbeiter und Bauern unterzeichnet wurden. Sie mißachtet selbst ihre eigene, am 16. Dezember gegebene Zusage, nach der Solidarność und den anderen Gewerkschaftern wieder erlaubt werden würde, gemäß ihren Satzungen zu arbeiten.

Durch Rakowski und ihre anderen zivilen Sprachrohre will die Junta heute eine terrorisierte Gesellschaft und die Weltöffentlichkeit glauben machen, Solidarność habe nach dem 13. Dezember jeden Dialog und jede Verständigung abgelehnt und müsse deshalb nunmehr im Namen des „Sozialismus“ und des „Weltfriedens“ liquidiert werden.

Ihr müßt wissen, daß diese Behauptungen gemeine Lügen darstellen. Die Mitglieder von Solidarność und ihre Untergrundleitung, einschließlich unseres überbetrieblichen Solidarność-Arbeiterkomitees in Warschau, haben die Junta mehrfach wissen lassen, daß sie zu Diskussionen in Richtung auf eine Übereinkunft bereit sind. Wir stellten nur eine elementare, sowohl humanitäre wie politische Vorbedingung: wir verlangten die Freilassung von Lech Walesa und der anderen verhafteten und internierten Mitglieder von Solidarność. Selbst unter den Bedingungen des Krieges, bedroht von Panzern und Bajonetten, waren wir bereit, einen solchen Dialog einzugehen.

Von Ende Juni bis Ende August haben wir alle Streiks und Demonstrationen im ganzen Land eingestellt. Anfang Juli hat die Untergrundleitung von Solidarność in ihrer Erklärung „5 mal Ja“, die in Hunderttausenden von Exemplaren verbreitet wurde, offiziell erklärt, daß sie bereit zu Verhandlungen und zum Dialog sei. Auch in einem weiteren Aufruf für die Demonstrationen vom 31. August, die friedlich vorbereitet, von der Polizei jedoch in ein Blutbad verwandelt wurden, rief die Führung von Solidarność die Junta zu einem Kompromiß und zu gegenseitiger Verständigung auf. Mit der Zustimmung der Führung und gemeinsam mit dem Dachverband autonomer Gewerkschaften richteten 5 Vertreter von Solidarność vier Tage vor diesen Demonstrationen einen gemeinsamen Brief an Jaruzelski, der einen dramatischen Appell zum Gespräch enthielt.

Die Junta hat die Appelle von Solidarność aus dem Untergrund zurückgewiesen. Sie hat auch die Bemühungen der Kirche um eine Versöhnung mißachtet. Die Denkschrift der führenden polnischen Intellektuellen von der Studiengruppe „Erfahrungen und Zukunft“ („Doswiadczenie i Przyslosc“) und die Thesen von Mitgliedern der Solidarność, die in der Broschüre „Der September nach dem Dezember“ enthalten sind – sie alle landeten in den Papierkörben der Generäle.

Diese Tatsachen zeigen, daß in diesem dramatischen Augenblick unserer nationalen Geschichte die in Solidarność organisierte Arbeiterbewegung politische Reife und Geduld bewiesen hat. Die Junta jedoch hat gezeigt, daß sie bereit war und bereit ist, alles zu opfern: das Blut der Arbeiter, die Wirtschaft und die nationale Souveränität – um nur an der Macht zu bleiben. Dies wurde vom Pressesprecher der Junta, Urban, offen und zynisch ausgesprochen: „Die Regierung wird sich immer ernähren können.“ (...)

Polen ist heute ein Land, in dem unter der Gewerkschaftsfrage mehr das polizeiliche Interesse für die Gewerkschaften verstanden wird und nicht eine Diskussion über die Wege der politischen und wirtschaftlichen Befreiung der Arbeiterklasse. Über eins darf es kein Mißverständnis geben: Die Militärjunta kämpft nicht für die Verteidigung des Sozialismus, sie kämpft um ihre Macht und ihre Privilegien. Aus diesem Grund hat sie kein Interesse an einem Dialog mit Solidarność, heute ebensowenig wie gestern. Wer heute noch glaubt, daß es in Polen um die Verteidigung der „Volksmacht“ oder des „gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln“ geht, der ist – verzeiht uns den Ausdruck – ein hoffnungsloser Idiot. In Polen versucht die Junta mit allen Mitteln, einen „Sozialismus für Zurückgebliebene“ aufrechtzuerhalten, einen „Sozialismus“, der auf dem Polizeiknüppel, der Furcht und der Korruption beruht, auf Gefängnissen und despotischen Fabrikdirektoren, Militärkommissaren, Polizeispitzeln und Apparatschiks. Die polnischen Arbeiter haben genug von einem solchen „Sozialismus“ und von einer solchen „Volksmacht“.

Die Junta glaubt, sie habe die unabhängige, selbstverwaltete Gewerkschaft Solidarność „aufgelöst“. Mehr als einer von Euch fragt sich heute: Kann man überhaupt noch von Solidarność sprechen, hat es noch einen Sinn, sie zu unterstützen? Ihr müßt wissen, daß man Solidarność ebensowenig auflösen kann, wie man die polnische Arbeiterklasse „auflösen“ könnte. Man kann sie zerschlagen, aber das würde die physische Vernichtung der polnischen Arbeiterschaft bedeuten. Wir übertreiben damit nicht. Ihr sagt „Solidarität“, wir sagen „Freiheit“. Ihr sagt „Sozialismus“, wir sagen „Gerechtigkeit und Selbstverwaltung“. Fragt Euch einmal: Wie lange kann man das Bedürfnis nach Freiheit, nach Gerechtigkeit, nach einem anständigen Leben und nach Kontrolle über die Produktionsmittel gefangen halten? Man kann es bestimmt nicht, und deshalb wurde Solidarność nicht aufgelöst und wird niemals aufgelöst werden.

Auch heute noch, wo unsere Gewerkschaft in den Untergrund gedrängt, eingesperrt, auf dem Papier „aufgelöst“ ist, zeugen die angsterfüllten Gesichter der Generäle und Apparatschiks von ihrer Existenz.

Freunde, wir erhoffen von den Gewerkschaften und den Arbeiterparteien des Westens gemeinsame Erklärungen und Massenaktionen zur Verteidigung der von der Junta verfolgten Führer von Solidarność. Wir hoffen darauf, daß Ihr die Aufmerksamkeit auf die Tatsache lenkt, daß das am 8. Oktober verabschiedete sogenannte Gewerkschaftsgesetz gegen die Satzung der Internationalen Arbeitsorganisation verstößt. Seine Durchführungsbestimmungen legen die Entscheidung über die Zulassung der neugeschaffenen Gewerkschaften in Wirklichkeit in die Hände der Geheimpolizei. Das Gewerkschafts„modell“, das uns die Junta für die nächsten Jahre aufgezwungen hat, ist in Wirklichkeit nur eine Kopie des „chilenischen Modells“ von Pinochet. In Vervollständigung dieses Modells wird mit Hilfe von Gesetzen die gesamte Staatsverwaltung in eine „Armee von Aufsehern“ verwandelt, die über ähnliche Sonderrechte und Privilegien verfügt wie die Verwaltungshierarchie (die „Nomenklatura“) des Zarismus.

Wir sind überzeugt, daß die Gewerkschaftsorganisationen und die Arbeiterparteien im Westen bereit sind, einen entschiedenen Kampf für die Verteidigung der Rechte der polnischen Arbeiter zu führen. Wir sind überzeugt, daß Ihr die Unterstützung für Solidarność als einen Teil Eures Kampfes seht, die Lebensinteressen und die Rechte der westlichen Arbeiter zu verteidigen. Unterstützung und Solidarität heute und morgen erwarten wir von Euch – vor allem von Euch. Eins könnt Ihr von uns mit Sicherheit erwarten: die Fortsetzung des Kampfes gegen die Junta.
Solidarność ist nicht tot.

17.10.1982
Warschauer überbetriebliches Arbeiterkomitee Solidarność

Wirtschaftspolitisch hat der XII. Parteitag der KP China die „Sozialistische Modernisierung" an Stelle der „Vier Modernisierungen" gesetzt, um so zu verdeutlichen, daß nicht Modernisierung gleich welcher Couleur, d.h. unabhängig vom sozialistischen System, angestrebt werden soll. Die Regulierungsphase (Beseitigung der Disproportionen zwischen den Wirtschaftssektoren Schwerindustrie – Leichtindustrie – Landwirtschaft, schwerpunktmäßige Verlagerung der Investitionsmittel auf Landwirtschaft, Verkehr, Energie und Ausbildung; insbesondere die Förderung der Landwirtschaft, in der 80% der Bevölkerung tätig sind, wird über Erfolg oder Mißerfolg der chinesischen Entwicklungsstrategie weitgehend entscheiden. Und dies um so mehr, als sich der Agrarsektor in einem relativ rückständigen Zustand befindet.) soll bis 1985 andauern, erst im 7. Planjahrfünft (1986–90) sollen die inzwischen nahezu eingestellten Reformen weiter durchgeführt werden. Und erst in den 90er Jahren soll ein „allseitiger Aufschwung" stattfinden.

stärkeres Ansteigen der Inflation; die unreformierte Preisstruktur spiegelte zugleich Gewinne vor, wo es in Wirklichkeit keine gab.

Aber im wesentlichen bestimmt nach wie vor die Zentrale über Betriebsziele, Zuteilung der Produktionsfaktoren (inklusive der Arbeitskräfte), die Gehaltsstruktur und die Preise und übernimmt schließlich auch noch die Produkte, ist also Verteiler. Von der Reform ist daher im wesentlichen nur eine kleine Beteiligung der Betriebe am Plangewinn, vor allem aber am Überplangewinn, geblieben. Es fehlt somit den Betrieben ein Anreiz, ihre Leistungen im eigenen Interesse zu steigern. Die Reformansätze sind in den Anfängen steckengeblieben.

nen, d.h. die Betriebe, und ein Mehr an Eigenverantwortung für die Unternehmen soll das festgefahrene Rad wieder in Gang gesetzt werden.

Schwierige Kombination von Plan und Markt

Doch es gibt nicht geringen Widerstand gegen tiefgreifende Reformen. Bereits kurz nach dem XII. Parteitag war aus Kreisen der Armeeführung heraus indirekt Kritik am Reformkurs geführt worden. Ideologie und revolutionärer Geist würden vernachlässigt, bürgerlicher Liberalismus würde gefördert, hieß es. Diese Attacke zielte di-

regionale Dezentralisation das Entstehen regionaler „Fürstentümer" begünstigen, die Stellung der Zentrale schwächen und das Land schließlich unregierbar machen können. Doch das Nebeneinander von entscheidungsmäßig starkem Zentrum und gleichzeitig entscheidungskompetenter Basis widerspricht sich. Die Stärkung der einen Seite geht naturgemäß auf Kosten der anderen. Auf zentraler Ebene Planwirtschaft, an der Basis Marktwirtschaft durchführen, das funktioniert nicht. Es kann nur eine Kombination beider geben – eine Kombination von Planungs- und Marktelementen, wobei die Konsequenzen vom jeweiligen Mischungsverhältnis abhängen.

Doch auch darüber gibt es durchaus divergierende Meinungen. Der Vizepräsident der Akademie der Gesellschaftswissenschaften Yu Guangyuan fordert in einem Artikel in der Renmin Ribao vom 11.6.1982 sogar dazu auf, nichtmarxistische Auffassungen in der Diskussion zu tolerieren. Er nannte sechs Formulierungen, die in der Diskussion bezüglich des Verhältnisses von Plan und Markt seit 1979 aufgetaucht seien:

(1) Verbindung von Planwirtschaft und Marktwirtschaft,
(2) Verbindung von Planregulierung und Marktregulierung, wobei der ersteren Priorität zukommt,
(3) Verbindung von Planregulierung und Marktregulierung,
(4) Durchführung der Planwirtschaft bei gleichzeitiger Entfaltung der subsidiären Rolle der Marktregulierung,
(5) Vorrang der Planwirtschaft mit Ergänzung durch Marktregulierung,
(6) Der Staat führt eine Planwirtschaft auf der Basis des sozialistischen Gemeineigentums durch. Er sichert die proportionale und koordinierte Entwicklung der Volkswirtschaft durch die umfassende Ausbalancierung der Wirtschaftspläne und subsidiär dazu vermittels der Regulierung durch den Markt.

Die letzte Position hat explizit Eingang in den neuen Verfassungsentwurf gefunden (Artikel 17). Bleibt das so, dürfte die Reformdiskussion damit in eine festgelegte Richtung gelenkt werden.

Daß es überdies nicht einfach ist, dieses Mischungsverhältnis (Plan –

Artikeln sei die sozialistische Wirtschaft als Warenwirtschaft unter Führung der staatlichen bezeichnet worden. Inzwischen sei deutlich geworden, daß dies keine genaue Formulierung gewesen sei. Die sozialistische Wirtschaft müsse vielmehr in eine geplante Wirtschaft der Warenproduktion und des Warentausches auf der Basis des öffentlichen Eigentums an den Produktionsmitteln umgewandelt werden. Diese Aussagen Xue Muqiaos weisen nicht nur auf die existierende Unsicherheit hinsichtlich des Reformkurses hin, sondern zeigen auch, daß Stärkung marktwirtschaftlicher Mechanismen zentrifugale Tendenzen (weg vom Plan) in Kraft setzt, die die zentrale Planung und Verwaltung zu schwächen suchen.

Mangelnde Beteiligung der arbeitenden Menschen

Vernachlässigt in der ganzen Reformdebatte wird allerdings der „Faktor Mensch". Letzten Endes hängt die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht nur von objektiven Gesetzmäßigkeiten ab, sondern auch vom bewußten Willen der Produzenten. Das Beispiel der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder zeigt, daß trotz Reformen eine erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und Effizienz kaum zu erreichen ist, weil die Menschen in ihrer Unzufriedenheit dies blockieren. Doch gerade von diesem Faktor wie auch von einer Änderung der Betriebsverfassung war auf dem XII. Parteitag der KP China *nicht* die Rede. Was aber sollte in der gegenwärtigen Situation, wo die Enttäuschungen über die Erfolge des Sozialismus und die „Überlegenheit des sozialistischen Systems" relativ groß sind und die Menschen in erster Linie auf ihre materielle Besserstellung achten, die Arbeiter veranlassen, ihr Verhalten zu ändern?

In der chinesischen Diskussion über diesen Problemkreis wird eher die Passivität der Arbeitskräfte beklagt, die Ausdruck eines noch geringen Ausbildungsstandes, einer nach egalitären Prinzipien aufgebauten Lohnstruktur und einer Betriebsverfassung ist, die demokratischen Regungen kaum eine Chance läßt, sich durchzusetzen. Der geringe Lebensstandard, fehlendes demokratisches Mitentscheidungsrecht und bürokratische Bevormundung sind zudem schlechte Voraussetzungen, bewußt zurückgehaltene Leistungsreserven freizugeben. Die materielle Besserstellung der Bevölkerung in den letzten Jahren, die zweifellos beachtlich ist, löst das Problem sicherlich noch nicht. Der Ruf nach „Verwissenschaftlichung der Planung" wird zusehends lauter unter chinesischen Ökonomen, obgleich die sowjetischen Erfahrungen gezeigt haben, daß die An-

Wirtschaftsreform in China

Vorsichtiges Experimentieren – schwierige Kombination von zentraler Planung und örtlicher Basis, von Markt- und Planelementen – gerine Rolle der Bedürfnisse der Menschen und der sozialistischen Demokratie in der Reformdebatte.

Abgesehen von der stärkeren Reprivatisierung im Landwirtschaftsbereich durch Einführung von Verantwortlichkeitssystemen und der anhaltenden Öffnung zum Weltmarkt wurden grundlegende Wirtschaftsreformen erst einmal vertagt. Über die Reformbedürftigkeit besteht kein Zweifel. Die hochgesteckten Entwicklungsziele (Vervierfachung des Sozialprodukts bis zum Jahr 2000) lassen sich nämlich nur realisieren, wenn es gelingt, mit Hilfe einer Reformpolitik versteckte Produktivitätsreserven freizulegen. Die Mängel des bisherigen Systems sind zu deutlich und wirken sich direkt auf das Leben der Menschen aus (Engpässe in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, mangelnde Qualität, geringe Verkehrskapazitäten, ungenügende Arbeitsproduktivität usw.). Ein Grundproblem jedoch ist die Überzentralisierung der Verwaltung und die zu zentral aufgebaute Planwirtschaft.

„Experimentierbetriebe"

Zwar gibt es vage Reformversuche in sogenannten „Experimentierbetrieben" (größere Autonomie der Betriebe, indikative Planung durch Marktelemente, ansatzweise Teilnahme der Belegschaften an der Betriebsverwaltung), wobei diese Betriebe folgende Rechte haben:

(1) 3–5% vom geplanten Gewinn können sie zurückbehalten, wobei die Verwendung (betriebliche Investitionen, Sozialleistungen oder Prämien) vorgeschrieben ist. Dadurch entstand die Tendenz, die effektive Leistungsfähigkeit zu verheimlichen, um rascher in

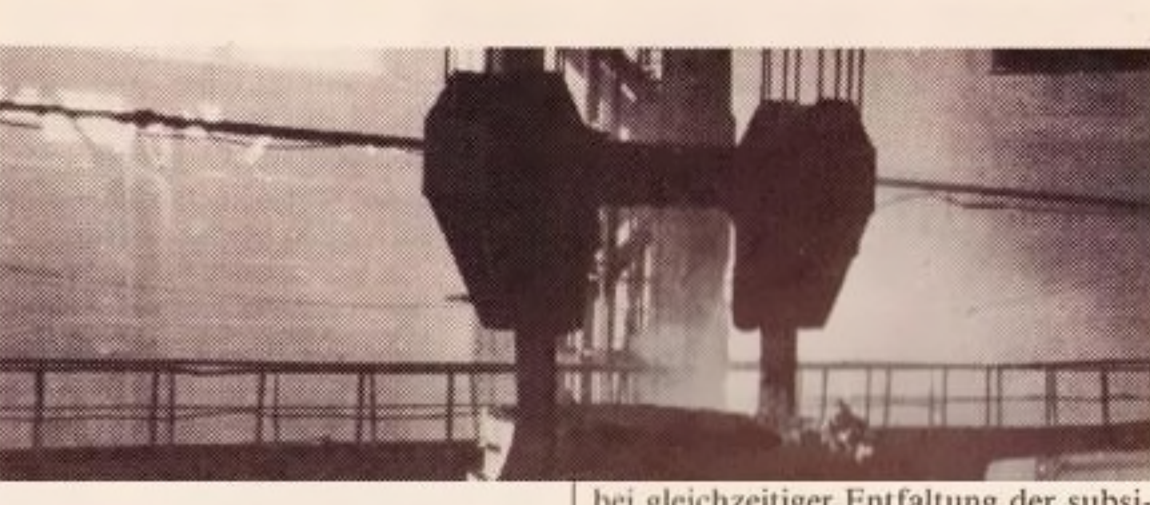
Die Betriebe müssen also einen gewaltigen bürokratischen Apparat tragen, der nicht nur enorme soziale Kosten verursacht, sondern die Unternehmen auch daran hindert, diesen mit steigender Wertschöpfung besser zu verkraften. Solange sich an diesem Grundproblem nichts ändert, wird die Wirtschaft kaum die gesteckten Ziele erreichen.

Doch über den Reformkurs herrscht Unsicherheit in China. Gleichwohl wird eine breite, bisher in China noch nicht dagewesene Diskussion darüber geführt. Dabei wird ein den chinesischen Verhältnissen entsprechender, typisch chinesischer Weg gesucht, denn weder das sowjetische noch das jugoslawische oder ungarische Beispiel läßt sich auf die chinesischen Verhältnisse erfolgversprechend anwenden.

Nach welchem Vorbild?

Die verschiedensten Ökonomen, von glühenden Verfechtern kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Verhältnisse wie dem Amerikaner Milton Friedman, dem Frankfurter Marktwirtschaftler Wolfram Engels und Gutowski (Direk-

rekt auf die Priorität für Wirtschaft und Technik, die Förderung von Erziehung und Wissenschaft, die Öffnung nach außen und letztlich Reformen im Wirtschaftsgefüge. Aus der Sicht des Bürokraten trägt eben jede Reform die Gefahr in sich, daß das Machtmonopol der Partei in Frage gestellt wird, ob durch Betriebsleiter, Produzenten, Konsumenten oder den Markt. Reformen sollen auf Randerscheinungen beschränkt, das ökonomische System im Kern nicht angegriffen werden. Die vor dem XII. Parteitag vor sich gegangene Reform der Verwaltungsstruktur hat komplizierte Instanzenwege vereinfacht, Kompetenzüberschneidungen eliminiert, hat versucht, die allzu wu-





bis zum Jahr 2000) lassen sich nämlich nur realisieren, wenn es gelingt, mit Hilfe einer Reformpolitik versteckte Produktivitätsreserven freizulegen. Die Mängel des bisherigen Systems sind zu deutlich und wirken sich direkt auf das Leben der Menschen aus (Engpässe in der Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs, mangelnde Qualität, geringe Verkehrskapazitäten, ungenügende Arbeitsproduktivität usw.). Ein Grundproblem jedoch ist die Überzentralisierung der Verwaltung und die zu zentral aufgebaute Planwirtschaft.

„Experimentierbetriebe"

Zwar gibt es vage Reformversuche in sogenannten „Experimentierbetrieben" (größere Autonomie der Betriebe, indikative Planung durch Marktelemente, ansatzweise Teilnahme der Belegschaften an der Betriebsverwaltung), wobei diese Betriebe folgende Rechte haben:

(1) 3–5% vom geplanten Gewinn können sie zurückbehalten, wobei die Verwendung (betriebliche Investitionen, Sozialleistungen oder Prämien) vorgeschrieben ist. Dadurch entstand die Tendenz, die effektive Leistungsfähigkeit zu verheimlichen, um rascher in
die Gewinnzone zu kommen;
(2) von den zurückbehaltenen Gewinnen können Investitionen vorgenommen werden, deren Gewinne in den beiden ersten Jahren ebenfalls dem Unternehmen zufließen. Großenteils reichen diese Fonds höchstens aus zur Finanzierung von Reparaturen;
(3) von den Abschreibungen dürfen die Betriebe 60 (früher 40)% im Betrieb behalten;
(4) sie dürfen ferner wirtschaftlichen Aktivitäten außerhalb des Plans nachgehen. So können Betriebe z.B. ihre über den Plan hinaus erzeugten Produkte selbständig verkaufen. Es bleibt also ein Spielraum zwischen Kapazität und Plan, den das Unternehmen selbst ausschöpfen kann. Dennoch ist diese Möglichkeit sehr begrenzt;
(5) durch Exporte verdiente Devisen können zum Teil in Eigenverantwortung für den Import benötigter Rohstoffe oder Ausrüstungen verwendet werden, was aber nach wie vor bewilligungspflichtig ist;
(6) aus dem zurückbehaltenen Gewinnanteil können innerhalb der vorgegebenen Richtlinien Prämien an die Belegschaft verteilt werden;
(7) Belegschaftsangehörige, die dem Unternehmen Schaden zufügen, dürfen bestraft werden.

Obwohl 1980 immerhin 16% der an den Staat gewinnabführenden Betriebe solche Reformen praktizierten und mit 60% des Bruttoproduktionswertes und 70% der Gewinnabführung einen bedeutenden Faktor stellte, blieb die Reform in den Kinderschuhen stecken. Zwar stieg der Durchschnittslohn der Arbeiter, nicht aber die Arbeitsproduktivität. Die Folge war nicht nur ein

Die Betriebe müssen also einen gewaltigen bürokratischen Apparat tragen, der nicht nur enorme soziale Kosten verursacht, sondern die Unternehmen auch daran hindert, diesen mit steigender Wertschöpfung besser zu verkraften. Solange sich an diesem Grundproblem nichts ändert, wird die Wirtschaft kaum die gesteckten Ziele erreichen.

Doch über den Reformkurs herrscht Unsicherheit in China. Gleichwohl wird eine breite, bisher in China noch nicht dagewesene Diskussion darüber geführt. Dabei wird ein den chinesischen Verhältnissen entsprechender, typisch chinesischer Weg gesucht, denn weder das sowjetische noch das jugoslawische oder ungarische Beispiel läßt sich auf die chinesischen Verhältnisse erfolgversprechend anwenden.

Nach welchem Vorbild?

Die verschiedensten Ökonomen, von glühenden Verfechtern kapitalistisch-marktwirtschaftlicher Verhältnisse wie dem Amerikaner Milton Friedman, dem Frankfurter Marktwirtschaftler Wolfram Engels und Gutowski (Direk-
tor des Hamburger Instituts für Wirtschaftsforschung) bis hin zu Reformökonomen wie dem Tschechen Ota Sik (der führende Ökonom des sogenannten Prager Frühlings) oder dem jetzt in England lebenden Polen W. Brus und andere, werden zu Rate gezogen. Eines jedoch steht fest: An der Existenz des Sozialismus auf der Basis von kollektiver und zentrale Planung wird nicht gerüttelt werden.

Aber die Frage bleibt: wie soll die Wirtschaftsordnung in Richtung auf eine höhere gesamtwirtschaftliche Effizienz umgestaltet werden? Die gleiche Frage haben sich bereits früher die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder gestellt, bisher mit meist wenig Erfolg. Die derzeitige chinesische Wirtschaftsstruktur ist immer noch das getreue Abbild der hochzentralisierten Planwirtschaft der Sowjetunion der 30er Jahre mit den entsprechenden Problemen. Bisher werden die zentral bestimmten Produkte von den Betrieben an den Großhandel geliefert, der sie an die Einzelhandelsläden verteilt. Diese müssen sie, ungeachtet ihrer Qualität, abnehmen. Es werden also Gütermengen hergestellt, die (zu den zentral festgelegten Preisen) entweder auf eine zu geringe oder zu große Nachfrage stoßen. Weder die Hersteller noch die Verteiler haben irgendeinen Anlaß, sich um den Verbraucher zu kümmern. Letzterer spielt im Wirtschaftsgefüge also überhaupt keine Rolle mehr. Der Staatshandel besitzt das absolute Verteilungsmonopol und braucht sich deshalb nicht um die Vermarktung der Ware zu kümmern. Durch Verlagerung von Entscheidungskompetenzen auf niedere Ebe-

rekt auf die Priorität für Wirtschaft und Technik, die Förderung von Erziehung und Wissenschaft, die Öffnung nach außen und letztlich Reformen im Wirtschaftsgefüge. Aus der Sicht des Bürokraten trägt eben jede Reform die Gefahr in sich, daß das Machtmonopol der Partei in Frage gestellt wird, ob durch Betriebsleiter, Produzenten, Konsumenten oder den Markt. Reformen sollen auf Randerscheinungen beschränkt, das ökonomische System im Kern nicht angegriffen werden. Die vor dem XII. Parteitag vor sich gegangene Reform der Verwaltungsstruktur hat komplizierte Instanzenwege vereinfacht, Kompetenzüberschneidungen eliminiert, hat versucht, die allzu wu-
chernde Bürokratie zu beschneiden. An den Entscheidungskompetenzen der Zentrale hat sich dadurch nichts geändert.

Doch nicht nur die Gegnerschaft reformfeindlicher Kräfte verhindert die Durchführung rascher Reformen. Es sollen nicht überstürzt Reformexperimente durchgeführt werden, die sich später als Irrweg oder Sackgasse erweisen. Man läßt sich Zeit bis zur Durchführung einer Reform, Ansätze sollen erst geprüft und die Erfahrungen ausgewertet werden. Im Gespräch sind Reformen, die starken Zentralismus mit Flexibilität auf betrieblicher Ebene kombinieren. Die Größe des Landes und die regionalen Unterschiede, so heißt es, machten einen solchen Weg notwendig. Vielleicht stecken auch historische Erfahrungen dahinter, denn die Geschichte Chinas hat gezeigt, daß

bei gleichzeitiger Entfaltung der subsidiären Rolle der Marktregulierung,
(5) Vorrang der Planwirtschaft mit Ergänzung durch Marktregulierung,
(6) Der Staat führt eine Planwirtschaft auf der Basis des sozialistischen Gemeineigentums durch. Er sichert die proportionale und koordinierte Entwicklung der Volkswirtschaft durch die umfassende Ausbalancierung der Wirtschaftspläne und subsidiär dazu vermittels der Regulierung durch den Markt.

Die letzte Position hat explizit Eingang in den neuen Verfassungsentwurf gefunden (Artikel 17). Bleibt das so, dürfte die Reformdiskussion damit in eine festgelegte Richtung gelenkt werden.

Daß es überdies nicht einfach ist, dieses Mischungsverhältnis (Plan –
Markt) festzulegen, zeigen die ständigen Veränderungen in dieser Hinsicht. So erklärte vor kurzem der chinesische Reformökonom Xue Muqiao, die Reformen der wirtschaftlichen Instrumente Preis- und Steuersystem hätten nicht mit der sich verändernden Situation Schritt gehalten und den regionalen Körperschaften und Betrieben nicht den vom Staatsplan bestimmten Kurs weisen können. Regionen und Betriebe tendierten dazu, den Staatsplan für ihre eigenen Interessen auszunutzen. Unter diesen Umständen könne man nicht umhin, die Leitung durch den Plan und die Verwaltung über einige Branchen, Berufe und Produkte zu verstärken. Das bedeute, man müsse sich in beträchtlicher Weise auf Verwaltungsmaßnahmen verlassen, um die Erfüllung des Staatsplanes sicherzustellen. Xue meinte ferner, in einigen

Doch gerade von diesem Faktor wie auch von einer Änderung der Betriebsverfassung war auf dem XII. Parteitag der KP China *nicht* die Rede. Was aber sollte in der gegenwärtigen Situation, wo die Enttäuschungen über die Erfolge des Sozialismus und die „Überlegenheit des sozialistischen Systems" relativ groß sind und die Menschen in erster Linie auf ihre materielle Besserstellung achten, die Arbeiter veranlassen, ihr Verhalten zu ändern?

In der chinesischen Diskussion über diesen Problemkreis wird eher die Passivität der Arbeitskräfte beklagt, die Ausdruck eines noch geringen Ausbildungsstandes, einer nach egalitären Prinzipien aufgebauten Lohnstruktur und einer Betriebsverfassung ist, die demokratischen Regungen kaum eine Chance läßt, sich durchzusetzen. Der geringe Lebensstandard, fehlendes demokratisches Mitentscheidungsrecht und bürokratische Bevormundung sind zudem schlechte Voraussetzungen, bewußt zurückgehaltene Leistungsreserven freizugeben. Die materielle Besserstellung der Bevölkerung in den letzten Jahren, die zweifellos beachtlich ist, löst das Problem sicherlich noch nicht. Der Ruf nach „Verwissenschaftlichung der Planung" wird zusehends lauter unter chinesischen Ökonomen, obgleich die sowjetischen Erfahrungen gezeigt haben, daß die An-
wendung mathematischer Verfahren bei gleichzeitiger Beibehaltung der überzentralisierten Wirtschaftsplanung keine Lösung des Problems bringt.

Zusammengefaßt läßt sich sagen, daß die gegenwärtige Regulierung durchaus die *Voraussetzungen* für eine erfolgversprechende Reform zu schaffen vermag. Aber hinsichtlich Form, Ziel und Rahmen der Reform gibt es weder ein klares Konzept noch eine einheitliche Meinung. Es gibt eben bisher kaum Erfahrungen, auf die sich das Entwicklungsland China mit seinen spezifischen Problemen stützen könnte. Und selbst zarte Reformansätze werden von bürokratischer Seite aus wieder bekämpft. So läßt sich heute noch keineswegs genau sagen, welchen Weg Reformen überhaupt beschreiten werden. Über ihre Notwendigkeit gibt es keinen Zweifel.

In seiner Rede vor dem XII. Parteitag hat Hu Yaobang darauf hingewiesen, daß u.a. von einer erfolgreichen Wirtschaftsreform abhängen wird, daß „am sozialistischen System festgehalten und die sozialistische Modernisierung verwirklicht" wird. Die Parteiführung steht also unter einem gewissen Erfolgszwang, denn sie will das Prestige der Partei wiederherstellen, u.a. durch Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung und Abbau bürokratischer Strukturen. Wirtschaftsreformen sind gut und notwendig, doch es sollte zugleich mehr über sozialistische Demokratie gesprochen werden, die den arbeitenden Menschen in China erst erlaubt, am Reformprozeß bewußt und mitentscheidend teilzunehmen. *thh.*

... wo Metzgereien wegen hoher Preise streiken – Argentinien im September

Reisebericht einer Peruanerin

Wenn man in Buenos Aires ankommt, hat man den Eindruck, man sei in irgendeiner europäischen Hauptstadt. Breite Avenuen, ein großes Einkaufszentrum, französische, italienische Architektur – eine Mischung aus Madrid und Rom. Es ist schon so wie die Argentinier sagen, Buenos Aires hat viel von Europa. Brasilianer, Uruguayer, Chilenen und Peruaner überschwemmen die Stadt. Warum? Einfach deswegen, weil der argentinische Peso so viel an Wert verloren hat, daß diese Leute zum „Shopping" kommen wie in die Einkaufszentren ihrer Heimatstädte (so wie die Ruhrgebietler nach Holland fahren). Und nicht wenige entpuppen sich dann bei ihrer Rückkehr als eine Art fliegender Holländer.

Machen sich die Argentinier etwas daraus? In der Tat werden Brasilianer und Chilenen als arrogant empfunden, während wir Peruaner als Brüder betrachtet werden – vor allem wegen der Unterstützung durch das peruanische Volk während des Falklandkonflikts. Doch allgemein kann man sagen, daß die Argentinier den Fremden höflich, gastfreundlich und sehr korrekt behandeln.

Auch wenn man bei einer Reise nur flüchtige Eindrücke empfängt, so kann man doch ohne Zweifel sagen, daß in Sachen Organisation und Verwaltung Argentinien Ländern wie Peru, Bolivien und Ekuador um Jahre voraus ist.

Machen wir mal einen Preisvergleich Peru – Argentinien (US-Dollar, Anfang September). Ein Paar Schuhe kosteten in Argentinien im Durchschnitt beim damaligen Wechselkurs 8 Dollar, in Peru aber 30. Diese Relation kann man mehr oder weniger auf Kleidung und andere Sachen übertragen. Nehmen wir ein Mittagessen: In Argentinien kostet es heute sage und schreibe 2 Dollar, in Peru 8. Was aber nicht heißen soll, daß die Mehrzahl der Argentinier diese 2 Dollar übrig hätte.

Anhand von Gesprächen, die ich mit vielen Leuten sehr verschiedener Herkunft führte, konnte ich bemerken, daß die Situation, die das argentinische Volk erlebt, wirklich zum verzweifeln ist. Die Leute haben die Militärs mehr als satt, die von ihnen durchgeführte Wirtschaftspolitik, die ständigen Kontrollen. Die Wohnung ohne Dokumente zu verlassen, ist ein schweres Vergehen und kann jeden ein paar Stunden in der „cana" kosten, wie man dort volkstümlich das Gefängnis nennt. In den Menschen brennt eine kalte Wut über den Tod von so vielen jungen Kerlen während des Falklandkrieges, eines Krieges, den die Mehrzahl der Leute, mit denen ich zu tun hatte, als nicht gerechtfertigt betrachtete, weil sie ihn als politisches Manöver betrachten, um eine Massenbewegung abzufangen, die gerade im Entstehen begriffen war.

Ein Taxifahrer sagte mir dazu: „Ich bin kein Politiker, aber eins werde ich Ihnen sagen. Welches Recht haben diese Hurensöhne gehabt, mir meinen Sohn zu nehmen? Aber eines Tages wird das explodieren, wir Argentinier haben immer noch zuviel Geduld. Und erinnern Sie sich daran, was ich Ihnen jetzt sage – in einigen Jahren muß es eine Revolution in ganz Südamerika geben, so daß wir nicht mehr unterdrückte Völker sind. Aber jetzt ... seien Sie vorsichtig, hören Sie zu und halten Sie den Mund."

Einen Tag vor dieser Unterhaltung, als ich durch das Zentrum von Buenos Aires ging, gab es plötzlich Unruhe. Ich bemerkte eine Schlägerei. Was war geschehen? Ein ehemaliger Soldat, der auf den Malvinen gekämpft hatte, war hier zufällig mit seinem ehemaligen Offizier zusammengestoßen. Unter Beschimpfungen packte er seinen Ex-Offizier, schmiß ihn zu Boden und versetzte ihm Fußtritte. Dieser Offizier hatte ihn mit nackten Füßen auf dem eisigen Boden der Malvinen marschieren lassen, so daß seine Füße erfroren. Die Leute, die dort herumstanden (in der Avenida Florida, im offenen Zentrum), unterstützten den Soldaten und begleiteten die Szene mit eigenen Kommentaren, wie z.B. daß die Offiziere den Soldaten die Lebensmittel, Schokolade und Zigaretten, von der Bevölkerung gespendet und geschickt, verkauften. Der Zwischenfall endete abrupt, als die Polizei erschien und beide abführte. Solche Zwischenfälle soll es häufiger geben.



Fünf Pferde, fünf berittene Polizisten, zwei uniformierte Polizisten (einer schwer bewaffnet), ein Ziviler (stark vermummt), um eine Frau und ein Mädchen zu verhaften. Wessen haben sie sich wohl schuldig gemacht? (Bild und Untertext aus: *Pan Caliente*, August 1982)

Im August stieg die Inflation um 15%, bei einheimischen Lebensmitteln um 10,6%. Am 8.9. stiegen die Preise für Metro-Fahrten um 9% und die für Flüge um 30%. Bis zum September sind die Preise im Vergleich zum Vorjahr um 90,6% angestiegen. Der Durchschnittslohn in Argentinien betrug um diese Zeit 2 Millionen Pesos, d.h. 40 US-Dollar. Während zwischen Dezember 1981 und Juni 1982 die Preise um 43,3% stiegen, wurden die Löhne nur um 9,2% erhöht.

Was die Entwicklung der Industrie betrifft, das Lebensniveau der Bevölkerung, den Umfang der Mittelklasse, so war Argentinien den anderen südamerikanischen Ländern immer weit voraus. Heute befindet sich Argentinien in einer Situation, wo das Volk beginnt, vor Hunger zu sterben. Wir in Peru kennen seit Menschengedenken den Anblick des Hungers, des Elends, die krassen Gegensätze von Armut und Reichtum. Aber die Argentinier? Wann sah man mal einen Bettler? Der Schock ist doppelt.

Die Jesuiten haben eine Volksküche eingerichtet – nur zwei Häuserblocks vom Nationalkongreß entfernt. Dort bilden sich die Schlangen lange vor 12 Uhr. In den Gesichtern der Menschen sieht man nicht nur Hunger, sondern auch Erniedrigung. Arbeitslose, Rentner, Frauen, die ihre Kinder tragen. Eine Tageszeitung gibt ganz offen einige Kommentare wieder: „Unter Evita (Péron) wäre da nicht passiert. Bis '52 ist alles gut gelaufen, denn sie hatte die Fähigkeit, uns alle einig zu halten. Ich glaube, wir müssen damit aufhören, an jeder Ecke eine CGT (argentinische Gewerkschaftszentrale, d.Verf.) zu haben. Die Arbeiterbewegung muß sich vereinigen zu einem Ganzen; wegen der Spaltung sind wir dort, wo wir sind."

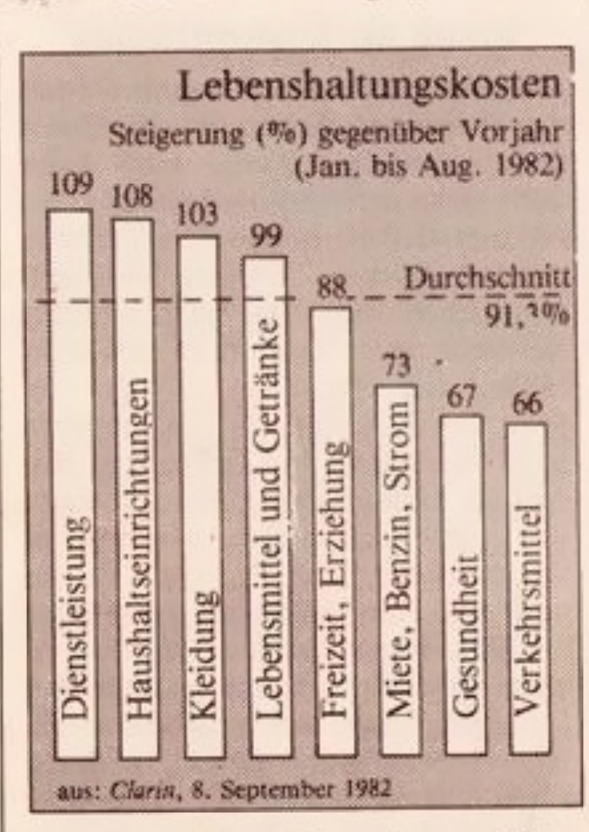
Ein gerade entlassener Metallarbeiter sagt: „Man muß ein für alle Mal den Martinez de Hoz (ehem. Wirtschaftsminister) und seine Gefolgsleute davonjagen. Die Regierung muß das Volk vertreten, mit Leuten, die es verteidigen und nicht in den Hunger treiben ... das wäre die Lösung!" Und das alles in einer zugelassenen Zeitung. – Übrigens steht in Argentinien das „Vagabundieren" unter Gefängnisstrafe, und einige haben dafür schon 30 Tage gesessen.

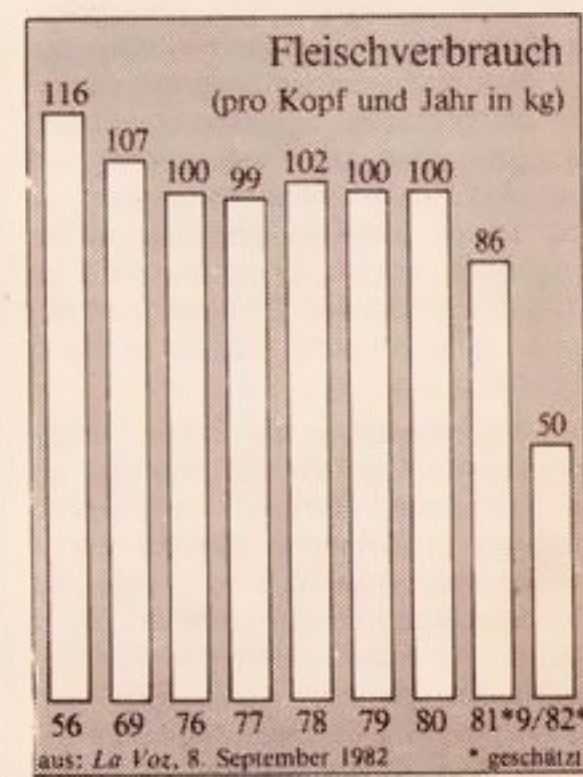
Am 2. September veranstalteten die Hausfrauen einen Marsch gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Die Frauen kamen aus über 40 Stadtteilen. Obwohl die Polizei verhindern wollte, daß sie bis ins Stadtzentrum vordringen konnten, schlugen sie sich bis zum Regierungspalast durch und übergaben eine Petition, die unter anderem folgende Forderungen enthielt: Subventionierung der wichtigsten Grundnahrungsmittel durch die Regierung; Rückgängigmachung der automatischen dreimonatlichen Mieterhöhungen; Arbeitsplätze; Abschaffung des IVA, d.h. der Steuer auf Lebensmittel.

Man erlebt wohl selten, daß Ladenbesitzer „streiken", weil ihre Preise zu hoch sind. In Argentinien kann man erleben. Am 7. und 8. September ruft der Verband der Metzgereibesitzer – auch als Reaktion auf den Marsch der Hausfrauen – zum Streik auf, der zu 80% befolgt wird. Die Metzger protestierten damit gegen die zu hohen Preise, zu denen ihnen das Vieh verkauft wird, und erklärten, daß dadurch das Fleisch für die Bevölkerung unerschwinglich würde (und das in einem Land, das traditionell eine der höchsten Pro-Kopf-Verbrauchsraten in Fleisch hat(te)). Die Fleischer protestierten ebenfalls gegen die IVA.

Die Viehzüchter ziehen es vor, das Vieh gegen harte Währung zu exportieren, weswegen der Export steigt und immer weniger an die Fleischer abgegeben wird. Die Zeitung „La Voz" schreibt am 8.9.: „Man schätzt, daß in den letzten Wochen der Fleischverbrauch auf die Hälfte des historischen Niveaus (von 95 – 100 kg/Person/Jahr – Säuglinge mitgerechnet, d. Verf.) abgesunken ist", das heißt auf 50 kg (siehe Grafik).

Angesichts der herrschenden Repression ist es ziemlich schwierig, mit Leuten, die politisch gearbeitet haben, ins Gespräch zu kommen. In Tucuman konnte ich mich mit einem ehemaligen Gewerkschaftsführer der Peugeot-Fabrik unterhalten, der mir erzählte, daß er zusammen mit seiner Frau drei Monate lang „verschwunden" war. Die wurden verhört, gefoltert und mußten auf nacktem Boden schlafen. Peugeot unterhielt hier früher eine große Fabrik mit ungefähr 5000 Arbeitern, von denen man nicht weiß, was aus ihnen geworden ist. Die ganze Fabrik wurde auseinandergenommen und hat aufgehört zu existieren. Die Peugeot-Wagen werden heute von Fiat hergestellt.





Der Ex-Gewerkschaftsführer kritisierte sowohl die Politik des Peronismus, die nie die Bedürfnisse der Arbeiter befriedigen konnte, als auch die der Monteneros, die seiner Meinung nach nie Rückhalt in der Bevölkerung hatten. Er kritisierte die Politik der Gewerkschaftsführer, die die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse nicht berücksichtigten, nie deren wirkliche Lage untersuchten usw. Er meinte, daß der Peronismus noch einen sehr großen Einfluß habe und daß die meisten Grundeinheiten der verschiedenen Fraktionen der CGT peronistisch sind. Was die KP beträfe, so unterstütze diese die Regierung und stütze sich hauptsächlich auf Fabrikkomitees.

Wenn man eine flüchtige Einschätzung der „Demokratisierung" in Argentinien versucht, kann man zweierlei feststellen: Auf der einen Seite informieren die meisten Tageszeitungen, allen voran „Clarin" und „La Voz", ausführlich über Streiks, Demonstrationen usw. und kritisieren die Regierung zum Teil ziemlich offen. Auf der anderen Seite existiert das ganze System der Unterdrückung fort; die permanente Ausweiskontrolle, die Einschüchterung durch die Polizei. Ein Taxifahrer erzählte mir, daß er 9 Stunden ins Gefängnis gesteckt wurde, weil er vergessen hatte, das Taxilicht anzuschalten. Eine Psychologin berichtete mir, daß hier Psychologen als Kommunisten angesehen werden und daß einige ihrer Kollegen Schwierigkeiten bekamen, weil bei ihnen Bücher von Freud gefunden worden waren.

Die „Demokratisierung" ist also mehr als zwiespältig. Doch ist die weitverbreitete Meinung der Leute, daß die Militärjunta sich mit dem Malvinenkonflikt das eigene Grab geschaufelt hat. Wahrscheinlich werden wir keine schnellen Veränderungen in der unmittelbaren Zukunft sehen – doch ein Fundament wurde gelegt. *mow.*

Buenos Aires, September 1982



Todos los dias la misma historia. Los que no tienen que comer, se acercan hasta la iglesia Regina Martyrum.

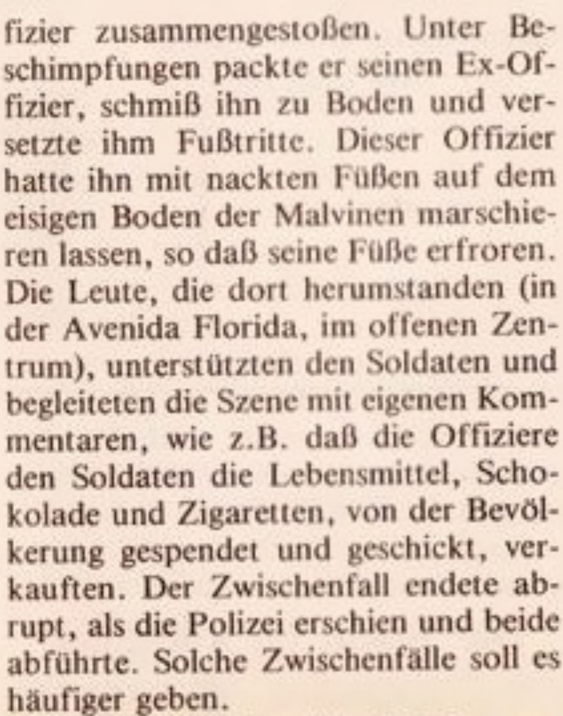


"Me da verguénza tener que pedir comida, pero qué le voy a hacer ...". Testimonio de la miseria en la gran ciudad.

Die *olla popular*, Volksküche der Jesuiten, zwei Häuserblocks vom Kongreß entfernt.

Jeden Tag dieselbe Geschichte. Die, die nichts zu essen haben, kommen zur Kirche Regina Martyrum.

„Ich schäme mich, daß ich um Essen bitten muß, aber was soll ich machen ..." Zeugnis des Elends in der großen Stadt.



Und nicht wenige entpuppen sich dann bei ihrer Rückkehr als eine Art fliegender Holländer.

Machen sich die Argentinier etwas daraus? In der Tat werden Brasilianer und Chilenen als arrogant empfunden, während wir Peruaner als Brüder betrachtet werden – vor allem wegen der Unterstützung durch das peruanische Volk während des Falklandkonflikts. Doch allgemein kann man sagen, daß die Argentinier den Fremden höflich, gastfreundlich und sehr korrekt behandeln.

Auch wenn man bei einer Reise nur flüchtige Eindrücke empfängt, so kann man doch ohne Zweifel sagen, daß in Sachen Organisation und Verwaltung Argentinien Ländern wie Peru, Bolivien und Ekuador um Jahre voraus ist.

Machen wir mal einen Preisvergleich Peru – Argentinien (US-Dollar, Anfang September). Ein Paar Schuhe kosteten in Argentinien im Durchschnitt beim damaligen Wechselkurs 8 Dollar, in Peru aber 30. Diese Relation kann man mehr oder weniger auf Kleidung und andere Sachen übertragen. Nehmen wir ein Mittagessen: In Argentinien kostet es heute sage und schreibe 2

über den Tod von so vielen jungen Kerlen während des Falklandkrieges, eines Krieges, den die Mehrzahl der Leute, mit denen ich zu tun hatte, als nicht gerechtfertigt betrachtete, weil sie ihn als politisches Manöver betrachten, um eine Massenbewegung abzufangen, die gerade im Entstehen begriffen war.

Ein Taxifahrer sagte mir dazu: „Ich bin kein Politiker, aber eins werde ich Ihnen sagen. Welches Recht haben diese Hurensöhne gehabt, mir meinen Sohn zu nehmen? Aber eines Tages wird das explodieren, wir Argentinier haben immer noch zuviel Geduld. Und erinnern Sie sich daran, was ich Ihnen jetzt sage – in einigen Jahren muß es eine Revolution in ganz Südamerika geben, so daß wir nicht mehr unterdrückte Völker sind. Aber jetzt ... seien Sie vorsichtig, hören Sie zu und halten Sie den Mund."

Einen Tag vor dieser Unterhaltung, als ich durch das Zentrum von Buenos Aires ging, gab es plötzlich Unruhe. Ich bemerkte eine Schlägerei. Was war geschehen? Ein ehemaliger Soldat, der auf den Malvinen gekämpft hatte, war hier zufällig mit seinem ehemaligen Of-

vermummt), um eine Frau und ein Mädchen zu verhaften. Wessen haben sie sich wohl schuldig gemacht? (Bild und Untertext aus: *Pan Caliente*, August 1982)

fizier zusammengestoßen. Unter Beschimpfungen packte er seinen Ex-Offizier, schmiß ihn zu Boden und versetzte ihm Fußtritte. Dieser Offizier hatte ihn mit nackten Füßen auf dem eisigen Boden der Malvinen marschieren lassen, so daß seine Füße erfroren. Die Leute, die dort herumstanden (in der Avenida Florida, im offenen Zentrum), unterstützten den Soldaten und begleiteten die Szene mit eigenen Kommentaren, wie z.B. daß die Offiziere den Soldaten die Lebensmittel, Schokolade und Zigaretten, von der Bevölkerung gespendet und geschickt, verkauften. Der Zwischenfall endete abrupt, als die Polizei erschien und beide abführte. Solche Zwischenfälle soll es häufiger geben.

Im August stieg die Inflation um 15%, bei einheimischen Lebensmitteln um 10,6%. Am 8.9. stiegen die Preise für Metro-Fahrten um 9% und die für Flüge um 30%. Bis zum September sind die Preise im Vergleich zum Vorjahr um 90,6% angestiegen. Der Durchschnittslohn in Argentinien betrug um diese Zeit 2 Millionen Pesos, d.h. 40 US-Dollar. Während zwischen Dezember 1981 und Juni 1982 die Preise um 43,3% stiegen, wurden die Löhne nur um 9,2% erhöht.

Was die Entwicklung der Industrie betrifft, das Lebensniveau der Bevölkerung, den Umfang der Mittelklasse, so war Argentinien den anderen südamerikanischen Ländern immer weit voraus. Heute befindet sich Argenti-

Am 2. September veranstalteten die Hausfrauen einen Marsch gegen die steigenden Lebenshaltungskosten. Die Frauen kamen aus über 40 Stadtteilen. Obwohl die Polizei verhindern wollte, daß sie bis ins Stadtzentrum vordringen konnten, schlugen sie sich bis zum Regierungspalast durch und übergaben eine Petition, die unter anderem folgende Forderungen enthielt: Subventionierung der wichtigsten Grundnahrungsmittel durch die Regierung; Rückgängigmachung der automatischen dreimonatlichen Mieterhöhungen; Arbeitsplätze; Abschaffung des IVA, d.h. der Steuer auf Lebensmittel.

Man erlebt wohl selten, daß Ladenbesitzer „streiken", weil ihre Preise zu hoch sind. In Argentinien kann man erleben. Am 7. und 8. September ruft der Verband der Metzgereibesitzer – auch als Reaktion auf den Marsch der Hausfrauen – zum Streik auf, der zu 80% befolgt wird. Die Metzger protestierten damit gegen die zu hohen Preise, zu denen ihnen das Vieh verkauft wird, und erklärten, daß dadurch das Fleisch für die Bevölkerung unerschwinglich würde (und das in einem Land, das traditionell eine der höchsten Pro-Kopf-Verbrauchsraten in Fleisch hat(te)). Die Fleischer protestierten ebenfalls gegen die IVA.

Die Viehzüchter ziehen es vor, das Vieh gegen harte Währung zu exportieren, weswegen der Export steigt und immer weniger an die Fleischer abgegeben wird. Die Zeitung „La Voz"

mit ungefähr 5000 Arbeitern, von denen man nicht weiß, was aus ihnen geworden ist. Die ganze Fabrik wurde auseinandergenommen und hat aufgehört zu existieren. Die Peugeot-Wagen werden heute von Fiat hergestellt.

Der Ex-Gewerkschaftsführer kritisierte sowohl die Politik des Peronismus, die nie die Bedürfnisse der Arbeiter befriedigen konnte, als auch die der Monteneros, die seiner Meinung nach nie Rückhalt in der Bevölkerung hatten. Er kritisierte die Politik der Gewerkschaftsführer, die die wirklichen Interessen der Arbeiterklasse nicht berücksichtigten, nie deren wirkliche Lage untersuchten usw. Er meinte, daß der Peronismus noch einen sehr großen Einfluß habe und daß die meisten Grundeinheiten der verschiedenen Fraktionen der CGT peronistisch sind. Was die KP beträfe, so unterstütze diese die Regierung und stütze sich hauptsächlich auf Fabrikkomitees.

Wenn man eine flüchtige Einschätzung der „Demokratisierung" in Argentinien versucht, kann man zweierlei feststellen: Auf der einen Seite informieren die meisten Tageszeitungen, allen voran „Clarin" und „La Voz", ausführlich über Streiks, Demonstrationen usw. und kritisieren die Regierung zum Teil ziemlich offen. Auf der anderen Seite existiert das ganze System der Unterdrückung fort; die permanente Ausweiskontrolle, die Einschüchterung durch die Polizei. Ein Taxifahrer erzählte mir, daß er 9 Stunden ins Ge-

Pleiten unbedeutend für Arbeitslosigkeit

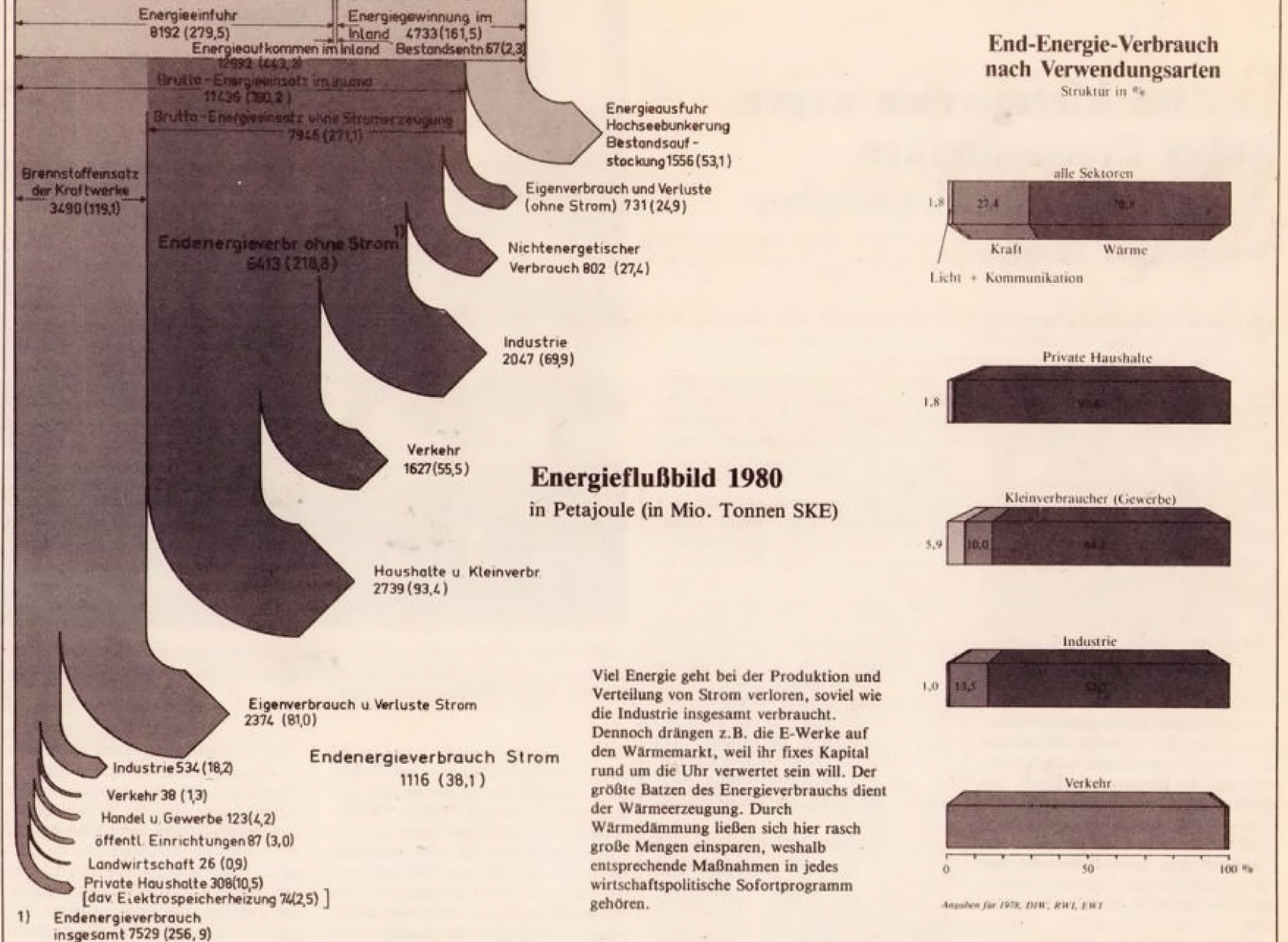
kvz. Das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ hat in seinem Wochenbericht darauf hingewiesen, daß die gestiegene Zahl von Pleiten für die Zunahme der Arbeitslosigkeit nur von untergeordneter Bedeutung ist. Der Bericht widerspricht damit Angaben, die durch den „Verein Creditreform“ in Umlauf gebracht wurden; dessen viel höhere Angaben beruhen auf einer falschen Verallgemeinerung nicht repräsentativer Durchschnittswerte.

Der Bericht des DIW schätzt, daß dieses Jahr rund 160000 Arbeitsplätze durch Pleiten vernichtet werden. Gemessen am gesamten Zugang zur Arbeitslosigkeit sind das 4,2%. In den Krisenjahren 1974 und 1975 wurden 186000 und 145000 Arbeitsplätze durch Pleiten vernichtet. Auch die relative Bedeutung der Pleiten am Zugang der Arbeitslosen war damals deutlich höher.

Das DIW beziffert die Verluste der Gläubiger 1982 auf 12,3 Mrd. DM, die mit den Pleiten verbundenen Kapazitätsverluste werden auf 0,3% der Gesamtkapazität beziffert.

Diese Zahlen zeigen an, wie oberflächlich es ist, die Freisetzung von Arbeitskraft als Ergebnis von Stagnation und Zusammenbruch zu sehen. Auch bei normalem Geschäftsgang wetteifern die Kapitalisten darum, Arbeit einzusparen und setzen Arbeitskraft frei. Aber nicht, um die notwendige Arbeitszeit der Gesellschaft zu verringern, sondern um ihren Profit zu mehren. Je produktiver sie den Arbeitsprozeß unter ihrem Kommando gestalten, um so mehr Arbeitskraft setzen sie frei.

Selbst in diesen Krisenjahren hat sich trotz Pleiten und Kapitalvernichtung in anderen Formen der Gesamtumfang des nach Verwertung schreienden Kapitals ausgedehnt, dennoch ist 1981 die Zahl der Beschäftigten gesunken und wird auch 1982 und 1983 sinken. Ursache hierfür ist die fortwährende Revolutionierung des Produktionsprozesses unter kapitalistischen Vorzeichen, die ständig Arbeitskraft freisetzt, während die Akkumulation zusätzlichen Kapitals nicht ausreicht, die ausgestoßene Arbeitskraft an anderer Stelle wieder einzusaugen.



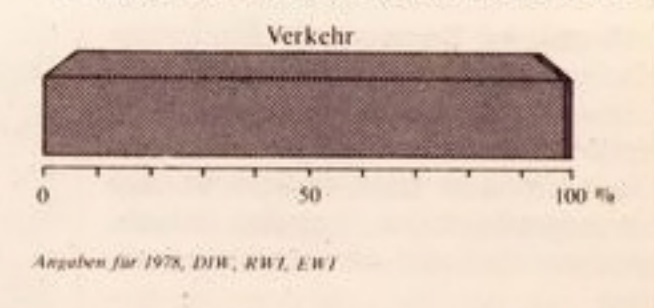
Die Einkommen der Arbeitnehmer sind im 1. Halbjahr 1982 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit real und netto um 2,5% gesunken. Dies hat die Arbeiterkammer des Saarlandes aus der amtlichen Statistik errechnet. Zwar hat die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigtem Arbeitnehmer im Durchschnitt um 4,3% zugenommen – auf 2572 DM –, doch ergab sich nach Verrechnung mit den überproportional gestiegenen Steuern und Abgaben sowie den gestiegenen Lebenshaltungskosten netto und in Gebrauchswerten gemessen eine Verminderung der Einkommen.

Die Woche im Rückblick

Die Grunderwerbsteuer wird ab 1.1.1983 von 7% auf 2% gesenkt. Nach Angaben der SPD, die sich jetzt richtig kritisch gebärden kann, bedeutet dies z.B., daß beim Kauf eines gebrauchten Reihenhauses für 250000 DM künftig Grunderwerbsteuer in Höhe von 5000 DM zu zahlen ist, während bislang Erwerb von Wohnraum in dieser Größenordnung steuerfrei ist. Wer jedoch eine Villa für 700000 DM erwerbe, zahle 14000 DM statt bisher 31000 DM Grunderwerbsteuer.

Die Sowjetunion macht offenbar keinerlei Anstalten, das Angebot des US-Präsidenten zu nutzen, der die Lieferung von bis zu 23 Mio. Tonnen Getreide in diesem Wirtschaftsjahr angeboten hat. Bislang wurden aus Moskau lediglich 2 Mio. t bestellt, und womöglich wird die UdSSR lediglich die vereinbarte Mindestmenge von 3 Mio. t abnehmen. Dagegen sind sowjetische Einkäufer in Argentinien, Australien, Kanada und auch Frankreich äußerst aktiv. 1978/79 hatte die Sowjetunion noch über 80% ihres Futtergetreides aus den USA bezogen. Carters Embargo ließ sie nach anderen Lieferanten suchen, die sie auch fand.

Verfassungsrichter mußten sich aufs Eis wagen
Steuerrecht muß Belastung der Eltern durch Kinder berücksichtigen, Splitting soll aber nicht angetastet werden
frb. In der alternativen Wirtschaftspolitik werden Steuerfragen bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt disku-
ting auf die Halbfamilien auszudehnen. Das Splitting-Verfahren an sich sei sachgerecht.
bei denen ein vergleichbarer Aufwand nicht anfällt oder aber leichter getragen werden kann.“ Wobei zu ergänzen wä-
der Aufwand für die Kinderversorgung unberücksichtigt bleibt und die Steuerersparnis aus dem Splitting bei höchsten Einkommen am höchsten ist, bildet die andere Seite der Medaille. Und ohnehin sieht die Sache ganz anders aus, wenn die Frau erwerbstätig ist, was regelmäßig Folge wirtschaftlichen Drucks ist. Die Besteuerung „nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ entpuppt sich dann als Privileg
Jahre so richtig zum Zuge gekommen ist. Bei Einführung des Splittings habe der Splitting-Vorteil für die meisten Steuerpflichtigen nämlich ausschließlich in der Gewährung des zweiten Grundfreibetrags bestanden. Die Kappung der Steuerprogression, die heute den Hauptvorteil ausmacht und die hohen Einkommen so sehr bevorzugt, habe damals nur eine geringe Rolle ge-
frei. Aber nicht, um die notwendige Arbeitszeit der Gesellschaft zu verringern, sondern um ihren Profit zu mehren. Je produktiver sie den Arbeitsprozeß unter ihrem Kommando gestalten, um so mehr Arbeitskraft setzen sie frei.
Selbst in diesen Krisenjahren hat sich trotz Pleiten und Kapitalvernichtung in anderen Formen der Gesamtumfang des nach Verwertung schreienden Kapitals ausgedehnt, dennoch ist 1981 die Zahl der Beschäftigten gesunken und wird auch 1982 und 1983 sinken. Ursache hierfür ist die fortwährende Revolutionierung des Produktionsprozesses unter kapitalistischen Vorzeichen, die ständig Arbeitskraft freisetzt, während die Akkumulation zusätzlichen Kapitals nicht ausreicht, die ausgestoßene Arbeitskraft an anderer Stelle wieder einzusaugen.
Industrie 534 (18,2)
Verkehr 38 (1,3)
Handel u. Gewerbe 123 (4,2)
öffentl. Einrichtungen 87 (3,0)
Landwirtschaft 26 (0,9)
Private Haushalte 308 (10,5)
[dav. Elektrospeicherheizung 74 (2,5)]
1) Endenergieverbrauch insgesamt 7529 (256,9)
1116 (38,1)
rund um die Uhr verwertet sein will. Der größte Batzen des Energieverbrauchs dient der Wärmeerzeugung. Durch Wärmedämmung ließen sich hier rasch große Mengen einsparen, weshalb entsprechende Maßnahmen in jedes wirtschaftspolitische Sofortprogramm gehören.



Die Einkommen der Arbeitnehmer sind im 1. Halbjahr 1982 gegenüber der gleichen Vorjahreszeit real und netto um 2,5% gesunken. Dies hat die Arbeiterkammer des Saarlandes aus der amtlichen Statistik errechnet. Zwar hat die Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäftigtem Arbeitnehmer im Durchschnitt um 4,3% zugenommen – auf 2572 DM –, doch ergab sich nach Verrechnung mit den überproportional gestiegenen Steuern und Abgaben sowie den gestiegenen Lebenshaltungskosten netto und in Gebrauchswerten gemessen eine Verminderung der Einkommen.
Die Woche im Rückblick
Die Grunderwerbsteuer wird ab 1.1.1983 von 7% auf 2% gesenkt. Nach Angaben der SPD, die sich jetzt richtig kritisch gebärden kann, bedeutet dies z.B., daß beim Kauf eines gebrauchten Reihenhauses für 250000 DM künftig Grunderwerbsteuer in Höhe von 5000 DM zu zahlen ist, während bislang Erwerb von Wohnraum in dieser Größenordnung steuerfrei ist. Wer jedoch eine Villa für 700000 DM erwerbe, zahle 14000 DM statt bisher 31000 DM Grunderwerbsteuer.
Die Sowjetunion macht offenbar keinerlei Anstalten, das Angebot des US-Präsidenten zu nutzen, der die Lieferung von bis zu 23 Mio. Tonnen Getreide in diesem Wirtschaftsjahr angeboten hat. Bislang wurden aus Moskau lediglich 2 Mio. t bestellt, und womöglich wird die UdSSR lediglich die vereinbarte Mindestmenge von 3 Mio. t abnehmen. Dagegen sind sowjetische Einkäufer in Argentinien, Australien, Kanada und auch Frankreich äußerst aktiv. 1978/79 hatte die Sowjetunion noch über 80% ihres Futtergetreides aus den USA bezogen. Carters Embargo ließ sie nach anderen Lieferanten suchen, die sie auch fand.

Verfassungsrichter mußten sich aufs Eis wagen

Steuerrecht muß Belastung der Eltern durch Kinder berücksichtigen, Splitting soll aber nicht angetastet werden

frb. In der alternativen Wirtschaftspolitik werden Steuerfragen bisher vor allem unter dem Gesichtspunkt diskutiert, woher sich am besten die Gelder für die Finanzierung eines Investitionsprogramms besorgen lassen. Immerhin ist man in Zusammenhang mit der erwogenen Ressourcenbesteuerung darauf gekommen, die ökonomischen und sozialen Steuerwirkungen genauer zu betrachten. Stark unterbelichtet ist immer noch, wie die Gestaltung der Einkommenssteuer auf die Lebensverhältnisse wirkt, obwohl hier Änderungen überfällig sind.

Mehrfach haben wir darauf hingewiesen, wie die Splitting-Regelung im Einkommenssteuerrecht verfestigend auf die traditionelle Hausfrauenehe wirkt. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem kürzlich veröffentlichten Urteil zur Familienbesteuerung Ausführungen gemacht, mit denen man sich in dieser Debatte befassen muß.

Bei dem Urteil ging es um die steuerliche Benachteiligung von Alleinerziehenden mit Kindern gegenüber der Besteuerung von Ein-Verdiener-Ehen. Zwar wird dem Alleinerziehenden ein zusätzlicher Freibetrag gewährt, Ein-Verdiener-Ehepaare aber erhalten erstens den doppelten Grundfreibetrag, zweitens werden sie nach dem in der Progressionszone viel günstigeren Splitting-Tarif besteuert. Letztere zahlen dadurch erheblich weniger Steuern als Alleinstehende, die ebenfalls Kinder zu versorgen haben.

Das Verfassungsgericht hat nun entschieden, daß der Gesetzgeber bis Ende 1984 diese Ungleichbehandlung aufzuheben habe. In welcher Form dies geschehen solle, läßt das Urteil offen. Keinesfalls zwingend sei es, das Splitting auf die Halbfamilien auszudehnen. Das Splitting-Verfahren an sich sei sachgerecht.

Kosten der Kinderbetreuung

Ausgangspunkt der Argumentation der Karlsruher Richter ist das Gebot der Steuergerechtigkeit, man kann auch sagen der *Gleichbehandlung*. Sie verlangt, daß die Besteuerung nach der „wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ ausgerichtet wird. Das heißt schlicht, wer mehr zahlen kann, muß auch mehr zahlen, und zwar nicht nur nach der Seite des Einkommens hin, sondern auch hinsichtlich von besonderen Kosten der Lebenshaltung. Daraus ergibt sich, „daß auch solche Ausgaben einkommensteuerrechtlich von Bedeutung sind, die außerhalb der Sphäre der Einkommenserzielung, also im privaten Bereich, anfallen und für den Steuerpflichtigen unvermeidbar sind. Die wirtschaftliche Belastung durch Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Kindern ist ein besonderer, die Leistungsfähigkeit der Eltern beeinträchtigender Umstand.“ Und diese unabweisbare Sonderbelastung der Eltern dürfte bei der Besteuerung nicht ignoriert werden, was aber durch die geltende Regelung passiert.

Das Bundesverfassungsgericht: „Die Besteuerung der Ehepaare nach der Splitting-Tabelle erscheint für sich allein gerechtfertigt. Es ist auch nicht geboten, das Splitting auf Alleinstehende mit Kindern auszudehnen. Bei deren Besteuerung darf aber nicht außer Betracht bleiben, daß ihre steuerliche Leistungsfähigkeit in vielen Fällen durch zusätzlichen Betreuungsaufwand gemindert wird und daher geringer ist als die Leistungsfähigkeit von Ehepaaren, bei denen ein vergleichbarer Aufwand nicht anfällt oder aber leichter getragen werden kann.“ Wobei zu ergänzen wäre, daß bei diesen Ehepaaren der „vergleichbare Aufwand nicht anfällt“, weil die Ehefrau die Arbeit der Kinderbetreuung übernimmt.

Die Durchschnittsehe

Konnten die Richter in der Purpur-Robe nicht umhin, die bestehende Ungleichbehandlung zu konstatieren, so mußten sie andererseits dafür Sorge tragen, die Splitting-Regelung – die der Ungleichbehandlung zugrundeliegt – in Schutz zu nehmen. Den Institutionen von Ehe und Familie sowie den Oberen Hunderttausend der Republik waren sie die Feststellung schuldig, das Ehegatten-Splitting sei keine beliebig veränderbare Steuervergünstigung. Die Regelung sei „unbeschadet der näheren Gestaltungsbefugnis des Gesetzgebers“ eine am Gebot des grundgesetzlichen Schutzes der Familie und an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ehepaare orientierte Besteuerung.

Zusammenlebende Eheleute bildeten eine Gemeinschaft des Erwerbs und des Verbrauchs, in der ein Ehegatte an den Einkünften und Lasten des anderen jeweils zur Hälfte teilhabe. Damit knüpfe das Splitting an die wirtschaftliche Realität der intakten Durchschnittsehe an, bei der eine Übertragung steuerlicher Leistungsfähigkeit zwjschen den Partnern stattfinde.

Insofern, könnte man sagen, findet die Hausarbeit in der Besteuerung Berücksichtigung. Die Behandlungsweise ist so, daß quasi die Hälfte des Einkommens des (alleinverdienenden) Mannes als Einkommen der Ehefrau betrachtet wird. Daß damit die bestehende Rollenverteilung verfestigt wird, der Aufwand für die Kinderversorgung unberücksichtigt bleibt und die Steuerersparnis aus dem Splitting bei höchsten Einkommen am höchsten ist, bildet die andere Seite der Medaille. Und ohnehin sieht die Sache ganz anders aus, wenn die Frau erwerbstätig ist, was regelmäßig Folge wirtschaftlichen Drucks ist. Die Besteuerung „nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit“ entpuppt sich dann als Privileg.

Aus seinem Bild von der „intakten Durchschnittsehe“ folgert das Verfassungsgericht, die Gründe, die den Splitting-Tarif für Eheleute rechtfertigen, seien nicht auf Alleinerziehende mit Kindern übertragbar, wobei zu erwähnen wäre, daß Witwer und Witwen geklagt hatten, die nach dem Tod des Ehepartners in eine schlechtere Steuerklasse gerutscht waren. Es bleibt dem Gesetzgeber aber unbenommen, Alleinstehende mit Kindern dennoch in das Splitting einzubeziehen oder die Familienbesteuerung überhaupt neu zu regeln. Die Belastung durch Kinder kann aber auch durch andere Regelungen im Steuerrecht, z.B. durch entsprechende Kinderfreibeträge, berücksichtigt werden. Ausnahmsweise sei auch eine Berücksichtigung der Sonderbelastungen außerhalb des Steuerrechts denkbar, etwa durch Kindergeldregelungen.

Danach lassen sich eigentlich nur zwei Lösungen vorstellen. Entweder eine Erweiterung des Ehegatten-Splittings zu einem Familiensplitting oder eine Abschaffung des Splittings und Berücksichtigung der besonderen Belastung durch Kinder mittels Kinderfreibetrag oder Kindergeld. Die CDU/FDP-Regierung strebt bekanntlich ersteres an, laut Regierungserklärung schon zum 1.1.1984.

Verschärfte Diskriminierung

Dankenswerterweise hat das Verfassungsgericht darauf hingewiesen, daß die nicht gerechtfertigte höhere Besteuerung von Alleinstehenden mit Kindern erst im Verlaufe der letzten 20 Jahre so richtig zum Zuge gekommen ist. Bei Einführung des Splittings habe der Splitting-Vorteil für die meisten Steuerpflichtigen nämlich ausschließlich in der Gewährung des zweiten Grundfreibetrags bestanden. Die Kappung der Steuerprogression, die heute den Hauptvorteil ausmacht und die hohen Einkommen so sehr bevorzugt, habe damals nur eine geringe Rolle gespielt. Dies lag einfach daran, daß der Gesetzgeber damals vorgab, nach der Neuregelung lägen 95% aller Steuerpflichtigen mit ihrem Einkommen im Bereich der Proportionalbesteuerung, also unterhalb der Progressionszone. 1980 aber hatte die Hälfte der Steuerpflichtigen die Progressionszone erreicht.

Jetzt wirkte sich der Splitting-Vorteil voll aus und der Abstand zu den nach dem Grundtarif besteuerten Alleinerziehenden klaffte ständig weiter auseinander. Daß darüber das Splitting selbst in Verruf kommt, versucht das Verfassungsgericht durch seinen Bezug auf die Ehe als Wirtschaftsgemeinschaft zu verhindern.

Nebenbei sei bemerkt, daß der vermögenden Familie neben dem Splitting weitere Steuervorteile offenstehen. In diesen Kreisen ist es üblich, der Steuerprogression dadurch zu entgehen, daß Kleinkindern und Säuglingen Vermögen oder Einkunftsquellen durch allerlei Nießbrauchsvereinbarungen geschenkt werden oder mit ihnen Darlehensverträge und ab dem 14. Lebensjahr auch Arbeitsverträge abgeschlossen werden. Die Einkünfte fallen dann bei den Kindern an, und es entsteht ein lohnender Progressionsvorteil. Mit dem Familiensplitting entfiele diese Umgehungsmöglichkeit, denn dann müßte das Familieneinkommen zusammengefaßt werden. Allerdings tröstet man sich im „Blick durch die Wirtschaft“: „Das Familiensplitting bietet dafür einen kleinen Ausgleich, da der steuerliche Vorteil mit steigendem Einkommen und höherer Kinderzahl steigt.“

Beifall für Karl Marx – aber noch kein Wirtschaftsprogramm

Grüner Bundeskongreß verschiebt die Entscheidung auf Januar

kow. Die beiden großen politischen Debatten auf der Bundesdelegiertenversammlung der Grünen vom 12. bis 14. November in Hagen fanden am zweiten Tag statt. Es ging um ein grünes Wirtschaftsprogramm und die politische Linie bei möglichen Bundestagswahlen am 6. März 1983.

Zur Diskussion des Wirtschaftsprogramms nahm sich die Versammlung entgegen der ursprünglich vorgesehenen Tagesordnung eine größere Zeitspanne zur Gesamtaussprache im Plenum. Die vorgesehenen Arbeitsgruppen fanden nicht statt.

Beschlossen und verabschiedet wurde nichts außer nebenstehender Presseerklärung, die die Richtung der Diskussion wiedergeben soll. Es lagen verschiedene Entwürfe vor. Neben der in KVZ 43 auszugsweise vorgestellten Vorlage der Bundeswirtschafts AG (BuWiAG) „Programm gegen Arbeitslosigkeit" und der Bremer Vorlage „Wirtschaftsprogrammatische Richtlinien der Grünen" (KVZ 45) wurden kurz vor der Versammlung weitere Entwürfe erstellt, so „Arbeiten um zu leben" von Dieter Burgmann (Bundesvorstand der Grünen) und ein Entwurf des KV Hof sowie eine weitere Kurzvorlage aus Baden-Württemberg. Weiterhin lagen wohl an die 1000 Änderungsanträge zur Vorlage der BuWiAG vor.

Es wäre sicher nicht richtig gewesen, durch Zusammenstoppeln der verschiedenen Entwürfe oder Einigung auf einen davon, auf Gedeih und Verderb Beschluß zu fassen, obwohl die Versammlung die Dringlichkeit eines solchen Programms sah. Dazu war der Diskussionsstand noch zu unausgegoren, die Entwürfe hatten alle ihre Einseitigkeiten und vor allem analytische Schwächen in bezug auf die widersprüchliche Gesamtsituation. Die Entwürfe und Änderungsanträge werden einer Kommission aus Vertretern der Landesverbände und der in den Entwürfen ausgedrückten politischen Strömungen als Material übergeben zwecks Ausarbeitung einer Vorlage mit abstimmungsfähigen Alternativen, die

Vorlage der Bundeswirtschafts AG (BuWiAG) „Programm gegen Arbeitslosigkeit" und der Bremer Vorlage „Wirtschaftsprogrammatische Richtlinien der Grünen" (KVZ 45) wurden kurz vor der Versammlung weitere Entwürfe erstellt, so „Arbeiten um zu leben" von Dieter Burgmann (Bundesvorstand der Grünen) und ein Entwurf des KV Hof sowie eine weitere Kurzvorlage aus Baden-Württemberg. Weiterhin lagen wohl an die 1000 Änderungsanträge zur Vorlage der BuWiAG vor.

Es wäre sicher nicht richtig gewesen, durch Zusammenstoppeln der verschiedenen Entwürfe oder Einigung auf einen davon, auf Gedeih und Verderb Beschluß zu fassen, obwohl die Versammlung die Dringlichkeit eines solchen Programms sah. Dazu war der Diskussionsstand noch zu unausgegoren, die Entwürfe hatten alle ihre Einseitigkeiten und vor allem analytische Schwächen in bezug auf die widersprüchliche Gesamtsituation. Die Entwürfe und Änderungsanträge werden einer Kommission aus Vertretern der Landesverbände und der in den Entwürfen ausgedrückten politischen Strömungen als Material übergeben zwecks Ausarbeitung einer Vorlage mit abstimmungsfähigen Alternativen, die
im *Januar 1983* auf einer a.o. Delegiertenversammlung als Wirtschaftsprogramm verabschiedet werden soll.

Die *Extreme* der Diskussion wurden gewissermaßen abgesteckt durch *Bahro,* für den die Frage darin besteht, wie der Ausstieg aus der Lohnarbeit, aus dem Markt und dem Industriesystem gelingen kann, einerseits und andererseits etwa *Jänicke* (Berlin), der für den BuWiAG-Entwurf sprach und völlig naiv und reformistisch etliche „gute Möglichkeiten" aufzeigte, wie man die Arbeitslosigkeit zumindest mildern könne, auch ohne schon den Umbau der Gesellschaft oder gar deren Umwälzung zu beginnen.

Im wesentlichen bewegte sich die Diskussion zwischen dem Entwurf aus Bremen und dem der BuWiAG. Letzterer wurde damit begründet, daß das „sozial" gleichrangig neben dem „ökologisch" stehen müsse, daß man sich mit den Betroffenen der Massenarbeitslosigkeit solidarisieren müsse. Im wesentlichen aber war es die richtige *politische Intention,* daß man sich mit der Sozialdemokratie konkret einlassen müsse, um nicht gegen die Arbeiterbewegung ausgespielt zu werden und um auch in konkreten Tagesfragen auf die Regierungspolitik Einfluß nehmen zu können.

Von der Gegenseite – der *ökologischen Fundamentalposition,* dafür sprachen Bahro, Müller, Burgmann, Hoss, Zieran – wurde die Einseitigkeit der Behandlung der Krise als *Beschäftigungskrise* kritisiert, dies sei ein altlinker und damit verfehlter Ansatz (Bahro). Es handele sich nicht um eine Konjunktur-, sondern eine Strukturkrise, die Arbeitslosigkeit entspringe aus der Produktivitätssteigerung. Mit keynesianischen Maßnahmen und Zentralismus sei dem nicht beizukommen (Müller).

Burgmann, dessen eigene Vorlage in der Diskussion keine Rolle spielte, stimmte in der Lageeinschätzung eher den Bremern zu, dort fehle aber ein *Maßnahmenkatalog.* Ein von der BuWiAG angepeiltes Bündnis SPD/Gewerkschaften/Grüne sei zumindest nicht so unproblematisch. Burgmann analysiert die Krise in seinem Papier im wesentlichen als *Ende des Wachstums,* das auf ökologische und ökonomische Schranken gestoßen sei. Grüne Wirtschaftspolitik müsse statt auf Produktions- und Konsumsteigerung auf ökologische Umstrukturierung aus sein.

W. Hoss legte den umfassendsten Ansatz dar. Da die ökologische und ökonomische Krise mit traditionellen Konzepten wie denen der CDU oder auch mit der Nachfragetheorie der SPD und der Gewerkschaften nicht zu bewältigen sei, müsse die Krise genutzt werden, um den Umbau der Gesellschaft in Angriff zu nehmen: ökologische und humane Produktion, Arbeitszeitverkürzung, dezentrale Technologie. Man müsse sich uneingeschränkt an die Seite der sozial Marginalisierten stellen. Ferner seien bei einer solchen Umwälzung Opfer nötig, da das heutige Industriesystem auf der Ausbeutung der Dritten Welt beruhe. Jedoch auch bei Hoss fehlte der *innere Zusammenhang* dieser Aspekte (vielleicht auch wegen der Kürze der Redezeit) und somit eine Gesamtstrategie.

Vielfach war die „ökologische Fundamental*position*" (man beachte die Feinheiten!) verbunden mit verbalradikalem Anti-Sozialdemokratismus, dessen undifferenzierte bis demagogische Vorreiter die „Grünen im Römer" (Frankfurt) sind. Für M. Zieran etwa wird die Zahl 5 schon deshalb gerade sein, weil sie für die SPD ungerade ist. M. Stamm von der BuWiAG wandte dagegen ganz richtig ein, daß mit abstraktem Antikapitalismus die SPD keineswegs geschwächt werden könne.

Insgesamt standen sich – wenn auch mit etlichen Zwischentönen – zwei *politische Ansätze* gegenüber, die jeweils mehr oder weniger *einseitige Antworten* auf verschiedene Aspekte der Krisenentwicklung suchten – ohne jedoch die Krise selber in ihrer Gesamtheit und Entwicklung zu analysieren, worüber sich die tatsächlichen Widersprüche aber nur klären lassen.

Symptomatisch war der Eklat, zu dem es kam, als eine Gruppe von Frauen für sich mehr Redebeiträge zur Wirtschaftspolitik zugestanden haben wollte, als nach der ursprünglichen Tagesordnung vorgesehen waren. Über das formelle Vorgehen der Frauen läßt sich streiten, aber ihre Kritik an dem Entwurf der BuWiAG und der Bremer, die beide die Frage der Frauenarbeit und der Frauenemanzipation gar nicht behandeln, oder sogar nicht einmal erwähnen, war unbedingt richtig und damit auch ihr Verlangen nach Redezeit. Die Versammlung billigte nicht das erweiterte Rederecht, und die Frauen verlasen nach endloser Geschäftsordnungsdebatte nur noch eine Protestresolution.



Den Grünen geht es nicht nur um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern auch um eine andere Arbeit

Der Bremer Entwurf ist auf diesem Auge blind, weil er Fortschritte in der Produktivität der Arbeit, die eine wesentliche Triebfeder der Emanzipation sind, nicht von deren *kapitalistischer Form* unterscheidet und deshalb ablehnt. Der Entwurf der BuWiAG, weil er eng auf ökologisch vertretbare Beschäftigung abzielt. Beide Entwürfe reflektieren kaum oder gar nicht die Entwicklung der *gesellschaftlichen* Lebensbedingungen im Zuge der ökonomischen Krise, z.B. dergestalt, daß erstens die Frauen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wenn die Kapitalisten ihre Olympiamannschaften aussieben; daß 2. die Haushaltseinkommen sinken und folglich manche bisher maschinell betriebene Arbeit oder erkaufte Dienstleistung nun durch Mehrarbeit im Haushalt aufgefangen wird; daß 3. das Geld für Erziehungseinrichtungen fehlt und somit gesellschaftliche Aufgaben zumeist der Frau im Privathaushalt wieder aufgehalst werden (um nur einige Beziehungen zu nennen).

Kein Zufall ist es auch, daß der „Kampf gegen den Sozialabbau" – wobei mit diesem Begriff gleich die *Krise der gesellschaftlichen Fonds,* z.B. der Versicherungskassen, auf ein Ergebnis böser *Politik* heruntergebracht wird – immer mal am Rande als Pflicht der Solidarität auftauchte, aber nicht in systematischem Zusammenhang einer Gesamtkonzeption stand.

Es bleibt also noch einiges zu klären,

Erklärung des Hagener Bundeskongresses der Grünen zur Wirtschaftspolitik

Die Bundesversammlung geht davon aus,
– daß es sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht um eine kurzfristige, bloß konjunkturelle Krise handelt, sondern um eine tiefgreifende Strukturkrise des kapita-

viel Schadstoffproduktion, zuviel rohstofffressende und abgasspuckende Autos, zuviel Plastik und Beton, ganz zu schweigen von der Rüstungs- und Atomwirtschaft.

Dagegen gibt es *zuwenig* selbstbestimm-

Wir fordern die gleichmäßige Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder. Eine Voraussetzung dafür sind drastische Arbeitszeitverkürzungen im Erwerbsbereich. Als ersten Schritt fordern wir die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen.
Die Senkung der Erwerbsarbeitszeit wird zugleich bessere Bedingungen schaffen für

W. Hoss legte den umfassendsten Ansatz dar. Da die ökologische und ökonomische Krise mit traditionellen Konzepten wie denen der CDU oder auch mit der Nachfragetheorie der SPD und der Gewerkschaften nicht zu bewältigen sei, müsse die Krise genutzt werden, um den Umbau der Gesellschaft in Angriff zu nehmen: ökologische und humane Produktion, Arbeitszeitverkürzung, dezentrale Technologie. Man müsse sich uneingeschränkt an die Seite der sozial Marginalisierten stellen. Ferner seien bei einer solchen Umwälzung Opfer nötig, da das heutige Industriesystem auf der Ausbeutung der Dritten Welt beruhe. Jedoch auch bei Hoss fehlte der *innere Zusammenhang* dieser Aspekte (vielleicht auch wegen der Kürze der Redezeit) und somit eine Gesamtstrategie.

worüber sich die tatsächlichen Widersprüche aber nur klären lassen.

Symptomatisch war der Eklat, zu dem es kam, als eine Gruppe von Frauen für sich mehr Redebeiträge zur Wirtschaftspolitik zugestanden haben wollte, als nach der ursprünglichen Tagesordnung vorgesehen waren. Über das formelle Vorgehen der Frauen läßt sich streiten, aber ihre Kritik an dem Entwurf der BuWiAG und der Bremer, die beide die Frage der Frauenarbeit und der Frauenemanzipation gar nicht behandeln, oder sogar nicht einmal erwähnen, war unbedingt richtig und damit auch ihr Verlangen nach Redezeit. Die Versammlung billigte nicht das erweiterte Rederecht, und die Frauen verlasen nach endloser Geschäftsordnungsdebatte nur noch eine Protestresolution.

Den Grünen geht es nicht nur um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern auch um eine andere Arbeit

Der Bremer Entwurf ist auf diesem Auge blind, weil er Fortschritte in der Produktivität der Arbeit, die eine wesentliche Triebfeder der Emanzipation sind, nicht von deren *kapitalistischer Form* unterscheidet und deshalb ablehnt. Der Entwurf der BuWiAG, weil er eng auf ökologisch vertretbare Beschäftigung abzielt. Beide Entwürfe reflektieren kaum oder gar nicht die Entwicklung der *gesellschaftlichen* Lebensbedingungen im Zuge der ökonomischen Krise, z.B. dergestalt, daß erstens die Frauen überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind, wenn die Kapitalisten ihre Olympiamannschaften aussieben; daß 2. die Haushaltseinkommen sinken und folglich manche bisher maschinell betriebene Arbeit oder erkaufte Dienstleistung nun durch Mehrarbeit im Haushalt aufgefangen wird; daß 3. das Geld für Erziehungseinrichtungen fehlt und somit gesellschaftliche Aufgaben zumeist der Frau im Privathaushalt wieder aufgehalst werden (um nur einige Beziehungen zu nennen).

Kein Zufall ist es auch, daß der „Kampf gegen den Sozialabbau" – wobei mit diesem Begriff gleich die *Krise der gesellschaftlichen Fonds,* z.B. der Versicherungskassen, auf ein Ergebnis böser *Politik* heruntergebracht wird – immer mal am Rande als Pflicht der Solidarität auftauchte, aber nicht in systematischem Zusammenhang einer Gesamtkonzeption stand.

Es bleibt also noch einiges zu klären,
will man nicht im Januar ein Sammelsurium von Einseitigkeiten beschließen. Von den realistischen Vertretern der „ökologischen Fundamentalposition" ist hier wahrscheinlich eher ein klärender Beitrag zu erwarten, da ihre Gedanken sich nicht von politischer Opportunität leiten lassen – so jedenfalls mein Eindruck.

Eine weitere gravierende Schwäche der wirtschaftspolitischen Diskussion bei den Grünen, aber nicht nur dort, ist die fehlende Klarheit, daß für das Wiederingangsetzen des gestörten und weitgehend fehlgeleiteten Stoffwechsels der Gesellschaft Eingriffe in die Unternehmensautonomie nötig sind. Die Gewinnerwartung auf Basis der Profitrate des Kapitals muß als Entscheidungsmechanismus, wie wo was investiert wird, zumindest ein Stück weit zurückgedrängt werden durch Formen, in der die Gesellschaft und ihre Teile unmittelbar über die Nützlichkeit und Notwendigkeit dieser oder jener Arbeit entscheiden können. Ansätze solcher Formen könnten erweiterte Rechte von Kommunen und Betriebsräten bezüglich der Investitionsentscheidungen sein (dies sei hier nur angedeutet). Solche politischen Maßnahmen, und würden sie auch nur in geringen Teilen z.B. von einem tolerierten SPD-Minderheitskabinett beschlossen, würden auf den radikalen Widerstand der Kapitalisten stoßen, wenn sie nicht völlig verpuffen sollten. Und bezüglich der Kämpfe, die zur Umwälzung der Gesellschaft im Sinne der Grünen, aber auch wegen der vom Kapital geforderten „Wende" sowieso anstehen, wiegen sich viele, nicht nur Grüne, noch im Dornröschenschlaf.

Erklärung des Hagener Bundeskongresses der Grünen zur Wirtschaftspolitik

Die Bundesversammlung geht davon aus,
– daß es sich bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise nicht um eine kurzfristige, bloß konjunkturelle Krise handelt, sondern um eine tiefgreifende Strukturkrise des kapitalistischen Industriesystems: eine Krise, die gleichzeitig das Problem der Märkte, der Produktionskapazitäten, der Rentabilität, des Kreditsystems, der Rohstoff- und Energiequellen erfaßt und die sich auch als Krise der Staatsfinanzen niederschlägt.
– daß diese *wirtschaftliche* Krise im engeren Sinn einhergeht mit einer immer verheerenden *ökologischen* Krise: mit der weltweiten Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, der Vergiftung des Bodens, des Wassers und der Luft und mit dem Raubbau an den nicht regenerierbaren Rohstoffen. Unser Idustriesystem frißt seine Grundlagen auf, je mehr es sich ausdehnt.
– daß die jetzige Massenarbeitslosigkeit nicht nur konjunkturelle, sondern strukturelle Gründe hat: die Investitionen von gestern haben für die Arbeitslosigkeit von heute gesorgt, und die Investitionen von heute werden morgen die Arbeitslosenzahlen in die Höhe treiben, da der Großteil dieser Investitionen dem Ersatz menschlicher Arbeit durch Maschinen dient.
Zugleich werden infolge der Rationalisierungen die Arbeitsbedingungen der noch Beschäftigten verschlimmert: die Arbeitshetze nimmt ebenso zu wie die Monotonie, die Entwertung der Qualifikation der Arbeitenden und die gesundheitliche Belastung am Arbeitsplatz.

Arbeitslosigkeit als aufgezwungene Lebenssituation mit ihren finanziellen und psychischen Nöten ist für die GRÜNEN nicht hinzunehmen.

Aber die von allen etablierten Parteien verkündete Politik, die Massenarbeitslosigkeit durch Ankurbelung des Wirtschaftswachstums zu kurieren, ist illusionär, irreführend und in ihrer Wirkung auf die Lebensbedingungen der Gesellschaft verheerend.

Es gibt in der Bundesrepublik nicht zuwenig industrielle Produktion, sondern *zuviel*: zuviel Rohstoff- und Energieverbrauch, zuviel Schadstoffproduktion, zuviel rohstofffressende und abgasspuckende Autos, zuviel Plastik und Beton, ganz zu schweigen von der Rüstungs- und Atomwirtschaft.

Dagegen gibt es *zuwenig* selbstbestimmte, befriedigende Arbeit; es gibt zahlreiche gesellschaftliche Mangelbereiche, in denen zuwenig Arbeit verausgabt wird – z.B. alternative, umweltfreundliche Energiesysteme, öffentlicher Nahverkehr, menschenwürdige Wohnverhältnisse, Aufbereitung und Wiederverwendung von Abfällen oder giftfreie, gesunde Lebensmittel. Und es gibt zuwenig freie Zeit für die arbeitende Bevölkerung.

Die Forderung nach Arbeitsplätzen um jeden Preis ist nicht Sache der GRÜNEN. Wir fragen danach, was, wie wo produziert wird und wer über die Produktion bestimmt.

Wir unterscheiden zwischen gesellschaftlich-ökologisch sinnvoller und zerstörerischer Arbeit. Wir fordern den *Abbau* lebensfeindlicher Wirtschaftszweige, zuallererst der Atom- und Rüstungsindustrie, und den *Ausbau* von gesellschaftlich nützlichen, zukunftsorientierten Arbeitsfeldern.

Wir unterstützen alle Bestrebungen, die in Richtung Selbstbestimmung der Beschäftigten in den Fabriken, Büros und Kaufhäusern zielen; und wir treten für die großzügige Förderung aller selbstverwalteten Alternativprojekte außerhalb dieses Sektors ein.

Wir kritisieren die ausbeuterische Arbeitsteilung zwischen den Industriestaaten und den Staaten der Dritten Welt – dort Ausplünderung der Rohstoffe, hier Rohstoffverschwendung und Verschleißproduktion. Statt neue Exportoffensiven zu starten und damit einen Teil unserer Arbeitslosigkeit in andere Länder zu exportieren, wollen wir bedarfsorientierte Arbeit in möglichst dezentralen Wirtschafts- und Lebensräumen.

Wir wenden uns gegen eine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, die den Frauen hauptsächlich Arbeit in Haushalt und Familie sowie die schlechtbezahlten und unqualifizierten Tätigkeiten im Erwerbsbereich zuweist.

Wir fordern die gleichmäßige Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder. Eine Voraussetzung dafür sind drastische Arbeitszeitverkürzungen im Erwerbsbereich. Als ersten Schritt fordern wir die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen.
Die Senkung der Erwerbsarbeitszeit wird zugleich bessere Bedingungen schaffen für die Eigenarbeit in persönlichen Lebenszusammenhängen und für eine andere Aufteilung der notwendigen Erziehungs- und Hausarbeit zwischen Frau und Mann.

Und wir wenden uns entschieden gegen den Abbau von Sozialleistungen und öffentlichen Dienstleistungen gerade in einer Situation, in der immer mehr Menschen auf sie angewiesen sind.
Gleichzeitig wollen wir weg von den zentralisierten, bürokratischen Sozialverwaltungen, hin zum Aufbau von selbstverwalteten, kommunalen sozialen Diensten.

Unsere Perspektive ist auch nicht der Bau von immer mehr Krankenhäusern, Suchtkliniken und Sanatorien, sondern die Beseitigung der krankmachenden Arbeits- und Lebensverhältnisse der wachstumsorientierten Industriegesellschaft.

Zur Verwirklichung dieser Ziele einer humanen und ökologischen Lebens- und Produktionsweise haben sich die Gesellschaftssysteme des Westens und Ostens als gleichermaßen untauglich erwiesen.

Um uns und allen Interessierten noch Zeit zur Diskussion und Klärung strittiger Fragen zu lassen, werden wir das Thema Wirtschaftspolitik erneut auf einem außerordentlichen Bundeskongreß im Januar 1983 behandeln.
Auf diesem Kongreß werden wir auf der Grundlage unserer ökologischen und sozialen Orientierung ein Programm gegen Arbeitslosigkeit beschließen, das Vorschläge und Forderungen zu folgenden Punkten enthält:
– ökologische und soziale Investitionen
– betriebliche Produktionsumstellungen
– Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Frauen in der Arbeit
– Arbeitszeitverkürzung
– soziale Sicherheit
– Finanzierung des Programms
Sinnvoll Arbeiten – Solidarisch leben

Hagen, den 14.11.1982



Kanadische Chrysler-Arbeiter gingen am 5. November in Windsor, Ontario, auf die Straße. Rund 10000 Mitglieder der UAW weigerten sich, das Angebot von Chrysler: eine Angleichung der Löhne an die Lebenshaltungskosten ohne reale Steigerung mit der Möglichkeit eines an die Rentabilität geknüpften Bonus, anzunehmen. Sie lehnten auch den Vorschlag der Gewerkschaftsführung, unter dem alten Vertrag bis Januar weiterzuarbeiten, ab. Drei Tage nach Streikbeginn fing das Chrysler Management an, Arbeiter US-amerikanischer Werke, die Teile für die Montage in Kanada herstellen, vorübergehend zu entlassen. Die Verwaltung behauptet, der Streik der Kanadier könne die gesamte Tätigkeit von Chrysler in USA lähmen.

Konzertierte Aktion: Keine Lösung für die Agfa

jüw.München. Erwartet waren 15000. Der DGB sprach von mehr als 10000, die Polizei von 7000, die sich an der Protestkundgebung gegen die Schließung des Agfa-Werkes in München am 15.11. beteiligten. Der Münchener IG Metall-Vorsitzende Laus kritisierte das Mißmanagement bei Agfa. Der Betriebsratsvorsitzende Müller geißelte die Unmenschlichkeit der Betriebsleitung, seine Rede drückte ehrliche, aber hilflose Empörung eines enttäuschten Verfechters der Sozialpartnerschaft aus. In allen Reden hieß es: Agfa muß bleiben und wir werden weiterkämpfen, auch wenn am 18. November der Konzernaufsichtsrat die Entscheidung von Agfa-Gevaert bestätigen sollte. Aber wie gekämpft werden soll, blieb im dunkeln.

Mit gellendem Pfeifkonzert wurde als Redner Oberbürgermeister Kiesl (CSU) begrüßt. Den Veranstaltern war das sichtlich peinlich, sie hoben mehrfach hervor, Kiesl habe sich voll solidarisch erklärt und ihm sei es zu verdanken, daß die Stadtverwaltung das kommunale 60er-Stadion für die Kundgebung freigegeben habe. Immerhin kam er streckenweise doch zu Wort, um seine Vorstellungen über den Kampf gegen die Schließung auszuführen.

Die Stadt hätte dem Werk Unterstützung angeboten, ohne Erfolg, man müsse auf das Land hoffen. (Seitens des Landes übrigens gleichfalls negative Verlautbarungen, einzig, daß ein paar hochkarätige Leute ins Europäische Patentamt übernommen werden sollen, wurde angedeutet.) Zu Agfa also hatte Kiesl nur Solidaritätsbekundungen auf Lager und das Versprechen, er werde sich für einen Sozialplan einsetzen, der wirklich sozial sei. Dennoch war seine Rede in zweierlei Hinsicht nicht unwichtig.

Erstens legte er dar, wie es seiner Ansicht nach zu so einer Lage komme. Unter Gewerkschaftern und Sozialdemokraten wagte er nicht so recht, der SPD am Zeug zu flicken und suchte nach eventuellen Gemeinsamkeiten mit seiner Erklärung, wesentlich mehr öffentliche Investitionen könnten in München zu zusätzlichen Arbeitsplätzen führen, wenn sie nicht durch einen „zum Teil grün angestrichenen Wohlstandsegoismus" blockiert würden. Immerhin ist es ermutigend, daß gerade bei dieser Passage das Pfeifkonzert lauter als zuvor wieder einsetzte.

Zweitens verwies Kiesl auf erfolgreiche Bemühungen, in München eine konzertierte Aktion der Stadt, der „Wirtschaft" und der Gewerkschaften zustande zu bringen. Näheres sagte er nicht.

Immerhin kann man aus anderen Dokumenten ersehen, wo die Absichten der CSU-Arbeitsplatzsicherung / Wirtschaftsförderung liegen. In seiner Rede zum Stadthaushalt 1983 sagte Kiesl, worauf die CSU-Mehrheit im Stadtrat das Gewicht legt. „Mit einem Volumen von über 1,3 Mrd. DM erbringt die Landeshauptstadt eine außerordentliche Investitionsleistung. Die stadtpolitischen Investitionsschwerpunkte erhalten nach wie vor Spitzenansätze: – Das Wohnraumbeschaffungsprogramm 279 Mio. DM, das ist eine Steigerung von 46 Mio. DM – Der U-Bahnbau 288 Mio. DM ... – Der Kanalbau von 143 Mio. DM." Begründung dafür: „Eine moderne und gut gestaltete Infrastruktur ist die Voraussetzung für die wettbewerbsfähige Wirtschaft und für ein geregeltes Wirtschaftswachstum." Auch hier wetterte Kiesl gegen die Belastung durch ein „zurück zur Natur-Programm" und verkündete die Parole, Wachstum ist gut, es ist ja nicht bloß qualitativ zu sehen.

Aber was wird wie gefördert? Zum Beispiel Wohnraumbeschaffung: einerseits Beihilfen zur Sanierung, Modernisierung und Wohneigentum. Bei der Grunderwerbssteuer und der Grundsteuer hat die Stadt durch Verzichte Subventionen in Höhe von 54 Mio. DM gegeben. Andererseits, beim Sozialbau Propagierung des sogenannten „Sparhausprogramms", d.h. Senkung der Ansprüche an Wohnkomfort, bzw. Mieter müssen eben mehr Eigenleistung erbringen, wenn ihnen etwa die Steckdosen mal nicht langen.

Verkehr: U-Bahnbau wird gefördert, Straßenbahnen werden abgebaut und um jede einzelne Verkehrsampel wird gefeilscht.

Infrastruktur heißt auch: Die Stadt drängt nach wie vor auf den Bau des Großflughafens München II im Erdinger Moos.

Und wo kommt das Geld her? Durch Erhöhung der Nettoverschuldung, durch Erhöhung der Gebühren (seit 1978 – Antritt der CSU-Mehrheit – sind die Tarife für Gas um 98% gestiegen, bei Strom bis zu 40%, beim Schmutzwasser um 87%, beim Verkehrsverbund um mehr als 30%, bei den Bädern um rund 32%, bei der Straßenreinigung um 47%) und durch Personaleinsparungen. Das ganze Verfahren nennt OB Kiesl „sparen, um auszugeben". Gespart wird auf Kosten der Lohnabhängigen. Ausgegeben wird zu Gunsten der Kapitalisten – ohne leugnen zu wollen, daß die U-Bahn auch den Lohnabhängigen Nutzen bringt und daß man natürlich, vorausgesetzt, man kann die Mieten zahlen, nur in gebaute Wohnungen einziehen kann, und daß man zum Bauen Bauarbeiter braucht.

Angesichts drohender weiterer Entlassungen bei Hurth, Deckel, MAN, Siemens und anderen und in der andauernden Krise besteht durchaus die Möglichkeit, daß Kiesls Programm der Förderung von dem Kapital nützlichen Investitionen auch in Gewerkschaftskreisen Anklang findet nach dem Motto: „Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an." Die IG Metall hat ja bereits erklärt, Arbeit gebe es genug, man müßte bloß anfangen, den Flughafen München II und andere Projekte endlich zu bauen.

Die Aussichten für eine konzertierte Aktion und eine Art Große Koalition in München sind also nicht schlecht – aber das heißt nicht, daß die Aussichten für die Arbeiter gut wären. Für Agfa heißt es sowieso nichts.

Israels Regierung im Konflikt mit den Gewerkschaften

kvz. Die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Israel hat ihren Niederschlag in Streikaktionen im öffentlichen Dienst gefunden. Vor allem nach der Veröffentlichung des Zentralbüros für Statistik, welche die Senkung der realen Löhne um 6% im ersten Halbjahr 1982 im öffentlichen Sektor verkündete, ist eine Ausweitung der Streikaktionen zu erwarten. Das Lohnabkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften ist schon seit April abgelaufen und der Finanzminister ist offensichtlich auf eine Konfrontation mit den Gewerkschaften aus. Nachdem vor wenigen Tagen sich das gesamte akademische Personal der Universitäten im Ausstand befand, wurden nun auch die Flughäfen des Landes bestreikt. Da den Polizisten jede Streikmaßnahme verboten ist, kam es an deren Stelle zu Protestkundgebungen der Frauen der Polizisten in den verschiedensten Städten. Nach Veröffentlichung der Lohnsenkung haben einzelne Gewerkschaften nun weitere Streikaktionen angemeldet. 70000 Beamte im Staatsdienst werden in den nächsten Tagen in den Streik treten. Die beginnende Streikwelle im

innerhalb der Bevölkerung geführt. In Mailand und Turin kam es in den vergangenen Tagen zu Massenkundgebungen vor den geschlossenen Banken. Insbesondere sind doch wohl auch Lohnabhängige erbost, weil ihre Lohn- und Gehaltszahlungen durch den Streik erheblich verzögert werden. Die Widersprüche gegenüber dem Streik werden auch dadurch verschärft, daß die Bankangestellten allgemein zu den besseren Einkommensschichten gezählt werden.

Manteltarifverhandlungen für Seeleute gescheitert

kvz. Der Hauptvorstand der ÖTV hat am 15.11.1982 das Scheitern der Verhandlungen um einen neuen Manteltarif für Seeleute erklärt, nachdem die Reeder auch in der 2. Verhandlungsrunde zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren. Die ÖTV hatte gefordert die Seemannsrente zu verbessern und die Urlaubsregelungen für Besatzungsangehörige auf verschieden großen Schiffen, die heute noch unterschiedlich sind, zu vereinheitlichen. Der alte Manteltarif hatte 5 Jahre gehalten.

Es bleiben Probleme auf dem Weg zur Mediengewerkschaft

acm. Einigermaßen hektisch verlief in der vergangenen Woche der 12. Kongreß der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU). Erst nach einer fast zehnstündigen Diskussion mit harten Bandagen wurde mit 150 gegen 21 Delegiertenstimmen beschlossen, daß man aus der bestehenden Gewerkschaft Kunst austreten werde, wenn diese nicht auf ihrem außerordentlichen Kongreß am 5. Mai 1983 die Umwand-

(7000); Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände bildender Künstler (3050); Musikerverband (1200); Gewerkschaft der Musikerzieher und konzertierender Künstler (1400), Internationale Artistenloge – Berufsverband Show und Unterhaltung (1050) und Schutzverband bildender Künstler (240).

Vor allem die beiden Verbände DOV und GdBA wehren sich gegen die Auf-

Theaterbetrieb lahm und führten daraufhin zu einem relativ schnellen Tarifabschluß. Das gleiche gilt für andere Verbände, die häufig gar nicht erst das Mittel des Streiks anwenden müssen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Aus dieser Konstellation – nämlich relativ selbständig und mit gewisser Macht auf dem eigenen kleinen Gebiet ausgestattet – durch den Eintritt in ei-

des Landes übrigens gleichfalls negative Verlautbarungen, einzig, daß ein paar hochkarätige Leute ins Europäische Patentamt übernommen werden sollen, wurde angedeutet.) Zu Agfa also hatte Kiesl nur Solidaritätsbekundungen auf Lager und das Versprechen, er werde sich für einen Sozialplan einsetzen, der wirklich sozial sei. Dennoch war seine Rede in zweierlei Hinsicht nicht unwichtig.

Erstens legte er dar, wie es seiner Ansicht nach zu so einer Lage komme. Unter Gewerkschaftern und Sozialdemokraten wagte er nicht so recht, der SPD am Zeug zu flicken und suchte nach eventuellen Gemeinsamkeiten mit seiner Erklärung, wesentlich mehr öf-

Wirtschaftswachstum." Auch hier wetterte Kiesl gegen die Belastung durch ein „zurück zur Natur-Programm" und verkündete die Parole, Wachstum ist gut, es ist ja nicht bloß qualitativ zu sehen.

Aber was wird wie gefördert? Zum Beispiel Wohnraumbeschaffung: einerseits Beihilfen zur Sanierung, Modernisierung und Wohneigentum. Bei der Grunderwerbssteuer und der Grundsteuer hat die Stadt durch Verzichte Subventionen in Höhe von 54 Mio. DM gegeben. Andererseits, beim Sozialbau Propagierung des sogenannten „Sparhausprogramms", d.h. Senkung der Ansprüche an Wohnkomfort, bzw. Mieter müssen eben mehr

dauernden Krise besteht durchaus die Möglichkeit, daß Kiesls Programm der Förderung von dem Kapital nützlichen Investitionen auch in Gewerkschaftskreisen Anklang findet nach dem Motto: „Heiliger St. Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an." Die IG Metall hat ja bereits erklärt, Arbeit gebe es genug, man müßte bloß anfangen, den Flughafen München II und andere Projekte endlich zu bauen.

Die Aussichten für eine konzertierte Aktion und eine Art Große Koalition in München sind also nicht schlecht – aber das heißt nicht, daß die Aussichten für die Arbeiter gut wären. Für Agfa heißt es sowieso nichts.

Israels Regierung im Konflikt mit den Gewerkschaften

kvz. Die zunehmende Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in Israel hat ihren Niederschlag in Streikaktionen im öffentlichen Dienst gefunden. Vor allem nach der Veröffentlichung des Zentralbüros für Statistik, welche die Senkung der realen Löhne um 6% im ersten Halbjahr 1982 im öffentlichen Sektor verkündete, ist eine Ausweitung der Streikaktionen zu erwarten. Das Lohnabkommen zwischen Regierung und Gewerkschaften ist schon seit April abgelaufen und der Finanzminister ist offensichtlich auf eine Konfrontation mit den Gewerkschaften aus. Nachdem vor wenigen Tagen sich das gesamte akademische Personal der Universitäten im Ausstand befand, wurden nun auch die Flughäfen des Landes bestreikt. Da den Polizisten jede Streikmaßnahme verboten ist, kam es an deren Stelle zu Protestkundgebungen der Frauen der Polizisten in den verschiedensten Städten. Nach Veröffentlichung der Lohnsenkung haben einzelne Gewerkschaften nun weitere Streikaktionen angemeldet. 70000 Beamte im Staatsdienst werden in den nächsten Tagen in den Streik treten. Die beginnende Streikwelle im öffentlichen Dienst wird allerdings nicht begleitet durch Auseinandersetzungen im privaten Sektor der Wirtschaft. Hier wurden schon Anfang 1982 die Tarifverträge mit der Histadrut abgeschlossen. Seitdem gab es zwar kleinere Streiks in einzelnen Bereichen, die aber keinen größeren Umfang annahmen.

Italiens Bankangestellte weiter im Streik

kvz. Seit Ende Dezember 1981 ist der Tarifvertrag der Bankangestellten in Italien offen. Nach langen Verhandlungen begannen vor vierzehn Tagen die Streiks bei den Banken, die in einem abgestuften Rhythmus durchgeführt werden. Die drei Gewerkschaftsverbände – in denen rund 75% aller Bankangestellten organisiert sind (im Dienstleistungsbereich ansonsten durchschnittlich nur 50%) – fordern von den Bankenverbänden die stufenweise Einführung der 37-Stunden-Woche über 3 Jahre. Bislang existiert die 38½-Stunden-Woche. Weiterhin geht es um Gehaltserhöhungen von 160 DM an aufwärts. Der gute Organisationsgrad hat die Streikaktionen sehr erfolgreich gemacht. Der Bankenbetrieb ist so teilweise weitgehend zum Erliegen gekommen. Zwar ist am Beginn dieser Woche eine Streikpause eingelegt worden, um wieder Verhandlungen durchzuführen, jedoch wird nicht von einer Einigung ausgegangen. Die Gewerkschaften haben für den 18./19. November erneute Streiks angekündigt. Der Streik der Bankangestellten hat allerdings zu erheblichen Widersprüchen

innerhalb der Bevölkerung geführt. In Mailand und Turin kam es in den vergangenen Tagen zu Massenkundgebungen vor den geschlossenen Banken. Insbesondere sind doch wohl auch Lohnabhängige erbost, weil ihre Lohn- und Gehaltszahlungen durch den Streik erheblich verzögert werden. Die Widersprüche gegenüber dem Streik werden auch dadurch verschärft, daß die Bankangestellten allgemein zu den besseren Einkommensschichten gezählt werden.

Manteltarifverhandlungen für Seeleute gescheitert

kvz. Der Hauptvorstand der ÖTV hat am 15.11.1982 das Scheitern der Verhandlungen um einen neuen Manteltarif für Seeleute erklärt, nachdem die Reeder auch in der 2. Verhandlungsrunde zu keinerlei Zugeständnissen bereit waren. Die ÖTV hatte gefordert die Seemannsrente zu verbessern und die Urlaubsregelungen für Besatzungsangehörige auf verschieden großen Schiffen, die heute noch unterschiedlich sind, zu vereinheitlichen. Der alte Manteltarif hatte 5 Jahre gehalten.

Spionageprozeß gegen Gewerkschaftssekretär

kvz. In dieser Woche beginnt vor dem Dritten Strafsenat des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Hamburg der Prozeß gegen den IG Metall-Gewerkschaftssekretär Gaßmann. Die Staatsanwaltschaft klagt Gaßmann an, für den Geheimdienst einer fremden Macht eine geheimdienstliche Tätigkeit in der Zeit von 1955 bis 1981 ausgeübt zu haben. Gaßmann werden Kontakte zu einem Führungsoffizier des DDR-Staatssicherheitsdienstes vorgeworfen. Am 29. März vergangenen Jahres war Gaßmann verhaftet worden. Zuvor war Gaßmann, der zuletzt für Bildung und Jugend in der Verwaltungsstelle tätig war, schon vom Verfassungsschutz beobachtet worden. Erst nach einem halben Jahr wurde Gaßmann aus der Untersuchungshaft entlassen. Über ein Jahr verging nun, bis die Staatsanwaltschaft ihre Anklageschrift zustandebrachte. Gegen die Inhaftierung Gaßmanns hatte es breite Proteste innerhalb des DGB, der IGM und auch der SPD gegeben. Die SPD-Fraktion wählte Gaßmann nach den Wahlen auch wieder zum Mitglied der Schuldeputation. In diesem Gremium wird unter anderem auch über die Anwendung von Berufsverboten entschieden. Der Prozeß, dessen Laufzeit bis weit in das nächste Jahr hinein geplant ist, hat eine Unmenge von Zeugen. Prominenteste darunter: ehemaliger Bezirkssekretär der IGM Hamburg Ruhnau, jetzt Lufthansa-Chef, und der IGM-Vorsitzende Loderer. – Über den ersten Prozeßtag war bei Redaktionsschluß noch nichts bekannt.

Es bleiben Probleme auf dem Weg zur Mediengewerkschaft

acm. Einigermaßen hektisch verlief in der vergangenen Woche der 12. Kongreß der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU). Erst nach einer fast zehnstündigen Diskussion mit harten Bandagen wurde mit 150 gegen 21 Delegiertenstimmen beschlossen, daß man aus der bestehenden Gewerkschaft Kunst austreten werde, wenn diese nicht auf ihrem außerordentlichen Kongreß am 5. Mai 1983 die Umwand-lung in eine Gewerkschaft von einzelnen Mitgliedern als Voraussetzung für eine einheitliche Mediengewerkschaft beschließt.

Das Ziel – Aufbau einer einheitlichen Mediengewerkschaft – wird im Bereich des DGB schon seit einigen Jahren verfolgt. Unter dem Eindruck der forcierten Entwicklung der Medienlandschaft in den letzten Jahren bildete sich immer mehr die Auffassung heraus, daß die Zersplitterung in mehrere Gewerkschaftsorganisationen ein Handicap ist. Im Bereich des DGB ist es vor allem die IG Druck und Papier, die durch Beschlüsse und Taten den Weg in Richtung Mediengewerkschaft schleunigst beschreiten will. Auf ihrem Kongreß '983 will sie beschließen, daß alle zukünftigen Mitglieder (Verbände) einer Mediengewerkschaft sich ab 1985 in einer Arbeitsgemeinschaft im DGB zusammenschließen, um bis 1987 eine einheitliche Mediengewerkschaft auf die Beine zu stellen. In einem Vorbereitungsgremium für diesen Prozeß befanden sich bislang neben der IG Druck und Papier auch schon die RFFU, der Deutsche Journalisten Verband (DJV) und der Berufsverband Bildender Künstler (die nicht dem DGB angehören).

Die Gewerkschaft Kunst existiert seit der Gründung des DGB 1949 und gehört mit zu den Unterzeichnern der Gründungserklärung. In ihr sind heute folgende Verbände, in Klammern die Mitgliedsstärke, organisiert: RFFU (19000); Deutsche Orchestervereinigung, DOV (7400); Genossenschaft der Bühnenangehörigen, GdBA

(7000); Bundesvereinigung der Gewerkschaftsverbände bildender Künstler (3050); Musikerverband (1200); Gewerkschaft der Musikerzieher und konzertierender Künstler (1400), Internationale Artistenloge – Berufsverband Show und Unterhaltung (1050) und Schutzverband bildender Künstler (240).

Vor allem die beiden Verbände DOV und GdBA wehren sich gegen die Auf-lösung der Gewerkschaft Kunst. Aber auch in den Reihen der anderen Verbände und der RFFU gibt es erhebliche Widerstände gegen die Auflösung der Gewerkschaft Kunst und die Bildung einer Mediengewerkschaft. Selbst im DJV gibt es jetzt seitens des Berliner Landesverbandes Widerspruch gegen die Haltung des Bundesvorstandes, der für eine Mediengewerkschaft eintritt.

Zum einen fürchtet wohl ein Teil der Mitgliedschaft der Gewerkschaft Kunst bzw. deren Verbände, daß die ca. 42000 Mitglieder der jetzigen Gewerkschaft völlig zum Anhängsel der IG Druck und Papier und ihrer Interessen würden. Diese würde nämlich mit ihren ca. 150000 Mitgliedern die stärkste Gruppe in einer neuen Mediengewerkschaft ausmachen. Manche glauben auch wohl daran, daß die IG Druck nur deshalb so vehement für diese Entwicklung eintritt, damit die Deutsche Journalisten Union (in der IG Druck integriert, wie auch der Verband Deutscher Schriftsteller, VS) den bisherigen Konkurrenzverband DJV los wird, der ja in die neue Mediengewerkschaft eingehen soll.

Dabei geht es bei den Befürchtungen wohl weniger um die politische Richtung einer solchen Gewerkschaft, sondern um die tarifpolitischen Erfolge, die auch die kleinen Verbände innerhalb der Gewerkschaft Kunst bislang erzielt haben. Durch die exponierte Stellung z.B. von Theaterchören im Theaterbetrieb gelang diesen häufig eine weitgehende Durchsetzung ihrer tariflichen Vorstellungen. Streiks der Chöre legten noch vor einiger Zeit den

Theaterbetrieb lahm und führten daraufhin zu einem relativ schnellen Tarifabschluß. Das gleiche gilt für andere Verbände, die häufig gar nicht erst das Mittel des Streiks anwenden müssen, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Aus dieser Konstellation – nämlich relativ selbständig und mit gewisser Macht auf dem eigenen kleinen Gebiet ausgestattet – durch den Eintritt in ei-ne große Mediengewerkschaft herauszufliegen, ergibt sich ein Teil des Widerstands. Angst davor, z.B. an eine innergewerkschaftliche Lohnleitlinie gebunden zu werden, oder sich tarifpolitischer Schwerpunktgebung ausgesetzt zu sehen, gibt die Basis für weitere ablehnende Reaktionen ab.

Manche Einwände, neben dem Unmut über die Geschwindigkeit, mit der die ganze Sache betrieben wird, gehen aber über das bisher Angeführte hinaus. In einem hessischen „RFFU-Info" wurde z.B. die Frage aufgeworfen, ob denn nicht die ganze Umstrukturierung des DGB notwendig wäre, um alle betroffenen Lohnabhängigen im Bereich der Medien in einer Gewerkschaft zusammenschließen zu können. Also Einbeziehung der ÖTV, der DPG und auch von Teilen der HBV, wo natürlich viele mit dem Medienbereich verbunden sind. Unsinnig ist dieser Gedanke der Sache nach überhaupt nicht. Doch offensichtlich ist ein solcher Prozeß noch viel schwieriger zu verwirklichen als der Aufbau der angestrebten Mediengewerkschaft, die sich aus bestehenden Einzelgewerkschaften- und verbänden rekrutieren würde. Schon die bedeutet natürlich im Kern die Auflösung von quasi Berufsverbänden und die Ausweitung auf eine ganze – wenn auch weitgefaßte – Branche. Auf dem Weg zur Sicherung tarifpolitischer Errungenschaften und wohl auch politischer Beeinflussung der neuen Medienlandschaft mit all ihren Folgen gibt es zur jetzt angestrebten Mediengewerkschaft aber kaum eine Alternative.

Die SPD weiß, daß eine deutliche Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch teilweise über einen geringeren Lohnanstieg finanziert werden muß. Wir halten es aber für notwendig, für die unteren Einkommen, denen eine Reallohnminderung faktisch nicht zumutbar ist, besondere Regelungen zu finden", schreibt der SPD-Vorstand in seinem Beschluß zur „Arbeitszeitverkürzung“ vom 11.10.1982.

Bei der anderen linken Partei, den Grünen, gibt es im Resultat ähnliche Vorstellungen. Für die unteren Einkommen (unter 1 800 DM) soll dadurch ein Ausgleich für die Lohnminderung durch die kürzere Arbeitszeit geschaffen werden, daß sie bei Steuern und anderen Abgaben auf den Lohn entlastet werden sollen.

35-Stunden-Woche – je näher der Termin rückt, an dem absehbar für die Metallverarbeitung die Auseinandersetzung beginnen soll, um so mehr Skepsis macht sich breit. Schien vormals manchem Linken die 35-Stunden-Woche wie die Zauberwurzel aus dem Märchen, die alles zu Gold macht, als Wundermittel alle gewerkschaftlichen Kämpfe zu beflügeln und erfolgreich zu machen, wird nun eher das Gegenteil befürchtet. Jetzt ist alles ungewiß – nur eines steht eigentlich fest: „voller Lohnausgleich“ muß es sein!

Nun ist ja klar, daß in Zeiten, in denen der Reallohn bereits über 2 Jahre nicht gehalten werden konnte, nicht einfach auf Lohnbestandteile in Höhe von 12,5% verzichtet werden kann, mit der vagen Hoffnung, dies werde sich schon irgendwann wieder ausgleichen. Aber obige sozialdemokratische Parteivorstandsvorstellungen oder die der Grünen sind ja nicht einfach Ausgeburten perfider Hirne, sondern spiegeln bereits vorhandene Meinungen wider und formen selbst wieder Meinungen bei den Lohnabhängigen. Man muß sich damit auseinandersetzen.

Bei der Frage des „vollen Lohnausgleichs“ geht es darum, wie sich das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit im Falle einer Arbeitszeitverkürzung entwickelt.

Angenommen das Verhältnis wäre von der Verkürzung 4:4 Stunden gewesen. Bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 7 Stunden entstünde bei vollem Lohnausgleich ein neues Verhältnis von 4 Stunden notwendiger Arbeit zu 3 Stunden Mehrarbeit. Der Profit wäre dementsprechend reduziert. Soweit wäre alles einfach. Tatsächlich wirken hier aber eine Vielzahl von Faktoren aufeinander.

● Der Kapitalist kann versuchen, die Arbeitszeit wieder auf 8 Stunden zu verlängern. Dann wäre für diese Produktion das alte Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit wieder hergestellt. (Die Rolle der Überstunden-Zuschläge einmal ausgeklam-

einfach auf Lohnbestandteile in Höhe von 12,5% verzichtet werden kann, mit der vagen Hoffnung, dies werde sich schon irgendwann wieder ausgleichen. Aber obige sozialdemokratische Parteivorstandsvorstellungen oder die der Grünen sind ja nicht einfach Ausgeburten perfider Hirne, sondern spiegeln bereits vorhandene Meinungen wider und formen selbst wieder Meinungen bei den Lohnabhängigen. Man muß sich damit auseinandersetzen.

Bei der Frage des „vollen Lohnausgleichs“ geht es darum, wie sich das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit im Falle einer Arbeitszeitverkürzung entwickelt.

Angenommen das Verhältnis wäre von der Verkürzung 4:4 Stunden gewesen. Bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 7 Stunden entstünde bei vollem Lohnausgleich ein neues Verhältnis von 4 Stunden notwendiger Arbeit zu 3 Stunden Mehrarbeit. Der Profit wäre dementsprechend reduziert. Soweit wäre alles einfach. Tatsächlich wirken hier aber eine Vielzahl von Faktoren aufeinander.

● Der Kapitalist kann versuchen, die Arbeitszeit wieder auf 8 Stunden zu verlängern. Dann wäre für diese Produktion das alte Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit wieder hergestellt. (Die Rolle der Überstunden-Zuschläge einmal ausgeklam-
mert.)

● Der Kapitalist kann die Arbeit intensivieren und unter Umständen so in den Grenzen des neuen Arbeitstages das alte Verhältnis von 100% wieder herstellen. Zwar hätte es nun einen „vollen Lohnausgleich“ gegeben, aber die Ausbeutungsrate wäre gleichgeblieben. Vielleicht wäre sogar die Vernutzung der Arbeitskraft überproportional angestiegen und die volle Reproduktion der Arbeitskraft trotz des vollen Lohnausgleichs nur auf niedriger Stufe möglich.

● Ebenso wirkt auch die Produktivitätsentwicklung über die Preisentwicklung der Lebensmittel auf das Verhältnis zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit ein.

Hinzukommt, daß unter der Losung „voller Lohnausgleich“ im besten Fall nur Einfluß auf den *Bruttolohn* genommen werden kann. Was als tatsächlich verfügbarer *Nettolohn* übrigbleibt, entscheidet nicht einfach der ökonomische Kampf, sondern ist auch Ergebnis der politischen Auseinandersetzung, z.B. um die Steuern und die Sozialabgaben.

Noch weniger Einfluß kann der ökonomische Kampf auf den Teil des Einkommens nehmen, der als sogenannte „Übertragungsleistung“ zum Lohn hinzukommt. Nach dem letzten Bericht der Transfer-Enquête-Kommission liegt dieser Einkommensteil für Arbeiterfamilien bei mehr als 10%.

Das Beispiel der Maßnahmen der neuen Bundesregierung, die nach Berechnungen der bayerischen Landesregierung das Einkommen einer Arbeiterfamilie von 25000 DM im Jahr



Voller Lohnausgleich – unverzichtbar?

„Geringer Lohnanstieg“, so die SPD, soll die Arbeitszeitverkürzung finanzieren. Für viele Linke undenkbar. „Sollen die Arbeiter dafür kämpfen, daß sie auf Lohn verzichten sollen?“, der empörte Ruf vieler gegen solche Modelle.

Von G. Heinemann

schon um mehr als 1% schmälert, zeigt, wie auch bei gleichbleibendem *Nettolohn* das *verfügbare Einkommen* einer Familie dennoch erheblichem Zugriff unterliegt. Und nach den Vorstellungen der neuen Regierung soll es ja in den nächsten Jahren erst richtig losgehen mit der Bereinigung der „sozialen Anspruchsleistung“. – Soviel zur Begrenztheit der Lohnausgleichs-Forderung.

Trotz „vollem Lohnausgleich“ relative Tariflohnverminderung

Ein Blick auf die reale Entwicklung der Löhne während der Zeit der Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie von 48 auf 40 Stunden zwischen 1955 und 1968 zeigt, daß selbst wenn „voller Lohnausgleich“ vereinbart wird noch nicht entschieden ist, ob der Reallohn gehalten werden kann. In den „Ausgleichsjahren“ entscheidet sich im Tarifkampf konkret, ob neben dem vereinbarten Lohnausgleich noch Lohnerhöhungen durchgesetzt werden können, die den Reallohn gegenüber der Entwertung durch die Preissteigerung der Lebensmittel erhalten.

Über den gesamten Zeitraum gesehen gelang dies. Daß dies nicht dem „vollen Lohnausgleich“ zugeschrieben werden kann, sondern gelungen ist,

Von G. Heinemann

schon um mehr als 1% schmälert, zeigt, wie auch bei gleichbleibendem Nettolohn das verfügbare Einkommen einer Familie dennoch erheblichem Zugriff unterliegt. Und nach den Vorstellungen der neuen Regierung soll es ja in den nächsten Jahren erst richtig losgehen mit der Bereinigung der „sozialen Anspruchsleistung“. – Soviel zur Begrenztheit der Lohnausgleichs-Forderung.

Trotz „vollem Lohnausgleich“ relative Tariflohnverminderung

Ein Blick auf die reale Entwicklung der Löhne während der Zeit der Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie von 48 auf 40 Stunden zwischen 1955 und 1968 zeigt, daß selbst wenn „voller Lohnausgleich“ vereinbart wird noch nicht entschieden ist, ob der Reallohn gehalten werden kann. In den „Ausgleichsjahren“ entscheidet sich im Tarifkampf konkret, ob neben dem vereinbarten Lohnausgleich noch Lohnerhöhungen durchgesetzt werden können, die den Reallohn gegenüber der Entwertung durch die Preissteigerung der Lebensmittel erhalten.

Über den gesamten Zeitraum gesehen gelang dies. Daß dies nicht dem „vollen Lohnausgleich“ zugeschrieben werden kann, sondern gelungen ist,
weil in den Lohnkämpfen allgemein hohe Lohnabschlüsse durchgesetzt werden konnten, zeigt die folgende Tatsache. In den Ausgleichsjahren fiel die Lohnerhöhung – im Vergleich zur durchschnittlichen Lohnerhöhungsrate in der gesamten Industrie – um etwa den Ausgleichsbetrag geringer aus.

Aber selbst die Preissteigerungsrate konnte nicht immer durch die verbleibende tarifliche Lohnerhöhung ausgeglichen werden. So erreichte 1956 die Lohnerhöhung von 1,5% nicht die Preissteigerungsrate von 2,5%, auch nicht die im 2-Jahresdurchschnitt 55/56 von 2,05% (s. Schaubild).

Das bedeutet, letzten Endes wird die Entscheidung über den Erhalt des Reallohns in den jeweiligen Tarifauseinandersetzungen fallen; das bedeutet jedoch nicht, daß die Entscheidung über Art und Höhe des Lohnausgleichs nebensächlich wäre.

Lohnausgleich und Wunsch nach 35-Stunden-Woche

Es gibt noch keine Einheit bei Arbeitern und Angestellten für die Forderung nach der 35-Stunden-Woche. (KVZ 42/82, S. 14) Die Bedenken gegen eine Arbeitszeitverkürzung sind vielfach eng verknüpft mit einer befürchteten Lohnminderung.

Ende des letzten Jahres wurde im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung eine Umfrage durchgeführt, die u.a. Arbeiter und Angestellte befragte, ob sie eine Arbeitszeitverkürzung mit Lohnminderung befürworten.

33% aller waren selbst dazu bereit. 19% begründeten dies mit dem Wunsch nach mehr Freizeit, 14% sahen in neu zuschaffenden Arbeitsplätzen den Hauptgrund für ihre Entscheidung. 67% waren nicht zu solch einem Schritt bereit. 32% erklärten, sie könnten sich Lohneinbußen nicht erlauben. Bei den unteren Einkommen lag diese Begründung bei 40%, bei den Beziehern höherer Einkommen entsprechend niedriger.

Auch wenn man einmal diese Umfrage als nicht repräsentativ ansieht, außerdem liegt die Umfrage bereits ein Jahr zurück, unterstützen die Antworten die Haltung derer, die vertreten, ohne einen vollen Lohnausgleich sei eine Arbeitszeitverkürzung unannehmbar.

Andererseits hört man von den gleichen Vertretern des „vollen Lohnausgleichs“ das Eingeständnis, daß diese Forderung wohl utopisch sei. Wird hier nicht leise weinend der Abschied aus der Politik vorbereitet und steht am Ende absehbar nur noch der hilflo-

Wunsch nach mehr Freizeit, 14% sahen in neu zuschaffenden Arbeitsplätzen den Hauptgrund für ihre Entscheidung. 67% waren nicht zu solch einem Schritt bereit. 32% erklärten, sie könnten sich Lohneinbußen nicht erlauben. Bei den unteren Einkommen lag diese Begründung bei 40%, bei den Beziehern höherer Einkommen entsprechend niedriger.

Auch wenn man einmal diese Umfrage als nicht repräsentativ ansieht, außerdem liegt die Umfrage bereits ein Jahr zurück, unterstützen die Antworten die Haltung derer, die vertreten, ohne einen vollen Lohnausgleich sei eine Arbeitszeitverkürzung unannehmbar.

Andererseits hört man von den gleichen Vertretern des „vollen Lohnausgleichs“ das Eingeständnis, daß diese Forderung wohl utopisch sei. Wird hier nicht leise weinend der Abschied aus der Politik vorbereitet und steht am Ende absehbar nur noch der hilflo-

Tarifliche Lohnerhöhungen und Lohnausgleich 1955 – 68
(Jahresdurchschnittswerte)
Preissteigerung (gleitender 2-Jahres-Schnitt)
Ges. Wirtschaft | Metall-Ind.
Lohnausgleich | Lohnerhöhung

Tarifliche Lohnerhöhungen und Lohnausgleich 1955 – 68
(Jahresdurchschnittswerte)

Preissteigerung (gleitender 2-Jahres-Schnitt)
Ges. Wirtschaft: Lohnausgleich, Lohnerhöhung
Metall-Ind.: Lohnausgleich, Lohnerhöhung
Lohnausgleich (%) / Lohnerhöhungen (%): 0, 5, 10
Preissteigerung (%): 0, 5
1955 56 57 58 59 60 61 62 63 64 65 66 67 68
Quelle: WSI- (WWI-)Tarifberichte

se „Verrats“-Vorwurf gegenüber der Gewerkschaftsführung?

Argumente und Gegenargumente

Einige Gegenüberlegungen sollen hier anhand einiger Argumente entwickelt werden.

> „Das Geschäft der Kapitalisten betreiben“, und: „Es kann doch nicht Aufgabe der Linken sein, sich den Kopf der Kapitalisten zu zerbrechen.“

Sicher kommt es die Kapitalisten billiger, wenn sie statt den „vollem Lohnausgleich“ nur einen teilweisen Lohnausgleich finanzieren müssen. Aber nur, *wenn* sie es auch müssen!

Sicher steht hinter den SPD-Überlegungen das Konzept, daß auf jeden Fall dafür gesorgt werden müsse, daß auch nach einer Arbeitszeitverkürzung „unsere Wirtschaft“ auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleibt und deshalb die Arbeitszeitverkürzung durch Lohnminderung „finanziert“ werden müsse. Bei den Grünen ist die möglicherweise für einzelne Kapitalisten zu hohe Belastungen der Grund, weshalb sie den Lohnausgleich nicht dem einzelnen Kapitalisten auferlegen wollen, sondern durch Entlastung der unteren Einkommen von Steuer- und Abgabenzahlungen und Belastung der höheren Einkommen gesellschaftlich finanzieren wollen. (Diese Überlegungen sollen jetzt außer acht bleiben und in einer der nächsten Ausgaben der KVZ untersucht und kritisiert werden, d.Red.)

Ein gestaffelter Lohnausgleich, der bis in die Facharbeiter hinein den vollen Lohnausgleich brächte und erst oberhalb abnähme, wäre für die Kapitalisten *nicht kostenneutral*. Er würde rund 80% der Arbeiter und 30-40% der Angestellten den vollen Lohnausgleich bringen und dem Rest einen Teilausgleich.

> Betreibt man mit einer solchen „Umverteilung“ innerhalb der Lohnabhängigen nicht die „Spaltung der Arbeiterklasse“?

„Spaltung der Arbeiterklasse“? – tatsächlich ist die Arbeiterklasse natürlich schon gespalten: in die Lohnabhängigen mit niedrigen Einkommen und die mit höheren Einkommen. Diese latente Spaltung ist gegenwärtig politisch noch nicht brisant. Um diese vorhandene Spaltung zu vermindern, haben die Linken in den Betrieben und Gewerkschaften bisher doch schon lange eine „Umverteilung“ gefordert. Denn was waren „Festgeld“-, „Mindest“- und „Sockel- und Prozent“-Forderungen denn anderes? Mit jedem solchem Abschluß wäre ein relativ größerer Teil des Lohnfonds an die mit den kleinen Einkommen gegangen. Gerade weil die mit den kleinen Einkommen unter verstärktem Zwang, durch Überstundenarbeit ihr Einkommen aufzubessern stehen und so eine Arbeitszeitverkürzung unterlaufen werden würde, und weil in der Regel die Arbeitsintensität in diesen Bereichen am höchsten ist, ist gerade im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung eine die Löhne und Gehälter egalisierende Forderung angebracht.

> „Da werden die Facharbeiter nie mitziehen, und dann ist es auch nicht durchsetzbar!“

Dies Argument ist ja bekannt, allerdings kam es meist von der Gewerk-

Spaltung ist gegenwärtig politisch noch nicht brisant. Um diese vorhandene Spaltung zu vermindern, haben die Linken in den Betrieben und Gewerkschaften bisher doch schon lange eine „Umverteilung“ gefordert. Denn was waren „Festgeld“-, „Mindest“- und „Sockel- und Prozent“-Forderungen denn anderes? Mit jedem solchem Abschluß wäre ein relativ größerer Teil des Lohnfonds an die mit den kleinen Einkommen gegangen. Gerade weil die mit den kleinen Einkommen unter verstärktem Zwang, durch Überstundenarbeit ihr Einkommen aufzubessern stehen und so eine Arbeitszeitverkürzung unterlaufen werden würde, und weil in der Regel die Arbeitsintensität in diesen Bereichen am höchsten ist, ist gerade im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung eine die Löhne und Gehälter egalisierende Forderung angebracht.

„Da werden die Facharbeiter nie mitziehen, und dann ist es auch nicht durchsetzbar!“

Dies Argument ist ja bekannt, allerdings kam es meist von der Gewerk-
schaftsführung gegen „Festgeld“-Forderungen. Wenn weite Teile der Facharbeiter erfaßt werden, wirkt auch diesmal diese Forderung nicht spaltend. Festgeldforderungen gingen ja auch nicht nur von den Arbeitern mit niedrigen Einkommen aus, sondern genauso von den Facharbeitern, weil sie wußten, daß die weitere Öffnung der Lohnschere die Gefahr einer offenen Spaltung in sich birgt. Jetzt wird auch berichtet, daß bei Angestellten mit höherem Einkommen die Bereitschaft zu Arbeitszeitverkürzungen ohne vollen Lohnausgleich überdurchschnittlich ist.

> Werden nicht durch diese Art „linker Realpolitik“ die Kapitalisten geradezu eingeladen, noch schärfere Bedingungen zu fordern, und wird „ihnen nicht kampflos das Feld überlassen“?

Müßte nicht überprüft werden, ob nicht gerade der Verdacht, „voller Lohnausgleich“ sei ohnehin nicht drin, und die Befürchtung, es werde überhaupt kein Lohnausgleich als Ergebnis herauskommen oder ein nur teilweiser Lohnausgleich für alle als Kompromiß oder nur ein unwirksamer „Einstieg“, als Bremse wirkt? Dies gerade in den unteren Lohn- und Gehaltsgruppen, die weder auf einen Teil des Lohnausgleichs verzichten können, noch eine unwirksame Verkürzung bspw. um nur eine Stunde mit noch stärkerer Intensivierung einhandeln wollen?

Wirkt hier nicht ein „realistisches“ Konzept, das aber gerade die Interessen dieses Teils der Lohnabhängigen wahrt, im Gegenteil einigend und mobilisierend?

Sicher ist es ein Problem, wenn bei Eröffnung des Kampfes bereits die Kompromißlinie öffentlich gemacht wird. Andererseits wird es die Sympathie und Unterstützung für diesen Kampf bei anderen mobilisieren. Bei den Kapitalisten ist nicht mit Frohlocken darüber zu rechnen. Sie haben bisher jeden Ansatz einer egalisierenden Lohnpolitik verhindert.

Eine solche „Kompromiß-Linie“ wird aber sogar die Widersprüche im Lager der Kapitalisten schüren. Es kommt den Interessen entgegen, den Lohnfonds möglichst klein zu halten. Es stört das Interesse derer, die hauptsächlich schlecht bezahlte Arbeitskraft ausbeuten, und es stört das Interesse der Kapitalisten an Spaltung der Arbeiter mit Lohnunterschieden.

Abschließend

Es geht nicht darum, den „vollen Lohnausgleich“ zu verhindern. Angesichts der Kräfteverhältnisse bei der Arbeitszeitverkürzung ist nicht damit zu rechnen, daß 35-Stunden-Woche und voller Lohnausgleich einfach durchkommen. Deshalb sind Überlegungen über Bedingungen und Schlußfolgerungen vor Beginn des Kampfes notwendig.

Um der Vernutzung und dem Verschleiß der Arbeitskraft engere Schranken zu setzen, ist die Arbeitszeitverkürzung auf 7 Stunden täglich vorrangig. Davon ausgehend sollte die Linie bestimmt werden, auf der dann notwendige Kompromisse gesucht werden können.

Vielleicht kann man in dieser Frage die Forderung so formulieren: „35-Stunden-Woche mit vollem Lohnaus-

Es stört das Interesse derer, die hauptsächlich schlecht bezahlte Arbeitskraft ausbeuten, und es stört das Interesse der Kapitalisten an Spaltung der Arbeiter mit Lohnunterschieden.

Abschließend

Es geht nicht darum, den „vollen Lohnausgleich“ zu verhindern. Angesichts der Kräfteverhältnisse bei der Arbeitszeitverkürzung ist nicht damit zu rechnen, daß 35-Stunden-Woche und voller Lohnausgleich einfach durchkommen. Deshalb sind Überlegungen über Bedingungen und Schlußfolgerungen vor Beginn des Kampfes notwendig.

Um der Vernutzung und dem Verschleiß der Arbeitskraft engere Schranken zu setzen, ist die Arbeitszeitverkürzung auf 7 Stunden täglich vorrangig. Davon ausgehend sollte die Linie bestimmt werden, auf der dann notwendige Kompromisse gesucht werden können.

Vielleicht kann man in dieser Frage die Forderung so formulieren: „35-Stunden-Woche mit vollem Lohnaus-
gleich, mindestens aber bis zur Lohngruppe über der Ecklohngruppe;“ bei den Angestellten eine entsprechende Regelung.

Im Klartext: wenn in 2 Stufen die 35-Stunden-Woche erreicht werden könnte ohne Lohnausgleich für die oberen Einkommen oder alternativ kleinere Schritte, aber mit „vollem Lohnausgleich“, wären zugunsten einer deutlichen Arbeitszeitverkürzung relative Lohnminderungen verschmerzbar.

Geringe Arbeitszeitverkürzungen können leicht von den Kapitalisten kompensiert werden, bringen keine Begrenzung der Vernutzung der Arbeitskraft – eher im Gegenteil Zunahme der Intensität. Entlastung auf dem Arbeitsmarkt wäre auch nicht spürbar.

Bundeskongreß der Arbeitsloseninitiativen vom 2.–5.12.:

Wie tanzt der Kongreß ...

Unter dem grellen Licht von Fernsehscheinwerfern begann am letzten Wochenende das Vorbereitungstreffen für den Arbeitslosenkongreß von 2.-5. Dezember in Frankfurt, das siebte und zugleich vorläufig letzte seiner Art. Symptomatisch waren die Scheinwerfer sowie die Anwesenheit von Journalisten für das wachsende „öffentliche" Interesse an diesem Kongreß, der nicht den Charakter eines wissenschaftlichen Symposiums, sondern den eines offenen Treffens haben soll. Die rd. 90 anwesenden Vertreter von Arbeitslosen-Initiativen unterschiedlichster Art kamen aus Kiel und Bremen genauso wie aus Berlin, Augsburg oder München. (Zum Schmunzeln am Rande: Die erstmalig anwesende Vertreterin aus Kiel fragte verwundert, warum Berliner Vertreter auch anwesend seien, da es sich doch um einen westdeutschen Kongreß handele. Ungeklärt blieb, ob die Naivität ihrer Frage einem speziellen Verständnis von Parteirichtlinien entsprang oder eher in der Realität bundesdeutschen Geschichtsunterrichts zu suchen wäre.) Der Nähe des Kongresses und den unterschiedlichen politischen Strömungen, die repräsentiert waren, entsprach die teilweise giftige, stets angespannte Atmosphäre des Treffens.

Vielleicht die wichtigste Entscheidung fiel in Form einer Darstellung an die „taz" erst gegen Ende des zweiten Tages: Daß sich alle Anwesenden darin einig seien, den Kongreß in seiner geplanten offenen Form durchzuführen. Vorausgegangen war eine mehrstündige hitzige Debatte darum, ob sich das Vorbereitungstreffen geschlossen von einem Artikel distanziere, der am 9. November in eben dieser „taz" erschienen war. Dort waren DKP- und SDAJ-Mitglieder ohne Namensnennung („Polit-Cracks") angegriffen worden, „den Mund beim Verteilen gewerkschaftlicher Gelder zu voll genommen" zu haben (es ging dabei um Versprechungen in Höhe von 500000 DM durch die im DGB organisierte ALI Frankfurt, wodurch erst eine Entscheidung zugunsten des Kongreßortes Frankfurt zustande kam) sowie andere umstrittene „Behinderungen". In diesem Zusammenhang nun war in besagtem Artikel auch „ein Frankfurter Stamokapist und DGB-Jugendsekretär" genannt worden. Dieser nun knüpfte Zusagen über Zuschüsse (insgesamt 40000,-) aus öffentlichen Geldern an eine umfangreiche Distanzierung, die die Mitglieder des Vorbereitungstreffens beschließen sollten. Von Spaltung, vom Mittel des Antikommunismus, von der Lüge einer kommunistischen Unterwanderung usw. war da die Rede. Kurz, es wurde schließlich eine, von mehreren Teilnehmern als „Erpressung" gekennzeichnete Erklärung mehrheitlich verabschiedet, in der die Rolle eben dieses DGB-Jugendsekretärs in der „Arbeitslosenarbeit" lobenswert hervorgehoben wird.

Damit zufrieden, sicherte dieser nun die Gelder zu, die weder seine persönlichen sind noch über die er alleine verfügen kann.

Ansonsten gab es nach jeweils mehrstündigen Debatten nur noch zwei relevante Entscheidungen, die beide den Charakter von Kompromissen tragen. Zum einen wurde geklärt, daß auf der Eröffnungsveranstaltung am Donnerstag, dem 2. Dezember, um 19 Uhr neben Vertretern von Initiativen nur drei namentlich benannte Repräsentanten reden sollten: Je einer aus dem kirchlichen, aus dem gewerkschaftlichen und aus dem autonomen Bereich (Netzwerk). Dies und der Umstand einer Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten war gegen Absichten gerichtet, den Kongreß zu einer Darstellungs-Plattform für Organisationen und deren Funktionäre werden zu lassen.

Die zweite Entscheidung betraf das Abschlußplenum und vor allem das Zustandekommen einer Abschlußerklärung. Um auch hierbei zu verhindern, daß Einzelne sich zu „Vertretern" des Gesamtkongresses machen, wurde festgelegt, daß sich die einzelnen Arbeitsgruppen (insgesamt vorgesehen sind 15, vgl. Kasten) ihre Sprecher selbst wählen und daß diese die AG-Ergebnisse sowohl gegenüber dem Plenum als auch der Presse-Öffentlichkeit vorstellen sollten, nachdem sie gemeinsam eine „Abschlußerklärung" formuliert haben. In dieser dürfen jedoch unterschiedliche Positionen nicht genauer ausgeführt werden, sondern sie werden als offene Fragen nur benannt. Das Abstimmungsergebnis von 38:37, mit dem die Kongreßteilnehmer in dieser Frage auf „Einheit" gegenüber der „Öffentlichkeit" festgelegt werden sollen, zeigt die Kräfteverhältnisse. *heh.*

Unterlagen aller Art:
Arbeitslosen-Kongreßbüro
Mainzer Landstraße 124
6000 Frankfurt am Main 11
Spenden auf das Konto:
Daute/Pharao, Nass. Sparkasse
BLZ 510 500 15
Kto.Nr. 141 043 145
Achtung! Die Leser im Frankfurter Raum möchten bitte für die infrage kommende Zeit noch ein paar private Übernachtungsmöglichkeiten melden! Tel.: 7306300

Themen der Arbeitsgruppen:

1. Ursachen der Arbeitslosigkeit
2. Betriebliche Kämpfe gegen Arbeitsplatzabbau
3. Gruppenspezifische Auswirkung der Arbeitslosigkeit: Frauen, Ausländer, Behinderte, Ältere
4. Neuschaffung von Arbeitsplätzen durch alternative oder zivile Projekte
5. Arbeit der Initiativen vor Ort
6. Wie organisieren sich Arbeitslose?
7. Die soziale, materielle und psychische Lage von Arbeitslosen
8. Begriff der „Arbeit"
9. Rechtsberatung; Hilfen bei der Beantragung von Arbeitslosengeld, -hilfe und Sozialhilfe
10. Regionale Vernetzung von Initiativen
12. Geschichte der „Arbeitsverwaltung" in der BRD
13. Frauenarbeitslosigkeit und ihre Auswirkungen auf Frauen
14. Geschichte der Arbeitslosenbewegung
15. Umschulung

Was ist z.Zt. Diskussionsstand unter den Arbeitsloseninitiativen in der BRD und Westberlin, was läßt sich an Schwerpunktsetzungen für den Kongreß im Dezember absehen? Vorneweg muß gesagt werden, daß die nachfolgend zusammengefaßten Ansichten nicht von *den* Arbeitslosen geteilt werden, sondern daß es nur Ansichten eines zwar aktiven, nichtsdestotrotz äußerst kleinen Kreises von Arbeitslosen sind. Daß dieser Kreis überproportionale Anteile von Männern und Frauen umfaßt, die eine „höhere" Ausbildung besitzen. Daß insbesondere die Ideenträger eher um die 30 Jahre alt sind und in der Regel zumindest eine politische „Vergangenheit" haben. Und daß diese Ansichten aus div. Gesprächen und den bisher vorliegenden Thesenpapieren für den Kongreß zusammengetragen sind, von einer weitgehenden Gültigkeit also nur sehr vorsichtig gesprochen werden kann.

Unter diesen Voraussetzungen sind gewiß einige Punkte nicht überraschend. Einerseits zeigen alle Positio-

... wer tanzt da aus der Reihe?

eher als selbstverständlich vorausgesetzt, häufig auch als selbstverständlich unzureichend angenommen. Insgesamt lassen sich die Gedanken wohl eher der „neuen sozialen Bewegung" zuordnen denn der vorherrschenden innergewerkschaftlichen Diskussion.

Um gleich ein Beispiel zu nennen, wie mit dem Begriff „Arbeit" umgegangen wird: „Vollbeschäftigung nach der alten Definition von Arbeit wird es nicht mehr geben" und „In unserer Gesellschaft wird nur die bezahlte Arbeit als Arbeit anerkannt ... Wo leben wir eigentlich, wenn Arbeit, die der Erhaltung von Menschen und Umwelt dient,

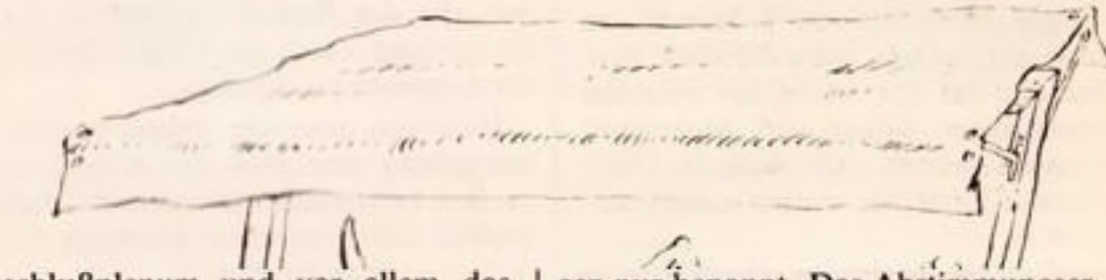
Richtung werden weniger große Pläne entworfen und schon gar nicht nach „Massenmobilisierung" gefragt. Vielmehr gilt hier eher der Grundsatz: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!"

Natürlich existiert dazu auch die eher bekannte und quasi schon lange ausgearbeitete „Alternative": „Engagierte betriebliche Interessenvertretung" und „Erweiterung der öffentlichen Investitionen mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze". Die Ursache der Arbeitslosigkeit wird folglich weniger in der Existenz von Lohnarbeit und der Existenz von Kapital als vielmehr in einer bestimmten Politik

In diesem Zusammenhang ist ganz verständlich, daß die Vertreter einer solchen Linie sich vehement gegen eine Abschlußerklärung auf dem Arbeitslosenkongreß aussprechen mußten, die unterschiedliche und gegensätzliche Positionen hätte enthalten können. Denn wenn Ursache z.B. der Arbeits-

...", „Kein ..." oder „Weg mit ...". Weil aber die Bedingung für massenhaftes Auftreten in der – zumeist negativen – Einheit gesehen wird, so ist jeder, der neben die einheitliche Forderung einen abweichenden Gedanken setzen will, eine Gefährdung. Wo nur möglich, wird sodann abgestimmt – die Einheit stellt sich über die Mehrheit her. Einer solchen Vorstellung nach dem Motto „Wir müssen doch gemeinsam ..." steht dagegen die Vorstellung von „Jeder darf ..." stets schlecht da, weil sie ja scheinbar nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende sucht.

Leicht vorstellbar ist auch die dritte Auseinandersetzung, die auf dem Arbeitslosenkongreß im Mittelpunkt stehen wird: die Organisationsfrage. Ein-



len Verständnis von Parteirichtlinien entsprang oder eher in der Realität bundesdeutschen Geschichtsunterrichts zu suchen wäre.) Der Nähe des Kongresses und den unterschiedlichen politischen Strömungen, die repräsen-

für die infrage kommende Zeit noch ein paar private Übernachtungsmöglichkeiten melden! Tel.: 7306300

vante Entscheidungen, die beide den Charakter von Kompromissen tragen. Zum einen wurde geklärt, daß auf der Eröffnungsveranstaltung am Donnerstag, dem 2. Dezember, um 19 Uhr neben Vertretern von Initiativen nur drei

Abschlußplenum und vor allem das Zustandekommen einer Abschlußerklärung. Um auch hierbei zu verhindern, daß Einzelne sich zu „Vertretern" des Gesamtkongresses machen, wurde festgelegt, daß sich die

gen nur benannt. Das Abstimmungsergebnis von 38:37, mit dem die Kongreßteilnehmer in dieser Frage auf „Einheit" gegenüber der „Öffentlichkeit" festgelegt werden sollen, zeigt die Kräfteverhältnisse. heh.

... wer tanzt da aus der Reihe?

Was ist z.Zt. Diskussionsstand unter den Arbeitsloseninitiativen in der BRD und Westberlin, was läßt sich an Schwerpunktsetzungen für den Kongreß im Dezember absehen? Vorneweg muß gesagt werden, daß die nachfolgend zusammengefaßten Ansichten nicht von *den* Arbeitslosen geteilt werden, sondern daß es nur Ansichten eines zwar aktiven, nichtsdestotrotz äußerst kleinen Kreises von Arbeitslosen sind. Daß dieser Kreis überproportionale Anteile von Männern und Frauen umfaßt, die eine „höhere" Ausbildung besitzen. Daß insbesondere die Ideenträger eher um die 30 Jahre alt sind und in der Regel zumindest eine politische „Vergangenheit" haben. Und daß diese Ansichten aus div. Gesprächen und den bisher vorliegenden Thesenpapieren für den Kongreß zusammengetragen sind, von einer weitgehenden Gültigkeit also nur sehr vorsichtig gesprochen werden kann.

Unter diesen Voraussetzungen sind gewiß einige Punkte nicht überraschend. Einerseits zeigen alle Positionen, daß keine enge, auf die eigene Lage beschränkte Sichtweise vorherrschend ist, sondern daß stets gesellschaftspolitische Ansichten den Rahmen abgeben. Andererseits gibt es kaum „Forderungskataloge", vielmehr werden die meisten Positionen offen formuliert und fragend zur Debatte gestellt. Außerdem fehlt der klagend-anklagende Sprachgebrauch, der den seit 3–4 Jahren bestehenden kirchlichen Einrichtungen in der Öffentlichkeit zu Beachtung verhalf und auch eher deren Sozialarbeits-Charakter widerspiegelte. Und schließlich finden sich wenig Ansichten zu den gewerkschaftlichen Positionen von „Recht auf Arbeit", „Kampf dem Sozialabbau" oder „Arbeitsplatzvernichtung", genauso wie über „Zumutbarkeit" oder „Senkung des Arbeitslosengeldes" kaum Worte verloren werden. Vielmehr werden solche Ansichten eher als selbstverständlich vorausgesetzt, häufig auch als selbstverständlich unzureichend angenommen. Insgesamt lassen sich die Gedanken wohl eher der „neuen sozialen Bewegung" zuordnen denn der vorherrschenden innergewerkschaftlichen Diskussion.

Um gleich ein Beispiel zu nennen, wie mit dem Begriff „Arbeit" umgegangen wird: „Vollbeschäftigung nach der alten Definition von Arbeit wird es nicht mehr geben" und „In unserer Gesellschaft wird nur die bezahlte Arbeit als Arbeit anerkannt ... Wo leben wir eigentlich, wenn Arbeit, die der Erhaltung von Menschen und Umwelt dient, nicht nur nicht bezahlt wird, sondern noch diskriminiert und bestraft?" Nicht sauber definiert? Wenn schon!

Entscheidender ist, daß Vorstellungen entwickelt werden, die Arbeit nicht mehr nur unter der Form der Lohnarbeit zu sehen. Der Gedanke des „Nehme-jede-Arbeit-an" wird abgelehnt, auch mit dem Hinweif auf seine Folgen, „daß das Lohnniveau derjenigen, die noch Arbeit haben, noch mehr gedrückt wird und die Arbeitsbedingungen verschärft werden". Oder anders gesagt: „Nicht die Tatsache, keinen Ausbeuter zu finden, erscheint als das größte Unheil, sondern die Ausbeutung." Solche Vorstellungen haben als Ziel oft die Förderung von „Projekten", die Aufhebung der Trennung von Arbeit und Freizeit, Dezentralisierung und die Schaffung kleiner Einheiten genauso wie ein Mehr an Eigenarbeit und Selbstversorgung. In diese Richtung werden weniger große Pläne entworfen und schon gar nicht nach „Massenmobilisierung" gefragt. Vielmehr gilt hier eher der Grundsatz: „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es!"

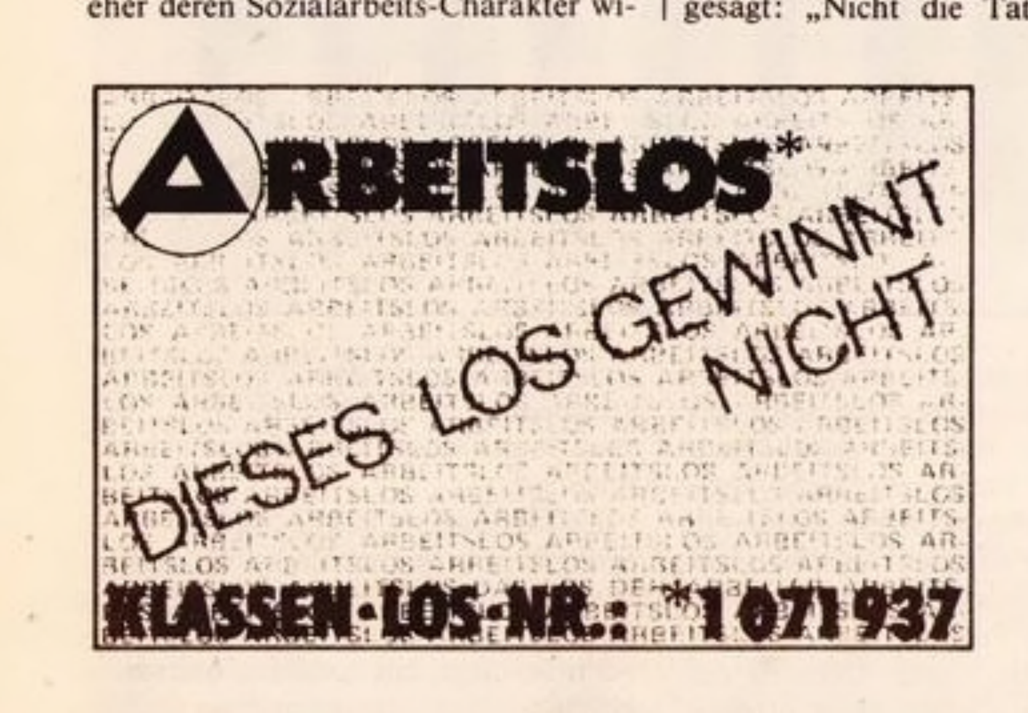
Natürlich existiert dazu auch die eher bekannte und quasi schon lange ausgearbeitete „Alternative": „Engagierte betriebliche Interessenvertretung" und „Erweiterung der öffentlichen Investitionen mit dem Ziel der Schaffung neuer Arbeitsplätze". Die Ursache der Arbeitslosigkeit wird folglich weniger in der Existenz von Lohnarbeit und der Existenz von Kapital als vielmehr in einer bestimmten Politik gesehen: „Wirtschaftspolitik steht im Interesse der Unternehmer, Steuerhinterziehungen und Wirtschaftskriminalität bleiben unverfolgt." Und natürlich wird in diesem Zusammenhang auch scharf beobachtet, daß „der Rüstungshaushalt immer höher wird und die sozialen Leistungen immer weniger". Also müssen gerade hier „die Gewerkschaften und die Friedensbewegung gemeinsame Erfolge erzielen". Entsprechend aktionsorientiert sind die Pläne, die auf Öffentlichkeit abzielen, auf das „Eintreten vieler gesellschaftlicher Gruppen und ihr Zusammenwirken gegen die Arbeitslosigkeit". Die Handlungsformen sind weniger auf eine Veränderung der Bedingungen als auf deren unzureichenden Zustand ausgerichtet: „Hungerstreiks für Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Verteilen von Flugblättern, Beteiligen an Demonstrationen, Arbeitslosenmarsch" usw.

Interessant ist das Verhältnis beider Positionen zueinander: Betrachtet die erstere, auf Dualwirtschaft und Neuschaffung von Strukturen neben den bestehenden ausgerichtete Position die zweite und eher traditionelle als auch legitim und teilweise mit zu unterstützen, so ist das Verhältnis umgekehrt eher feindlich. Die Vertreter des Lösungsansatzes „Schaffung neuer Arbeitsplätze durch Investitionen (und natürlich auch Arbeitszeitverkürzung etc.)" betrachten alle anderen Überlegungen als schädlich. Denn: Jeder Gedanke, der sich nicht um das „Wie" der Massenmobilisierung kümmert, lenkt von dieser ab. Da diese aber Voraussetzung für den Erfolg, ...

In diesem Zusammenhang ist ganz verständlich, daß die Vertreter einer solchen Linie sich vehement gegen eine Abschlußerklärung auf dem Arbeitslosenkongreß aussprechen mußten, die unterschiedliche und gegensätzliche Positionen hätte enthalten können. Denn wenn Ursache z.B. der Arbeitslosigkeit eine fehlerhafte Politik im staatlichen wie im Unternehmensbereich ist, gleichzeitig die Entscheidungsträger aber ihre „Fehler" nicht per Einsicht zu korrigieren vermögen, so muß man ihnen Druck machen. Und dies geschieht – wer weiß es nicht – am besten massenhaft (sofern es überhaupt geschieht). Also sind Massen vonnöten, die wie ein Mann (oder wie eine Partei) hinter der jeweiligen Forderung stehen. Das verlangt Einheit, Reduzierung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner. Und der muß zwei Bedingungen erfüllen, quasi logisch: Er muß in der Gegenwart erfahrbar sein, darf also keine Vorstellungen von Zukunft in der Hauptsache enthalten, und er muß vorstellbar und realisierbar erscheinen. Folglich beginnen solche Forderungen nach der Korrektur fehlerhafter Politik stets mit „Gegen ...", „Kein ..." oder „Weg mit ...". Weil aber die Bedingung für massenhaftes Auftreten in der – zumeist negativen – Einheit gesehen wird, so ist jeder, der neben die einheitliche Forderung einen abweichenden Gedanken setzen will, eine Gefährdung. Wo nur möglich, wird sodann abgestimmt – die Einheit stellt sich über die Mehrheit her. Einer solchen Vorstellung nach dem Motto „Wir müssen doch gemeinsam ..." steht dagegen die Vorstellung von „Jeder darf ..." stets schlecht da, weil sie ja scheinbar nicht das Gemeinsame, sondern das Trennende sucht.

Leicht vorstellbar ist auch die dritte Auseinandersetzung, die auf dem Arbeitslosenkongreß im Mittelpunkt stehen wird: die Organisationsfrage. Einerseits die vielfältigen Argumente, warum sich Arbeitslose unbedingt im DGB bzw. in den Einzelgewerkschaften organisieren sollen, um sich dort mit Aktionen aller Art und deren Beschlußfassung in den Gremien zu befassen. Andererseits in der Form sehr unterschiedliche Vorstellungen von einer eigenständigen Organisierung: von der „autonomen, basisdemokratisch organisierten Arbeitslosengewerkschaft" über die „regionale Vernetzung der eigenständigen Initiativen" bis zur Vorstellung, daß außer einem „Bundessekretariat" für Zwecke der Kommunikation und des Kontakts untereinander keine Organisationsform vonnöten sei. Wenn sie auch nicht entschieden wird, so wird diese Frage doch das größte Interesse auf dem Kongreß finden, ohne zur bloßen „Organisationsfrage" zu verkommen. *heh.*





Schreckgespenst Rechnen:

Ist die Mengenlehre an allem Schuld?

Nach Mayer-Vorfelder, dem Kultusminister von Baden-Württemberg, ist die Mengenlehre an den schlechten Rechenkenntnissen schuld. Doch die Propagierung der Abschaffung ist mehr eine Parole. Die „Neue Mathematik" existiert auch weiterhin – und überhaupt sind die Probleme mit dem Rechnen keineswegs neu.
Der folgende Artikel versteht sich als Anregung zur Verständigung über die Probleme der Vermittlung von Rechenkenntnissen. Eine weitere Auseinandersetzung mit der Mengenlehre soll er nicht ersetzen.

Ist es nicht ein alarmierendes Zeichen, wenn ... festgestellt wurde, daß von 309 Volksschülern am Ende des siebten Schuljahres rund 70 Prozent Aufgaben wie „1 2/5 : 2" oder „6 DM von 18 DM sind wieviel Prozent?" nicht richtig oder gar nicht lösten?" (1) Dies ist nicht etwa, wie man gleich vermuten möchte, der aufrüttelnde Aufschrei des in Sachen Unterricht zur Zeit so rührigen Kultusministers Baden-Württembergs, der von den guten alten Zeiten träumt, wo die Schüler noch das Rechnen lernten, das Einmaleins übten usw., sondern zitiert eine Untersuchung über Schulleistungen aus den fünfziger Jahren. Kritik an den Leistungen der Schule gab es, wie sollte es auch anders sein, bereits damals und bezog sich keineswegs nur auf die Leistungen der Volksschule.

Für die höheren Schulen wurden ähnliche Aussagen gemacht, etwa wenn festgestellt wurde, daß „auch Abiturienten gegenüber einfachen mathematischen Aufgaben, die ohne ein eingelerntes Schema zu lösen waren, ziemlich hoffnungslos versagten" (2). Von mangelnder Übung, wie heute oft beschworen, konnte damals wohl kaum die Rede sein, wenn Abiturienten scheiterten, weil ein eingeübtes Schema fehlte. Auch konnten verständlicherweise noch nicht „Verfrühungen und Überforderungen" durch „mengentheoretische Elemente der Mathematik in der Grundschule" (3), wie Kultusminister Mayer-Vorfelder anführt, als Ursache verantwortlich gemacht werden, denn diese wurden erst sehr viel später und eben als Reaktion auf die unzureichenden Leistungen des Rechen- bzw. Mathematikunterrichts eingeführt.

Intention des „modernen Mathematikunterrichts" ist, „daß der Schüler besser rechnen lernt, indem er versteht, was er tut" (4). „Überlegtes Rechnen" (4) ist das Ziel und nicht das Anwenden „eingeübter Schemata". Doch heute nach mehr als zehn Jahren Erfahrung mit dem neuen Mathematikunterricht gibt es nach wie vor Klagen über mangelnde mathematische Fähigkeiten, insbesondere über mangelnde Rechenfähigkeiten. Einziger Unterschied: Die Ursache wird nicht in der mangelnden mathematischen Durchdringung gesehen. Im Gegenteil, das Grundübel soll mittlerweile ein Zuviel an Mathematik, sollen eben jene „mengentheoretischen Elemente der Mathematik in der Grundschule" sein, die die Schüler überfordern. Mehr „Bimsen!" (Mayer-Vorfelder) heißt die Parole. Zurück zu „bewährten" Methoden? Was ist von der erneuten Kritik am Mathematikunterricht zu halten, bzw. wo muß berechtigte Kritik ansetzen?

Ein Beispiel aus der Unterrichtspraxis: Schriftlich Subtrahieren hat bisher noch jeder in der Schule gelernt, aber konkret gefragt, ist kaum jemand in der Lage zu erklären, wie das Verfahren der schriftlichen Subtraktion eigentlich funktioniert. Man kann es anwenden, und das langt. Ein Grundschüler heute muß das Verfahren der schriftlichen Subtraktion nicht nur ausführen können, sondern auch verstehen. Er soll inhaltlich nachvollziehen, was er bei der Anwendung des Rechenverfahrens tut.

Mit Sicherheit ist so mancher Grundschüler überfordert, der a) im Auge behalten soll, daß der Wert einer Differenz sich nicht ändert, wenn man beide Zahlen um den gleichen Betrag ändert, um dann b) durch Ergänzen, sprich durch „+" eine „-"Aufgabe zu lösen. Allein Begriffe wie „Differenz", „Subtrahieren" usw. sind wohl kaum dazu geeignet, das Vorstellungsvermögen eines Grundschülers zu beflügeln.

Hat Mayer-Vorfelder also Recht, wenn er vor Überforderungen warnt? Er macht die „Mengenlehre" dafür verantwortlich, daß viele Schüler heute Schwierigkeiten beim Rechnen haben. Doch mit Mengenlehre hatte das Ganze bisher nichts zu tun, allenfalls mit geänderten Anforderungen der Schule.

Hat der „moderne Mathematikunterricht" sein Ziel, durch höhere Denkleistung u.a. auch die Rechenleistung zu verbessern, verfehlt? Wird an den Schulen zu wenig geübt? „Ohne regelmäßiges Üben – auch des kleinen Einmaleins ... " (5) geht der Zeigefinger des Kultusministers in die Höh'. Sicherlich können schriftliche Rechenverfahren einfach eingeübt werden, wie die Erfahrung zeigt. Doch muß heutzutage wohl kaum noch ein Lehrling die Registrierkasse ersetzen. Im Gegenteil, die Anforderungen allgemein und nicht nur die der Schule sind wesentlich höher geworden. „... der heute im Beruf stehende Mensch steht viel häufiger vor der Aufgabe, richtig zu argumentieren als richtig zu rechnen." (6) Dem soll der neue Mathematikunterricht Rechnung tragen.

Logisches Denken ist ohne Zweifel eine notwendige Qualifikation und schließt richtiges Rechnen beileibe nicht aus. „Den logischen Aspekt hat die Reform der sechziger Jahre gefunden, als sie sah, daß der Umgang mit Mengen die anschauliche Kehrseite des logischen Denkens ist." (7) Nicht die Kenntnis einzelner Details sondern das Wissen über die Beziehungen zwischen den Dingen sind Grundlage und Inhalt der Denkentwicklung.

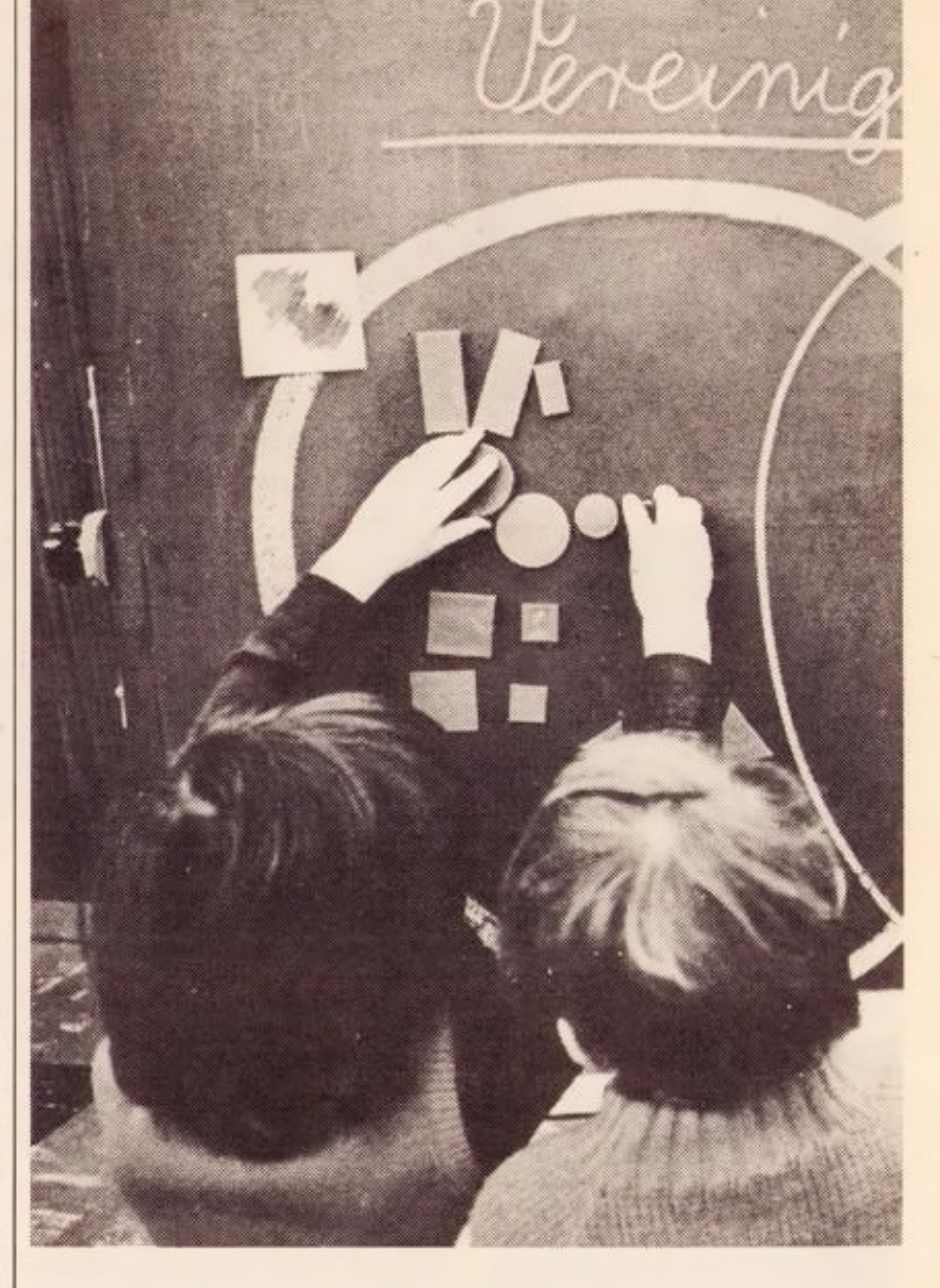
Daß bei Einführung des „modernen Mathematikunterrichts" weit über das Ziel hinausgeschossen worden ist, wird wohl niemand mehr bestreiten. Allein die Begrifflichkeit hat wahre Schrecken verbreitet. Doch sind Vokabeln nicht die Sache selbst, und man ist inzwischen dazu übergegangen, „kindgemäßere" Ausdrücke einzusetzen. Daß auf diesem Gebiet nach wie vor noch viel zu tun ist, sei dahingestellt. Doch zurück zum Rechnen.

Was hilft das Denken beim Rechnen? Ein einfaches Beispiel: „Das kleine Einmaleins", Sorgenkind des Kultusministers. Man kann es einüben wie ein Gedicht – vertont vielleicht auch als Lied geeignet –, dann wird es jedoch eventuell ebenso schnell wieder vergessen wie ein Gedicht. Man kann aber auch Lösungsstrategien vermitteln, die es den Schülern auch später ermöglichen, ähnliche Aufgaben möglichst sicher und schnell zu berechnen. (6 × 8 = ?, 10 × 8 = 80, 5 × 8 = 40 (die Hälfte), 6 × 8 = 40 + 8 usw.) Und dabei geht es dann beileibe nicht mehr nur um das kleine Einmaleins sondern allgemein darum, mathematische Zusammenhänge derart verfügbar zu machen, daß Lösungsschemata nicht nur angewandt, sondern eigenständig entwickelt werden können. Man denke zurück an die Abiturienten, die an Aufgaben scheiterten, weil ihnen ein vorgegebenes Schema fehlte.

So jedenfalls der Anspruch des neuen Mathematikunterrichts. Daß dieser Anspruch nicht bruchlos verwirklicht werden konnte, liegt sicher nicht in ihm selbst begründet. Wesentliches Handicap scheint mir nach wie vor die Form des Unterrichts zu sein: die Art der Vermittlung und die Trennung zwischen Theorie und Praxis. Die Schüler sitzen wie „eh und je" auf ihren Bänken und lauschen den Ausführungen ihres Lehrers, um es dann „im Gleichschritt Marsch!" selber auszuprobieren. Die vielbeschworene Kreativität bleibt damit gewöhnlich bereits in der Grundschule auf der Strecke.

In der Hauptschule kommt dazu, daß die Schüler auch verstärkt durch andere Einflüsse wie etwa Fernsehen usw. vollends zum „Konsumenten" geworden und nur noch in seltenen Fällen zum eigenen Denken zu bewegen sind. Man kann so anschaulich wie nur irgend möglich die Berechnung des Umfangs eines Kreises (U = d × 3,14) entwickeln, es bleibt einfach nicht hängen. Was fehlt, ist die Aufarbeitung eigener Erfahrungen, die Entwicklung aus der eigenen Praxis auf seiten der Schüler, angeleitet durch die Schule. – Dagegen der heiße Tip beim Töpfern, die Wülste beim Aufbau eines runden Gefäßes müssen gut dreimal so lang sein wie der Durchmesser der Grundscheibe, ist auch nach langer Zeit noch parat, doch das hat – für meine Schüler jedenfalls – absolut nichts mit Mathematik zu tun. Doch gerade in dieser Verbindung mag wohl der einzig wirklich erfolgreiche Ansatz liegen. *ink.*

1) A. Fricke: Operatives Denken im Rechenunterricht als Anwendung der Psychologie von Piaget, in: Rechenunterricht und Zahlenbegriff, 1974, S. 73
2) ebenda, S. 74
3) B. Picker: Intention der Mengenlehre – Rechnen und Denken, in: Erziehung und Wissenschaft, 10/82, S. 15
4) Erwerb gesicherter Kenntnisse und Einüben von Grundfertigkeiten im Grundschulunterricht, Verwaltungsvorschrift vom 22. Juli 1982 (Baden-Württemberg)
5) ebenda
6) J. Lauter (Hrsg.): Der Mathematikunterricht in der Grundschule, 1976, S. 16
7) B. Picker, a.a.O., S. 15



Subtrahieren mit Überschreiten

Wie groß ist die Differenz zwischen 572 und 345? Erkläre den Lösungsweg.

100	10	1
•••••	••••• ••	•• ••••• •••••
•••	•••••	•••••

	H	Z	E
	5	7	2_{10}
–	3	4_1	5
	2	2	7

Sprechweise:
5 E + 7 E = 12 E
5 Z + 2 Z = 7 Z
3 H + 2 H = 5 H

Wir berechnen 346 – 118 durch Ergänzen:

Ziel:
vorhanden:
dazu

	H	Z	E
	3	4	6
–	1	1_1	8
	2	2	8

Wir ergänzen
die Einer: 8 + **8** = 16
(Übertrag: 1 Z)
die Zehner: (1 + 1 = 2)
2 + **2** = 4
die Hunderter:
1 + **2** = 3

Die beiden Rechenbeispiele aus gebräuchlichen Schulbüchern, sollen dem Schüler das Nachvollziehen des Rechenverfahrens ermöglichen.

Die Mengenlehre – Sturm und Ruhe

Im Oktober 1968 beschloß die Ständige Konferenz der Kultusminister gemeinsame „Empfehlungen und Richtlinien zur Modernisierung des Mathematikunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen". Für den Unterricht in der Grundschule war der Unterricht nach diesen Richtlinien spätestens mit Schuljahresbeginn 1972/73 verbindlich.

Allgemein bekannt wurden die neuen Inhalte des Mathematikunterrichts unter dem Reizwort „Mengenlehre". Nicht mehr das Zahlenschreiben, Zusammenzählen und Abziehen bildeten den Anfang des Rechenunterrichts, sondern die verschiedensten Gegenstände wurden auf ihre Qualität hin untersucht, Gemeinsamkeiten herausgestellt und Beziehungen zwischen ihnen aufgezeigt. Sie wurden geordnet, einsortiert, mit Symbolen versehen etc.

Intention eines solchen Unterrichts war zum einen, „den Kindern durch den Umgang mit Mengen den Zugang zum Zahlenbegriff zu erleichtern" – die Zahl als gemeinsame Eigenschaft gleichmächtiger Mengen – und zum anderen das logische Denken zu fördern – „der Umgang mit Mengen (als) die anschauliche Kehrseite des logischen Denkens". – „Jedem Begriff entspricht eine Menge, jedem Unter- und Oberbegriff eine Teil- und Obermenge und jeder Verknüpfung von Begriffen eine bestimmte Mengenoperation."

Damit unterschieden sich die Inhalte des neuen Mathematikunterrichts ganz erheblich von dem, was die Eltern der neu einzuschulenden Kinder bisher in der Schule gelernt hatten. Es gab Proteste und lange Elternabende mit Nachhilfeunterricht für die Eltern, die sich nicht mehr in der Lage sahen, ihren Kindern bei den Hausaufgaben zu helfe. Ausdrücke wie „ist Element von", „leere Menge", „vereinigt mit", „geschnitten mit" und „ohne", verschiedene Darstellungsformen und Diagramme haben eine ganze Elterngeneration erschreckt.

Inzwischen ist es ruhig um die „Mengenlehre" geworden, zu ruhig vielleicht, will man dem Vorstoß des Kultusministers von Baden-Württemberg richtig entgegentreten, der wohl weniger zur Klärung beitragen als vielmehr auf alten Vorurteilen sein Süppchen kochen und die Unkenntnis der Betroffenen ausnutzen will. So sagt eine Mutter, deren Kind gerade eingeschult wurde, über die „Mengenlehre" in der Schule: „Mir wird klar, warum noch immer so viele Grundschuleltern dagegen sind: Der heutigen Elterngeneration wird nicht einmal das an Erläuterungen und Begründungen geboten, was vor gut zehn Jahren noch selbstverständlich war. Vielleicht in der irrigen Annahme, „die" Eltern wüßten ja jetzt, was es mit der Neuen Mathematik auf sich hat. Aber ... die die Grundschuleltern von heute wissen so gut wie nichts – woher auch?"

Ob und, wenn ja, wie die „Mengenlehre" im Rahmen des neuen Mathematikunterrichts halten konnte, was Pädagogen versprachen, soll und kann hier nicht nachgewiesen werden. Es soll nur noch einmal der Hintergrund der ganzen Debatte dargestellt und es sollen Gründe dafür aufgezeigt werden, weshalb vielleicht doch eine gesunde Portion Argwohn über die hehren Absichten angebracht ist, wenn ein Kultusminister in die Welt posaunen läßt: „Die Mengenlehre in Baden-Württemberg ist und bleibt abgeschafft." (Mayer-Vorfelder)

anführt, als Ursache verantwortlich gemacht werden, denn diese wurden erst sehr viel später und eben als Reaktion auf die unzureichenden Leistungen des Rechen- bzw. Mathematikunterrichts eingeführt.
Intention des „modernen Mathematikunterrichts" ist, „daß der Schüler besser rechnen lernt, indem er versteht, was er tut" (4). „Überlegtes Rechnen" (4) ist das Ziel und nicht das Anwenden „eingeübter Schemata". Doch heute nach mehr als zehn Jahren Erfahrung mit dem neuen Mathematikunterricht gibt es nach wie vor Klagen über mangelnde mathematische Fähigkeiten, insbesondere über mangelnde Rechenfähigkeiten. Einziger Unterschied: Die Ursache wird nicht in der mangelnden mathematischen Durchdringung gesehen. Im Gegenteil, das
bzw. wo muß berechtigte Kritik ansetzen?
Ein Beispiel aus der Unterrichtspraxis: Schriftlich Subtrahieren hat bisher noch jeder in der Schule gelernt, aber konkret gefragt, ist kaum jemand in der Lage zu erklären, wie das Verfahren der schriftlichen Subtraktion eigentlich funktioniert. Man kann es anwenden, und das langt. Ein Grundschüler heute muß das Verfahren der schriftlichen Subtraktion nicht nur ausführen können, sondern auch verstehen. Er soll inhaltlich nachvollziehen, was er bei der Anwendung des Rechenverfahrens tut.
Mit Sicherheit ist so mancher Grundschüler überfordert, der a) im Auge behalten soll, daß der Wert einer Differenz sich nicht ändert, wenn man beide Zahlen um den gleichen Betrag
verantwortlich, daß viele Schüler heute Schwierigkeiten beim Rechnen haben. Doch mit Mengenlehre hatte das Ganze bisher nichts zu tun, allenfalls mit geänderten Anforderungen der Schule.
Hat der „moderne Mathematikunterricht" sein Ziel, durch höhere Denkleistung u.a. auch die Rechenleistung zu verbessern, verfehlt? Wird an den Schulen zu wenig geübt? „Ohne regelmäßiges Üben – auch des kleinen Einmaleins ... " (5) geht der Zeigefinger des Kultusministers in die Höh'. Sicherlich können schriftliche Rechenverfahren einfach eingeübt werden, wie die Erfahrung zeigt. Doch muß heutzutage wohl kaum noch ein Lehrling die Registrierkasse ersetzen. Im Gegenteil, die Anforderungen allgemein und nicht nur die der Schule sind wesentlich höher geworden. „... der heute im Beruf stehende Mensch steht viel häufiger vor der Aufgabe, richtig zu argumentieren als richtig zu rech-
(6 × 8 = ?, 10 × 8 = 80, 5 × 8 = 40 (die Hälfte), 6 × 8 = 40 + 8 usw.) Und dabei geht es dann beileibe nicht mehr nur um das kleine Einmaleins sondern allgemein darum, mathematische Zusammenhänge derart verfügbar zu machen, daß Lösungsschemata nicht nur angewandt, sondern eigenständig entwickelt werden können. Man denke zurück an die Abiturienten, die an Aufgaben scheiterten, weil ihnen ein vorgegebenes Schema fehlte.
So jedenfalls der Anspruch des neuen Mathematikunterrichts. Daß dieser
bleibt damit gewöhnlich bereits in der Grundschule auf der Strecke.
In der Hauptschule kommt dazu, daß die Schüler auch verstärkt durch andere Einflüsse wie etwa Fernsehen usw. vollends zum „Konsumenten" geworden und nur noch in seltenen Fällen zum eigenen Denken zu bewegen sind. Man kann so anschaulich wie nur irgend möglich die Berechnung des Umfangs eines Kreises (U = d × 3,14) entwickeln, es bleibt einfach nicht hängen. Was fehlt, ist die Aufarbeitung eigener Erfahrungen, die Entwicklung aus der eigenen Praxis auf seiten der Schüler, angeleitet durch die Schule. – Dagegen der heiße Tip beim Töpfern, die Wülste beim Aufbau eines runden Gefäßes müssen gut dreimal so lang sein wie der Durchmesser der Grundscheibe, ist auch nach langer Zeit noch parat, doch das hat – für meine Schüler jedenfalls – absolut nichts mit Mathematik zu tun. Doch gerade in dieser Verbindung mag wohl der einzig wirklich erfolgreiche Ansatz
Subtrahieren mit Überschreiten
Wie groß ist die Differenz zwischen 572 und 345? Erkläre den Lösungsweg.
Sprechweise: 5 E + 7 E = 12 E / 5 Z + 2 Z = 7 Z / 3 H + 2 H = 5 H
Die Mengenlehre – Sturm und Ruhe
Im Oktober 1968 beschloß die Ständige Konferenz der Kultusminister gemeinsame „Empfehlungen und Richtlinien zur Modernisierung des Mathematikunterrichts an den allgemeinbildenden Schulen". Für den Unterricht in der Grundschule war der Unterricht nach diesen
dern bei den Hausaufgaben zu helfe. Ausdrücke wie „ist Element von", „leere Menge", „vereinigt mit", „geschnitten mit" und „ohne", verschiedene Darstellungsformen und Diagramme haben eine ganze Elterngeneration erschreckt.
Inzwischen ist es ruhig um die







Anonymes Picasso-Zitat an einer Hauswand in Madrid / „Guernica", umrahmt von US-Dollars auf dem Frühlingsfest in Valencia / Guernica-Zitat auf einem Plakat zur Freilassung politischer Gefangener

Volkstümlichkeit und Realismus

Picassos Guernica als Teil der Volkskunst

„Es ist nicht wahr", schreibt Roger Garaudy in seinem Picasso-Essay in „Für einen Realismus ohne Scheuklappen" über Picassos Guernica-Bild, „daß solche Werke für die Masse unverständlich sind. Diese Kunst ist unzugänglich für diejenigen, die glauben, jede Figur wie ein Rätsel entziffern zu müssen, und deshalb schlechte Literatur und platte Philosophie machen. Selbst ohne die Struktur und Raumverteilung des Bildes im einzelnen zu analysieren, noch das Spiel der Schattierungen, das von der zarten Skala seiner Grauwerte beherrscht wird, ist der erschütternde Gesamteindruck des Werkes direkt zugänglich. Man hätte wohl eine recht eigenartige Auffassung von der Kunst und eine recht verächtliche Meinung vom Volk, wenn man behaupten wollte, nur tiefstes Niveau und plattester Realismus wären dem Volksgeschmack zugänglich." (1)

Die recht eigenartige Auffassung der Kunst und die recht verächtliche Meinung vom Volk, die Garaudy hier anspricht, war und ist gerade auch bei einem Teil der Linken immer dann vorhanden, wenn es um die moderne Kunst geht. Realismus als naturgetreue, fast fotographisch genaue Wiedergabe der erscheinenden Wirklichkeit – mit einem solchen Verständnis wurde gegen neue Ausdrucks- und Darstellungsformen in allen Bereichen der Kunst Front bezogen, gegen die Textmontagen und surrealistischen Handlungsabläufe etwa von Döblin, Joyce und Kafka, die Überwindung der traditionellen Malformen und die neuen Sujets und Techniken etwa von Picasso, Klee oder Chagall, die Brechtschen Lehrstücke oder das Artaudsche „Absurde Theater".

Die Berufung auf einen vermeintlich vorhandenen „gesunden Menschenverstand", dem solcher Ausfluß bürgerlicher Dekadenz unverständlich und zuwider ist, und die fehlende konkrete Gegenständlichkeit der Formen der modernen Kunst waren die Kriterien der Verdammnis der selbsternannten linken Kunstrichter, die für und anstelle des Volkes ihre Urteile über die Kunst fällten. Picasso ist fürwahr ein moderner Maler und er hat nichts weniger gemalt, als die heroisch dreinschauenden Proleten mit ihren breiten Schultern und leuchtenden Augen, die dem Ideal eines „sozialistischen Realismus" entsprechen sollten. Wie wenig realistisch Kunst mit naturgetreuer Nachahmung zu tun hat und wie verständlich eine solche Kunst, vielleicht nicht für die blutleeren Ästheten und die strammen Parteikunstrichter, aber für das Volk ist, zeigt anschaulich Picassos Guernica-Bild, das er 1937 für den Pavillon der spanischen Republik auf der Pariser Weltausstellung gemalt hat. Auf dem fast 8 Meter breiten und 3,5 Meter hohen Bild stellt Picasso die Empörung und Trauer über die Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch faschistische deutsche Bomber im Spanischen Bürgerkrieg dar.

Hier werden keine Fakten dargestellt, kein Geschehen bildhaft geschildert, hier wird auch keinem heroischen Widerstandswillen Ausdruck verliehen. Doch ist Picassos Guernica-Bild, trotz seiner „Abstraktheit", Teil der Volkskunst geworden. Zigfach findet sich das Bild oder ein Bildzitat daraus auf Wandmalereien in spanischen Städten, in Graffitis, politischen Plakaten und Protestsymbolen wieder. (2) Das Bild der Trauer und Empörung eines einzelnen Künstlers über die Zerstörung Guernicas und die Vernichtung seiner Einwohner ist zum vielfältigen Ausdruck der Hoffnung und des Widerstands des Volkes geworden.

Bernd Wagner

(1) Roger Garaudy: Für einen Realismus ohne Scheuklappen, Wien, München, Zürich 1981, S. 67

(2) Die Abbildungen sind dem Artikel entnommen „Das Ende einer langen Reise", in: art. Das Kunstmagazin Nr. 1/1982, S. 49–54

Guernica – Ästhetik des Widerstands

„Zwei verschiedne Realismusauffassungen stießen aneinander. Die schmerzliche Veruntstaltung des Menschen unter der Wucht der Destruktion widersprach der Ansicht der Partei, daß der Kämpfende in jeder Lage seine Stärke und Einheit beizubehalten habe. Da waren groteske Züge, gleichsam kindlich gekritzelt, sie waren, wie es hieß, ungeeignet, die Sache des Proletariats zu vertreten. Die antagonistischen, zur Synthese gebundnen Kräfte im Bild entfesselten einen heftigen Streit, ehe die Lehre, die Picasso erteilte, dem Nachdenkenden verständlich wurde. Die äußere Schicht der Wirklichkeit war abgehoben worden. Unterdrückung und Gewalt, Klassenbewußtsein und Parteilichkeit, Todesschrecken und heroischer Mut zeigten sich in ihren elementaren, dynamischen Funktionen. Indem das Zerfetzte sich zu einer neuen Ganzheit zusammenschloß, wurde dem Feind eine Abwehr entgegengestellt, die unbesiegbar war. Auch wenn das Bild, mit seinem schauerlichen Wundmal, mitten im Angriff auf alles Lebendige noch eine Frage nach dem Verbleib der Kunst stellte, wurde seine Wirkung dadurch nicht verringert. Jedes der Werke Picassos war als Bestandteil einer Vielfalt zu verstehen, deren Summe auch die flüchtigste Notiz einbezog ... Sein ganzes Leben, hatte er bei der Konzeption dieses Gemäldes erklärt, sei nichts andres als ein fortwährender Kampf gegen die Rückständigkeit des Denkens und gegen den Tod der Kunst, und er verstand mit diesen Worten die Übergriffe der Reaktion auf das Volk und die Freiheit in Spanien. Er setzte den Kampf um die Wahrheit in der Kunst der Auflehnung gegen die Demagogie gleich, für ihn war die künstlerische Arbeit untrennbar von der sozialen und politischen Realität. Das Zerstörerische, das sich über Spanien hermachte, wollte nicht nur Menschen und Städte, sondern auch die Ausdrucksfähigkeit vernichten."

(aus: Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands, 1. Band, Frankfurt 1975, S. 334 f.)



Garaudy in seinem Picasso-Essay in „Für einen Realismus ohne Scheuklappen" über Picassos Guernica-Bild, „daß solche Werke für die Masse unverständlich sind. Diese Kunst ist unzugänglich für diejenigen, die glauben, jede Figur wie ein Rätsel entziffern zu müssen, und deshalb schlechte Literatur und platte Philosophie machen. Selbst ohne die Struktur und Raumverteilung des Bildes im einzelnen zu analysieren, noch das Spiel der Schattierungen, das von der zarten Skala seiner Grauwerte beherrscht wird, ist der erschütternde Gesamteindruck des Werkes direkt zugänglich. Man hätte wohl eine recht eigenartige Auffassung von der Kunst und eine recht verächtliche Meinung vom Volk, wenn man behaupten wollte, nur tiefstes Niveau und plattester Realismus wären dem Volksgeschmack zugänglich." (1)

Die recht eigenartige Auffassung der Kunst und die recht verächtliche Meinung vom Volk, die Garaudy hier anspricht, war und ist gerade auch bei einem Teil der Linken immer dann vorhanden, wenn es um die moderne Kunst geht. Realismus als naturgetreue, fast fotographisch genaue Wiedergabe der erscheinenden Wirklichkeit – mit einem solchen Verständnis wurde gegen neue Ausdrucks- und Darstellungsformen in allen Bereichen der Kunst Front bezogen, gegen die Textmontagen und surrealistischen Handlungsabläufe etwa von Döblin, Joyce und Kafka, die Überwindung der traditionellen Malformen und die neuen Sujets und Techniken etwa von Picasso, Klee oder Chagall, die Brecht-

„Absurde Theater".

Die Berufung auf einen vermeintlich vorhandenen „gesunden Menschenverstand", dem solcher Ausfluß bürgerlicher Dekadenz unverständlich und zuwider ist, und die fehlende konkrete Gegenständlichkeit der Formen der modernen Kunst waren die Kriterien der Verdammnis der selbsternannten linken Kunstrichter, die für und anstelle des Volkes ihre Urteile über die Kunst fällten. Picasso ist fürwahr ein moderner Maler und er hat nichts weniger gemalt, als die heroisch dreinschauenden Proleten mit ihren breiten Schultern und leuchtenden Augen, die dem Ideal eines „sozialistischen Realismus" entsprechen sollten. Wie wenig realistisch Kunst mit naturgetreuer Nachahmung zu tun hat und wie verständlich eine solche Kunst, vielleicht nicht für die blutleeren Ästheten und die strammen Parteikunstrichter, aber für das Volk ist, zeigt anschaulich Picassos Guernica-Bild, das er 1937 für den Pavillon der spanischen Republik

im Spanischen Bürgerkrieg dar.

Hier werden keine Fakten dargestellt, kein Geschehen bildhaft geschildert, hier wird auch keinem heroischen Widerstandswillen Ausdruck verliehen. Doch ist Picassos Guernica-Bild, trotz seiner „Abstraktheit", Teil der Volkskunst geworden. Zigfach findet sich das Bild oder ein Bildzitat daraus auf Wandmalereien in spanischen Städten, in Graffitis, politischen Plakaten und Protestsymbolen wieder. (2) Das Bild der Trauer und Empörung eines einzelnen Künstlers über die Zerstörung Guernicas und die Vernichtung seiner Einwohner ist zum vielfältigen Ausdruck der Hoffnung und des Widerstands des Volkes geworden.

Bernd Wagner

(1) Roger Garaudy: Für einen Realismus ohne Scheuklappen, Wien, München, Zürich 1981, S. 67

(2) Die Abbildungen sind dem Artikel entnommen „Das Ende einer langen Reise", in: art. Das Kunstmagazin Nr. 1/1982, S. 49–54

sungen stießen aneinander. Die schmerzliche Veruntstaltung des Menschen unter der Wucht der Destruktion widersprach der Ansicht der Partei, daß der Kämpfende in jeder Lage seine Stärke und Einheit beizubehalten habe. Da waren groteske Züge, gleichsam kindlich gekritzelt, sie waren, wie es hieß, ungeeignet, die Sache des Proletariats zu vertreten. Die antagonistischen, zur Synthese gebundnen Kräfte im Bild entfesselten einen heftigen Streit, ehe die Lehre, die Picasso erteilte, dem Nachdenkenden verständlich wurde. Die äußere Schicht der Wirklichkeit war abgehoben worden. Unterdrückung und Gewalt, Klassenbewußtsein und Parteilichkeit, Todesschrecken und heroischer Mut zeigten sich in ihren elementaren, dynamischen Funktionen. Indem das Zerfetzte sich zu einer neuen Ganzheit zusammenschloß, wurde dem Feind eine Abwehr entgegengestellt, die unbesiegbar war. Auch wenn das Bild, mit seinem schauerlichen Wundmal, mitten im

Frage nach dem Verbleib der Kunst stellte, wurde seine Wirkung dadurch nicht verringert. Jedes der Werke Picassos war als Bestandteil einer Vielfalt zu verstehen, deren Summe auch die flüchtigste Notiz einbezog ... Sein ganzes Leben, hatte er bei der Konzeption dieses Gemäldes erklärt, sei nichts andres als ein fortwährender Kampf gegen die Rückständigkeit des Denkens und gegen den Tod der Kunst, und er verstand mit diesen Worten die Übergriffe der Reaktion auf das Volk und die Freiheit in Spanien. Er setzte den Kampf um die Wahrheit in der Kunst der Auflehnung gegen die Demagogie gleich, für ihn war die künstlerische Arbeit untrennbar von der sozialen und politischen Realität. Das Zerstörerische, das sich über Spanien hermachte, wollte nicht nur Menschen und Städte, sondern auch die Ausdrucksfähigkeit vernichten."

(aus: Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands, 1. Band, Frankfurt 1975, S. 334 f.)





„barbarischer sturm, der eine welt zerschmiß, musischer sturm, der solche scherben zusammenfegt" (Brecht über „Guernica", arbeitsjournal Bd. 1., S. 94 f.) – Guernica-Bild an einem Neubau in Cartagena



Fernsehtip

Der griechische Filmemacher Anton Triyandafilidis drehte 1979 einen Kurzfilm, der sich mit den Methoden der Schlagerproduktion auseinandersetzt. In einer fiktiven Spielhandlung, die aber doch einer Dokumentation gleicht, wird die Entstehung eines Schlagers vorgeführt. Für die optimale Vermarktung werden alle Register gezogen ... „**Playback**" heißt der Film in der Reihe „kurzfilm international". *Sonntag, 21.11., 15.15 Uhr im ZDF* – In der „Nacht-Studio"-Einrichtung werden in den nächsten Wochen drei Spielfilme des international bekanntesten Regisseurs des Films von Sri Lanka vorgestellt. In seinem Film „**Der Schatz**" erzählt Lester James Peries die Geschichte eines Mannes der auf der Suche nach einem Schatz letztlich – unter dem Druck seiner Gläubiger – auch vor dem Mord an seiner Frau nicht zurückschreckt. Dabei spielen mythologische Vorstellungen eine wesentliche Rolle. *Montag, 22.11., 23.00 Uhr im ARD* – In der Geschichte der Verbrechen der Pharmaindustrie bildet der „Contergan-Skandal" einen Meilenstein. In der Dokumentation „**Contergan – auf den Spuren einer Katastrophe**" soll der Fall nachgezeichnet werden, um zu der Frage vorzustoßen: Kann sich eine solche Entwicklung wiederholen? Der Film dient als Ausgangspunkt für eine Diskussion innerhalb der Sendung „**5 nach 10**", die nach der Dokumentation beginnt. *Dienstag, 23.11., 21.20 Uhr im ZDF* – „**Zwei Morgenländer in Kreuzberg**". In dem Film von Jutta Szostak werden der türkische Maler Hanefi Yeter und der Iraner Akbar Behklam mit ihren Arbeiten vorgestellt. Beide nehmen in ihren Bildern das gesellschaftliche Umfeld, die Probleme der Ausländer hier und in ihrer Heimat auf, thematisieren gesellschaftliche Unterdrückung und Gewalt oder spiegeln die Sanierungsprobleme in Westberlin wider. *Mittwoch, 24.11., 22.15 Uhr im ZDF.*